

### 3 Die einzelnen Zuwanderungsgruppen

#### 3.1 Überblick

Das folgende Kapitel befasst sich differenzierter mit den verschiedenen Formen der Zuwanderung nach Deutschland. Die einzelnen Migrationsformen unterscheiden sich rechtlich hinsichtlich der Einreise (z. B. Visumfreiheit bzw. -pflicht) und des Aufenthaltsstatus der betreffenden Personen. Im Einzelnen werden folgende Formen der Zuwanderung betrachtet:

Erwerbsmigration	Kapitel 3.2
Bildungsmigration	Kapitel 3.3
Humanitäre Migration	Kapitel 3.4
Migration aus familiären Gründen	Kapitel 3.5
Migration aus weiteren aufenthaltsrechtlichen Gründen	Kapitel 3.6
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	Kapitel 3.7
Zuwanderung von deutschen Staatsangehörigen	Kapitel 3.8

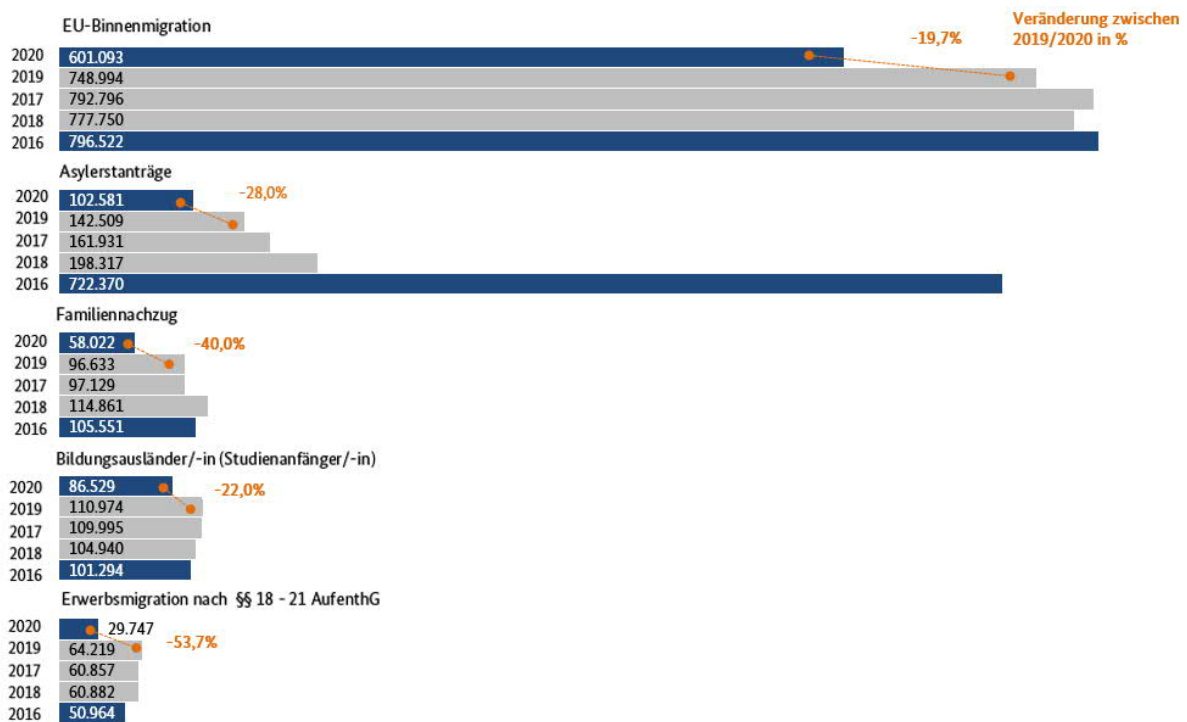
Bei einem Vergleich der Gesamtmigration aus der Wanderungsstatistik (vgl. Kapitel 1) mit der kumulierten Zahl der verschiedenen Zuwanderungsgruppen auf Basis von unterschiedlichen statistischen Datenquellen ergeben sich Differenzen. Die Ursachen dafür liegen vor allem in unterschiedlichen Erhebungsgrundlagen, (z. B. fall- oder personenbezogene Erfassung), aber auch in Erfassungsunterschieden der einzelnen Statistiken.<sup>109</sup>

Das Zuwanderungsgeschehen nach Deutschland hat sich seit 2015 sowohl hinsichtlich seines Umfangs als auch in seiner Zusammensetzung stark verändert und war im Jahr 2020 zusätzlich durch die COVID-19-Pandemie geprägt. Nach wie vor ist die Migration vor allem durch Zuwanderung aus bzw. Abwanderung in andere europäische Staaten gekennzeichnet. 2020 machten EU-Staatsangehörige 54,6 % der Zuwanderung nach Deutschland aus. Die Zahl der Asylantragstellenden ist zwischen 2019 und 2020 erneut zurückgegangen – während im Jahr 2019 142.509 Asylersanträge gestellt wurden, sank die Zahl im Jahr 2020 auf 102.581 (-28,0 %). Im Rahmen des Familiennachzugs wurden im Jahr 2020 58.022 Aufenthaltstitel erteilt (2019: 96.633, -40,0 %). 86.529 ausländische Studierende (Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer) haben im Jahr 2020 ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen (2019: 110.974, -22,0 %). 29.747 Drittstaatsangehörige haben im Jahr 2020 einen Aufenthaltstitel für eine Erwerbstätigkeit erhalten, auch hier gab es einen deutlichen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (2019: 64.219, -53,7 %) (vgl. Abbildung 3-1).

---

<sup>109</sup> Vgl. dazu Lederer 2004: 102ff.

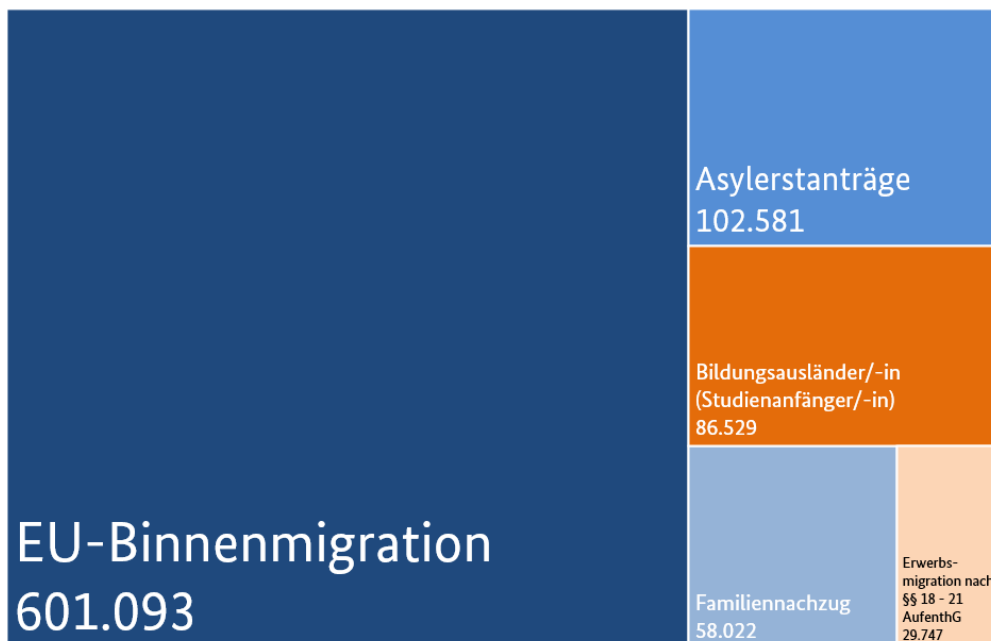
Abbildung 3-1: Überblick über die wichtigsten Migrationsgruppen nach Deutschland seit 2016



Eine Addition der Zuwanderungsgruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z. B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z. B. EU-Binnenmigration und saisonale Arbeitskräfte aus EU-Staaten) nicht möglich.

Quellen: Statistisches Bundesamt, BAMF, Ausländerzentralregister

Abbildung 3-2: Die wichtigsten Migrationsgruppen im Jahr 2020



Eine Addition der Zuwanderungsgruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z. B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z. B. EU-Binnenmigration und saisonale Arbeitskräfte aus EU-Staaten) nicht möglich.

Quellen: Statistisches Bundesamt, BAMF, Ausländerzentralregister

Tabelle 3-20 im Anhang gibt einen Überblick über die jährliche Größenordnung der einzelnen Zuwanderungsarten seit Beginn der 1990er-Jahre. Im Folgenden werden in den einzelnen Unterkapiteln die jeweiligen rechtlichen Grundlagen und die quantitativen Entwicklungen dargestellt.

### 3.2 Erwerbsmigration

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Erwerbsmigration<sup>110</sup> von Drittstaatsangehörigen – also Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen – sind in den §§ 18 bis 21 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und in der Beschäftigungsverordnung (BeschV) geregelt. Beim Arbeitsmarktzugang gelten unterschiedliche Regelungen für Drittstaatsangehörige einerseits sowie für EU-Staatsangehörige und Angehörige der übrigen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)<sup>111</sup> und der Schweiz andererseits. Letztere und die sie begleitenden oder nachziehenden Familienangehörigen sind freizügigkeitsberechtigt und benötigen damit für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit keinen Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (vgl. Kapitel 2). Hingegen ist ein solcher Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige für die Zuwanderung und Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes grundsätzlich notwendig (§ 4 Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 4a AufenthG, bis Ende Februar 2020: § 4 Abs. 1 AufenthG). In diesem Abschnitt wird ausschließlich die Erwerbsmigration aus Drittstaaten auf Basis des AZR betrachtet. Dessen ungeachtet resultiert auch aus der Zuwanderung von EU-Staatsangehörigen<sup>112</sup> sowie aus dem Familiennachzug (sowohl aus EU- als auch aus Drittstaaten) ein großes Potenzial für den deutschen Arbeitsmarkt, das hier nicht abgebildet wird.<sup>113</sup>

#### Allgemeine Regelungen und Verfahren zur Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen

Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels zur Beschäftigung ist in der Regel ein konkretes Arbeitsplatzangebot. Die jeweiligen Aufenthaltstitel sind zeitlich befristet und werden grundsätzlich für Fachkräfte gemäß § 18 Abs. 3 AufenthG für 4 Jahre erteilt, soweit der Arbeitsvertrag keine kürzere Laufzeit vorsieht. Für die Einreise ist in der Regel ein nationales Visum erforderlich; sofern der Aufenthalt 90 Tage nicht überschreitet, kann für kürzere Beschäftigungen auch ein Schengen-Visum erteilt werden.

Generell gilt, dass sich die Zulassung von ausländischen Beschäftigten an den Erfordernissen des Wirtschaftsstandortes Deutschland unter Berücksichtigung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt orientiert (§ 18 Abs. 1 AufenthG). Dies wird in § 18 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG unter anderem dadurch konkretisiert, dass Drittstaatsangehörigen ein Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung in der Regel nur erteilt wird, wenn die BA zugestimmt hat oder wenn durch die Rechtsverordnung bzw. eine zwischenstaatlich getroffene Vereinbarung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne eine Zustimmung der BA zulässig ist (§ 39 Abs. 1 AufenthG).

---

<sup>110</sup> Der Migrationsbericht betrachtet das Wanderungsgeschehen in Deutschland in 2020, weshalb sich die in diesem Kapitel ausgewiesenen Zuwanderungszahlen auf diesen Zeitraum beziehen. Hierfür wurden die Daten des Ausländerzentralregisters zum Abfragezeitpunkt 31. März 2021 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2020 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal des Jahres 2021 einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit erhalten haben. In der BAMF-Publikation „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige – Jahresbericht 2020“ (vgl. Graf 2021a) steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen die Fälle mit Aufenthaltstitelerteilung erst in 2021 dort nicht aufgeführt und die Daten somit nicht vergleichbar sind.

<sup>111</sup> Island, Liechtenstein und Norwegen.

<sup>112</sup> Detaillierte Angaben zur Zu- und Abwanderung sowie zum Aufenthalt von EU-Staatsangehörigen sind der BAMF-Publikation „Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland“ zu entnehmen (Graf 2021b).

<sup>113</sup> Vgl. hierzu BMFSFJ 2021, Borowsky et al. 2020 und Wälde/Evers 2018.

Die BA prüft, ob ausländische Beschäftigte nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare inländische Arbeitskräfte beschäftigt werden (§ 39 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG bzw. § 39 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG) und, soweit durch Gesetz oder Rechtsverordnung vorgesehen, ob für die Beschäftigung deutsche Arbeitnehmende sowie Ausländerinnen und Ausländer, die diesen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellt sind, oder andere ausländische Staatsangehörige, die nach EU-Recht einen Anspruch auf vorrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, nicht zur Verfügung stehen („Vorrangprüfung“). Handelt es sich hingegen um die geplante Ausübung einer Beschäftigung durch eine Fachkraft, wird die Zustimmung grundsätzlich ohne Vorrangprüfung erteilt.

Die Zustimmung der BA wird zusammen mit dem Aufenthaltstitel durch die zuständige Ausländerbehörde bzw. durch die Auslandsvertretung in einem behördeninternen Verfahren erteilt.<sup>114</sup> Dieses vereinfachte Verfahren wird auch als „one-stop-government“ bezeichnet.

Absolventinnen und Absolventen, die mit einem entsprechenden Aufenthaltstitel an einer staatlichen Hochschule, einer staatlich anerkannten Hochschule oder an einer vergleichbaren Bildungseinrichtung in Deutschland ein Hochschulstudium absolviert haben, können im Anschluss für bis zu 18 Monate zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland bleiben (§ 20 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG). In dieser Zeit verfügen sie über einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang (vgl. Kapitel 3.3.2). Absolventinnen und Absolventen ausländischer Hochschulen, deren akademischer Abschluss in Deutschland anerkannt oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbar ist, können einen Aufenthaltstitel für bis zu 6 Monate erhalten, um einen Arbeitsplatz in Deutschland zu suchen, zu deren Ausübung ihre Qualifikation befähigt (§ 20 Abs. 2 AufenthG). In dieser Zeit müssen sie ihren Lebensunterhalt eigenständig sicherstellen und dürfen ihrer Qualifikation entsprechende Probebeschäftigungen von bis zu 10 Stunden pro Woche ausüben (§ 20 Abs. 1 AufenthG). Vor dem Inkrafttreten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FEG) durften sie keine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Diese Personen reisen überwiegend mit nationalen Visa ein, die in der Regel 6 Monate gültig sind.<sup>115</sup> In den deutschen Auslandsvertretungen wurden im Jahr 2020 insgesamt 1.674 D-Visa<sup>116</sup> zur Arbeitsplatzsuche erteilt (2019: 4.740).<sup>117</sup> Nach § 20 Abs. 2 AufenthG haben auch in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige, die einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit (etwa nach § 18b AufenthG oder nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. der Beschäftigungsverordnung bzw. zwischenstaatlichen Vereinbarungen, wovon auch Beschäftigungsaufenthalte erfasst sind) oder nach § 16e AufenthG (studienbezogenes Praktikum EU) besitzen, die Möglichkeit, einen Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche zu erhalten. In diesen Fällen wird ein Nachweis über die Sicherung des Lebensunterhaltes und die der Familienmitglieder vorausgesetzt. Es wurden aber bisher nur wenige solche Aufenthaltstitel erteilt, im Jahr 2020 waren es laut AZR 131 (2019: 178).

Drittstaatsangehörige, die sich zum Zweck der Forschung in der EU aufhalten und einen entsprechenden Aufenthaltstitel eines anderen EU-Mitgliedstaates (mit Ausnahme von Dänemark und Irland) im Sinne der Richtlinie zum Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken (Richtlinie

---

<sup>114</sup> Für die Einreise zur Arbeitsaufnahme benötigen ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus einem Drittstaat in der Regel ein Visum, das von der deutschen Auslandsvertretung erteilt wird. Voraussetzung für die Visaerteilung ist die Zustimmung durch die BA, es sei denn, die Zustimmung ist kraft Gesetzes, aufgrund der Beschäftigungsverordnung oder Bestimmung in einer zwischenstaatlichen Vereinbarung nicht erforderlich. In Deutschland muss die ausländische Arbeitnehmerin bzw. der ausländische Arbeitnehmer dann vor Ablauf des Visums einen Aufenthaltstitel bei der zuständigen Ausländerbehörde beantragen.

<sup>115</sup> Vgl. AA 2021: 82f.

<sup>116</sup> Bei einem D-Visum handelt es sich um ein nationales Visum, das für einen Zeitraum von mehr als 90 Tagen (bis maximal 1 Jahr) erteilt wird, Art. 18 SDÜ.

2016/801/EU, sogenannte REST-Richtlinie) besitzen, können nach § 18e Abs. 1 AufenthG (bis Ende Februar 2020: § 20a AufenthG) ohne Aufenthaltstitel in Deutschland forschen, sofern sie maximal 180 Tage innerhalb von 360 Tagen in einer deutschen Forschungseinrichtung arbeiten. Dauert der Forschungsaufenthalt mehr als 180 Tage, können sie einen Aufenthaltstitel für mobile Forschende beantragen (§ 18f AufenthG, bis Ende Februar 2020: § 20b AufenthG). Daneben wird auch Führungskräften, Spezialistinnen und Spezialisten sowie Trainees, die sich im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers in einem anderen EU-Mitgliedstaat aufhalten, in Umsetzung der Richtlinie zum unternehmensinternen Transfer (Richtlinie 2014/66/EU, sogenannte ICT-Richtlinie) nach § 19a Abs. 1 AufenthG (bis Ende Februar 2020: § 19c AufenthG) eine kurzfristige Mobilität für einen Zeitraum von bis zu 90 Tagen ohne deutschen Aufenthaltstitel ermöglicht. Für einen Aufenthalt von mehr als 90 Tagen kann ihnen eine „Mobiler-ICT-Karte“ erteilt werden (§ 19b AufenthG, bis Ende Februar 2020: § 19d AufenthG).

Durch die sogenannte „Westbalkanregelung“ können seit dem 1. Januar 2016 bis Ende 2023 Staatsangehörige aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien für jede Beschäftigung nach Vorrangprüfung einen Aufenthaltstitel erhalten (seit März 2020: § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 2 BeschV).<sup>118</sup> Der Arbeitsmarktzugang ist nicht an formale Qualifikationserfordernisse geknüpft. Die Regelung war zunächst bis Ende 2020 befristet und wurde bis 31. Dezember 2023 verlängert.<sup>119</sup> Gleichzeitig mit der Verlängerung wurde ein jährliches Kontingent von maximal 25.000 Zustimmungen der BA eingeführt. Voraussetzungen sind weiterhin ein konkretes Arbeitsplatzangebot und die Zustimmung der BA mit einer Vorrangprüfung. Die Antragstellung erfolgt im jeweiligen Herkunftsland. Davon ausgeschlossen sind Bewerberinnen und Bewerber, die innerhalb der letzten 24 Monate vor Antragstellung Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen haben.<sup>120</sup> Bei nicht reglementierten Berufen ist eine Anerkennung der ausländischen beruflichen Qualifikationen nicht erforderlich. Bei reglementierten Berufen muss die Berufsausübungserlaubnis erteilt oder zugesagt sein.

## **Fachkräfteeinwanderungsgesetz**

Am 1. März 2020 trat das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) in Kraft. Durch die umfassenden aufenthaltsrechtlichen Änderungen wurden neue Rahmenbedingungen für eine gezielte Fachkräftegewinnung aus Drittstaaten geschaffen. Die wesentlichen Änderungen durch das Gesetz sind:

- Mit dem FEG wurde ein einheitlicher Fachkräftebegriff eingeführt, der Personen mit akademischer Ausbildung und mit qualifizierter Berufsausbildung umfasst (§ 18 Abs. 3 AufenthG).
- Der bisher eher eingeschränkte Anwendungsbereich, der sich aus der Formulierung einer „entsprechenden Beschäftigung“ (§ 2 Abs. 3 BeschV und § 6 BeschV a. F.) ergab, wurde durch die Formulierung, dass die Fachkraft zur Ausübung dieser Beschäftigung befähigt sein muss, erweitert. Die Beschäftigung von akademischen Fachkräften, die eine Blaue Karte EU beantragen, muss weiterhin der Qualifikation angemessen sein (§ 18b Abs. 2 AufenthG).
- Der Arbeitsmarktzugang für Personen mit einer qualifizierten Berufsausbildung wurde dadurch deutlich erleichtert, dass die Beschränkung der Zuwanderung auf die sogenannten Mangel- bzw. Engpassberufe entfallen ist. Seit dem Inkrafttreten des FEG kann ihnen ein Aufenthaltstitel erteilt

---

<sup>118</sup> Mit der Sechsten Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung, die am 5. November 2020 verkündet wurde, wurde die Regelung bis Ende 2023 verlängert.

<sup>119</sup> Vgl. auch BMAS 2020.

<sup>120</sup> Ausnahmen hierfür galten durch eine Übergangsregelung für Personen aus den Westbalkanstaaten, die zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 24. Oktober 2015 einen Asylantrag gestellt haben und nach dem 24. Oktober 2015 unverzüglich aus Deutschland ausgewiesen sind.

werden, wenn sie ein Arbeitsplatzangebot haben, zu der ihre Qualifikation sie befähigt (§ 18a AufenthG). Damit wurden die Zugänge für nichtakademische Beschäftigte weitgehend an akademische Fachkräfte angeglichen.

- IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten mit berufspraktischer Erfahrung können unabhängig von einem formalen Abschluss einreisen. Voraussetzung ist, dass sie ihre Qualifikation über eine mindestens dreijährige Berufserfahrung nachweisen, ein Mindestgehalt erreichen und in der Regel über deutsche Sprachkenntnisse verfügen (§ 19c Abs. 2 AufenthG i. V. m. § 6 BeschV).
- Auf die Vorrangprüfung der Bundesagentur für Arbeit (BA) wird bei Fachkräften nach §§ 18a AufenthG und 18b AufenthG verzichtet. Diese sah die Prüfung des vorrangigen Arbeitsmarktzugangs von Deutschen bzw. ausländischen bevorrechtigten Arbeitskräften<sup>121</sup> vor. Die BA prüft aber weiterhin die Gleichwertigkeit der Arbeitsbedingungen, um ungünstigere Arbeitsbedingungen für ausländische Beschäftigte auszuschließen (siehe § 39 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG).
- Ausländische Staatsangehörige mit einem Aufenthaltstitel können grundsätzlich eine Erwerbstätigkeit ausüben. Nur in Ausnahmefällen sind gesetzliche Verbote zu einer Aufenthaltserlaubnis vorgesehen (§ 4a Abs. 1 und 3 AufenthG). Vorher war die Ausübung einer Erwerbstätigkeit für Personen mit Aufenthaltstitel als Ausnahme geregelt, nun ist sie als Regel definiert (Umkehrung des vorherigen Regel-Ausnahme-Verhältnisses).
- Die Arbeitsplatzsuche für ausländische Arbeitskräfte wurde ausgeweitet: Fachkräfte mit einer anerkannten Berufsausbildung können – bei Vorliegen der Titelerteilungsvoraussetzungen – für bis zu 6 Monate nach Deutschland einreisen, um eine Beschäftigung zu suchen (§ 20 Abs. 1 AufenthG). Davor galt diese Regelung nur für Personen mit einem anerkannten oder vergleichbaren Hochschulabschluss.
- Zudem wurden die Möglichkeiten für einen Aufenthalt für Qualifizierungsmaßnahmen zum Zweck der Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen erheblich erweitert (§ 16d AufenthG).
- Sowohl akademische als auch nichtakademische Fachkräfte erhalten – bei Vorliegen aller Voraussetzungen – seit dem Inkrafttreten des FEG bereits nach 4 Jahren eine Niederlassungserlaubnis anstatt der bisherigen 5 Jahre (§ 18c Abs. 1 S. 1 AufenthG). Die Zeit verkürzt sich auf 24 Monate, wenn die Fachkraft eine inländische Berufsausbildung oder ein inländisches Studium erfolgreich abgeschlossen hat (§ 18c Abs. 1 S. 2 AufenthG).

Zudem wurde mit dem FEG ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren mit gesetzlich vorgegebenen verkürzten Bearbeitungsfristen<sup>122</sup> eingeführt. Wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt, können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei der zuständigen Ausländerbehörde in Vollmacht der ausländischen Fachkräfte, die z. B. zu einem Aufenthaltswitz nach den §§ 16a, 16d, 18a, 18b und 18c Abs. 3 AufenthG einreisen will, ein solches Verfahren beantragen (§ 81a Abs. 1 AufenthG). Dabei schließen die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und die zuständige Ausländerbehörde eine Vereinbarung (§ 81a Abs. 2 AufenthG), auf deren Grundlage die Ausländerbehörde die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber berät und als zentraler Verfahrensmittler agiert. So beteiligt die Ausländerbehörde unter Hinweis auf das beschleunigte Verfahren etwa die zuständigen Anerkennungsstellen zwecks Feststellung der Gleichwertigkeit der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen und holt die Zustimmung der BA ein, sofern dies notwendig ist. Bei

---

<sup>121</sup> Dazu zählen ausländische Staatsangehörige, die deutschen Staatsangehörigen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme gleichgestellt sind, oder ausländische Staatsangehörige, die nach dem EU-Recht Anspruch auf vorrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben (§ 39 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG).

<sup>122</sup> Anerkennungsverfahren: 2 Monate, Zustimmungsverfahren der BA: 1 Woche, Visumverfahren: 6 Wochen. Vgl. auch § 14a Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen (BQFG) für das Anerkennungsverfahren; für die Zustimmung der BA § 36 Abs. 2 S. 2 BeschV; für die Auslandsvertretung § 31a AufenthV.

Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen erteilt die Ausländerbehörde die Vorabzustimmung zur Visaerteilung. Die Ausländerbehörde speichert die Vorabzustimmung zudem im AZR, über das die zuständige Auslandsvertretung sodann unmittelbar elektronisch über die bevorstehende Visumantragstellung informiert wird. Die ausländische Fachkraft kann dann einen Termin zur Visumantragstellung auf der Internetseite der zuständigen Auslandsvertretung buchen. Wenn festgestellt wird, dass die im Ausland erworbene Berufsqualifikation nicht gleichwertig ist, die Gleichwertigkeit aber durch eine Qualifizierungsmaßnahme erreicht werden kann, kann das Verfahren mit dem Ziel der Einreise zum Zweck des § 16d AufenthG fortgeführt werden (§ 81a Abs. 3 S. 2 AufenthG). Dieses Verfahren und seine Gebühr in Höhe von 411 Euro umfasst auch den Familiennachzug, für den Visumanträge in zeitlichem Zusammenhang gestellt werden.

### **Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft: Bilaterale Vermittlungsabsprache**

Die Grundlage zur Einreise von drittstaatsangehörigen Saisonarbeitskräften sind größtenteils bilaterale Vermittlungsabsprachen. Seit Januar 2020 besteht eine solche Absprache mit Georgien<sup>123</sup> und ab der Erntesaison 2022 auch mit der Republik Moldau für Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft. Einreisen sind mit der Arbeitserlaubnis der BA ohne Vorrangprüfung bis zu 90 Tagen innerhalb von 180 Tagen möglich. Ein Visum ist nicht erforderlich. Der operative Start der Vermittlungsabsprache mit Georgien musste aufgrund der COVID-19-Pandemie auf 2021 verschoben werden. Eine weitere Unterzeichnung ist mit der Ukraine geplant. Mehrheitlich wird Saisonarbeit von Arbeitskräften aus EU-Mitgliedstaaten erbracht<sup>124</sup>.

### **Auswirkungen des FEG und der COVID-19-Pandemie auf die Erwerbsmigration**

Das FEG ist seit dem 1. März 2020 in Kraft und verfolgt die Zielsetzung, einen schnelleren und erleichterten Zugang von Drittstaatsangehörigen in den deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Fast zeitgleich wurde mit dem Einsetzen der COVID-19-Pandemie die internationale Mobilität und somit auch der Zuzug von Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten stark gebremst. Die Effekte der neuen Regelungen lassen sich daher mit den Zahlen für das Jahr 2020 nicht beurteilen. Auch ein direkter Vergleich der Daten mit den Vorjahren ist nur eingeschränkt möglich, da seit dem Inkrafttreten des FEG zusätzliche Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen an Fachkräfte zur Verfügung stehen.

### **Zur statistischen Erfassung der Erwerbsmigration für das Berichtsjahr 2020**

Generell unterscheidet sich die Darstellung in diesem Kapitel von derjenigen früherer Migrationsberichte, da sich mit dem FEG zum einen die Systematik der einschlägigen Aufenthaltstitel verändert hat und zum anderen neue Titel hinzugekommen sind. Deswegen wurden zum Teil neue Berichtskategorien wie die der „Sonstigen Beschäftigungsformen“ (Kapitel 3.2.8) gebildet. Am Anfang der Datendarstellung steht nunmehr im Kapitel 3.2.1 ein Überblick über die gesamte Erwerbsmigration. Unverändert gegenüber früheren Berichten ist der Fokus auf den jeweiligen Zuwanderungszeitraum, in diesem Fall also das Berichtsjahr 2020, geblieben. Für die folgenden Auswertungen wurden die Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) zum Stichtag 31. Dezember 2020 herangezogen. Dabei wird ein dreimonatiger Nacherfassungszeitraum bis zum 31. März 2021 berücksichtigt. Es werden somit Personen betrachtet, die im Jahr 2020 zugewandert sind und bis spätestens 31. März 2021 einen Aufenthaltstitel erhalten haben. Durch diese Nacherfassungszeit wird die Belastbarkeit der Daten erhöht.

---

<sup>123</sup> Vgl. Lechner 2020: 17f.

<sup>124</sup> Vgl. hierzu ausführlich Lechner 2020.

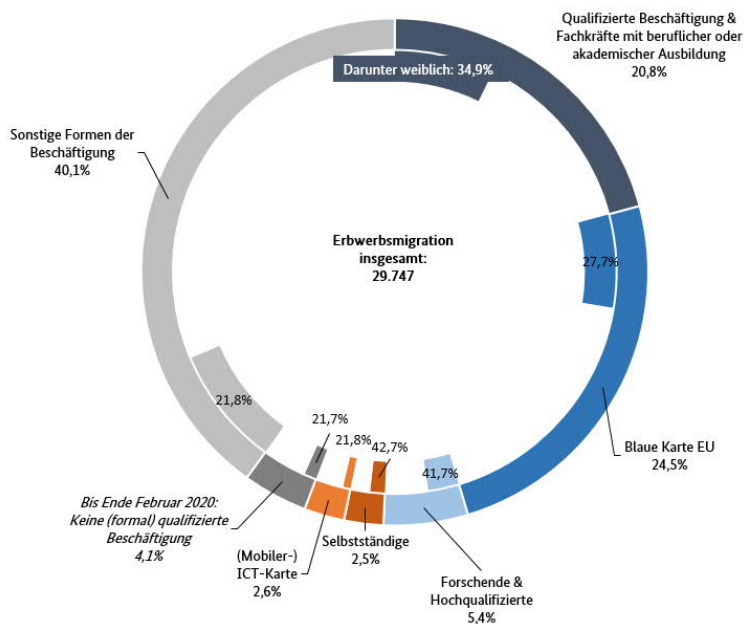
Zu beachten ist, dass an Personen, die mit einem nationalen Visum für längerfristige Aufenthalte über 90 Tage (D-Visum) für die Arbeitsplatzsuche nach Deutschland einreisen, von den Ausländerbehörden zum Teil gar keine Aufenthaltserlaubnisse zur Arbeitsplatzsuche vergeben werden. Bei erfolgreicher Suche findet der Übergang direkt vom Visum zur Arbeitsplatzsuche in einen Titel für die anschließende Erwerbstätigkeit statt. Visa mit längerer Gültigkeitsdauer haben durch das FEG an Bedeutung gewonnen. Beispielsweise können im Zuge des beschleunigten Fachkräfteverfahrens Visa für bis zu 12 Monate erteilt werden. Auch in diesen Fällen erfolgt (zunächst) keine Eintragung des konkreten Aufenthaltstitels für Erwerbszwecke in den Datenbestand des AZR, wodurch anhand dieser Datenquelle mit einer Untererfassung der tatsächlichen Erwerbsmigration zu rechnen ist. Auch zeitweise geschlossene Ausländerbehörden aufgrund der COVID-19-Pandemie können zu Verzerrungen führen.

### 3.2.1 Erwerbsmigration insgesamt

Die Erwerbsmigration aus Nicht-EU-Staaten nach §§ 18 bis 21 AufenthG entwickelte sich seit 2010 zunächst kontinuierlich positiv. Zwischen 2010 und 2019 ist die jährliche Zahl der Erwerbsmigrantinnen und -migranten von etwa 30.000 auf rund 64.000 gestiegen (+115,7 %). Bei Fachkräften und Hochqualifizierten wurde im gleichen Zeitraum ein Anstieg von ca. 19.000 Zugewanderten auf rund 39.000 verzeichnet (+103,5 %). Der zwischenzeitliche Rückgang der Zuzüge auf 24.000 Fachkräfte im Jahr 2013 ist unter anderem auf den Beitritt Kroatiens zur EU zurückzuführen, da kroatische Staatsangehörige seit 1. Juli 2013 als EU-Staatsangehörige keinen Aufenthaltstitel mehr benötigen. Bei der Fachkräftezuwanderung hat insbesondere die Blaue Karte EU als Aufenthaltstitel für Hochqualifizierte stark an Bedeutung gewonnen. Seit 2016 ist zudem die Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen, die im Rahmen der Westbalkanregelung nach Deutschland gekommen sind, deutlich gestiegen (vgl. Abbildung 3-3 und Tabelle 3-22 im Anhang).

Durch die Änderungen des am 1. März 2020 in Kraft getretenen FEG sind die Zuwanderungszahlen zum Zweck der Erwerbstätigkeit des Jahres 2020 mit den Daten der Vorjahre nur sehr eingeschränkt vergleichbar, da sich die Systematik der entsprechenden Aufenthaltstitel verändert hat und neue Titel hinzugekommen sind (vgl. die Einleitung zu Kapitel 3.2). Hinzu kommt, dass der bis dato beobachtbare Aufwärtstrend durch die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Einreisebeschränkungen im Jahr 2020 stark ausgebremst wurde. Pandemiebedingt war seit März 2020 in zahlreichen Auslandsvertretungen eine Visa beantragung zeitweise gar nicht mehr oder nur unter erheblich erschwerten Bedingungen möglich. Im Inland führten die zeitweise für den Publikumsverkehr geschlossenen Ausländerbehörden auch zu einem Rückgang der ausgestellten Aufenthaltstitel zu Erwerbszwecken. Als Resultat dieser Entwicklungen sind im Jahr 2020 nur noch 29.747 Personen nach Deutschland eingereist, die einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit erhielten. Dies entspricht einem Rückgang der Erwerbsmigration um 53,7 % (2019: 64.219, vgl. Tabelle 3-1 und Tabelle 3-22 im Anhang).

Abbildung 3-3: Erwerbsmigration nach §§ 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2020 nach Aufenthaltstiteln und Geschlecht<sup>1</sup>



1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

Quelle: Ausländerzentralregister

Betrachtet man die Struktur der Erwerbsmigration nach Deutschland im Jahr 2020, so zeigt sich, dass es sich bei der Mehrheit der Beschäftigten aus Drittstaaten um qualifizierte bzw. hochqualifizierte Fachkräfte handelt (insgesamt 16.597 Personen bzw. 55,8 %, vgl. Tabelle 3-1). Diese Gruppe umfasst die bisherigen Aufenthaltstitel für eine qualifizierte Beschäftigung (bis Ende Februar 2020), Fachkräfte mit beruflicher oder akademischer Ausbildung, Hochqualifizierte, Forschende, Inhaberinnen und Inhaber einer (Mobiler-) ICT-Karte bzw. einer Blauen Karte EU sowie Selbstständige. Der Anteil der Inhaberinnen und Inhaber einer Blauen Karte EU als größter Einzelgruppe liegt bei 24,5 %.

Tabelle 3-1: Erwerbsmigration im Jahr 2020 aus Drittstaaten nach Beschäftigungsformen<sup>1</sup>

Beschäftigungsform	Erwerbsmigration im Jahr 2020		
	Insgesamt	darunter weiblich	weiblich in %
Fachkräfte und (Hoch-) Qualifizierte Beschäftigung			
Fachkräfte mit beruflicher oder akademischer Ausbildung	4.209	1.803	42,8%
Qualifizierte Beschäftigung (u. a. bis Ende Februar 2020: § 18 Abs. 4 AufenthG)	1.984	360	18,1%
Hochqualifizierte	22	7	31,8%
Blaue Karte EU	7.292	2.018	27,7%
Forschende	1.579	660	41,8%
(Mobiler-) ICT-Karte und internationaler Personalaustausch <sup>2</sup>	767	167	21,8%
Selbstständige Tätigkeit	744	318	42,7%
Fachkräfte und (Hoch-)Qualifizierte insgesamt	16.597	5.333	32,1%
Sonstige Formen sowie alte Regelungen			
Sonstige Formen der Beschäftigung <sup>3</sup>	11.921	2.600	21,8%
Bis Ende Februar 2020: Keine (formal) qualifizierte Beschäftigung (§ 18 Abs. 3 AufenthG a. F.)	1.229	267	21,7%
Erwerbsmigration insgesamt	29.747	8.200	27,6%

1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

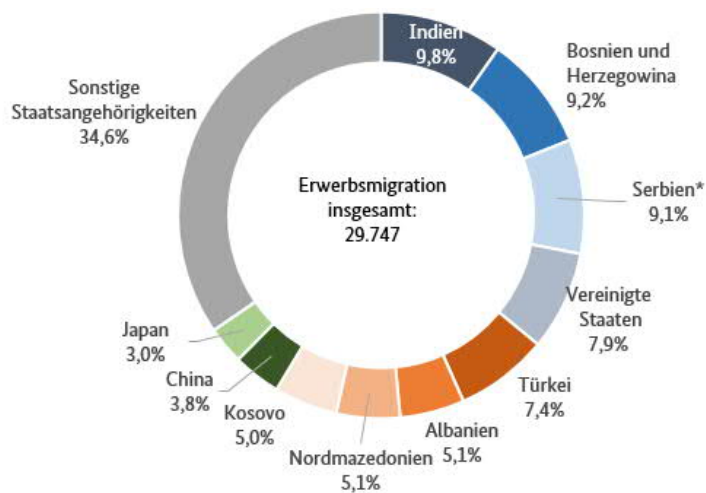
2) In dieser Kategorie sind die Titel § 19b AufenthG und 19d AufenthG (bis Ende Februar 2020) bzw. § 19 AufenthG und § 19b AufenthG sowie internationaler Personalaustausch nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 1 BeschV und § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 BeschV zusammengefasst.

3) Für eine detaillierte Darstellung der sonstigen Formen der Beschäftigung vgl. Kapitel 3.2.8.

Quelle: Ausländerzentralregister

Differenziert nach Staatsangehörigkeiten bildeten im Jahr 2020 indische Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten die größte Gruppe (9,8 %). Die Zusammensetzung der Hauptstaatsangehörigkeiten verdeutlicht, dass daneben die sogenannte Westbalkanregelung stark in Anspruch genommen wird: Staatsangehörige aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien machten im Jahr 2020 zusammen 35,2 % aller Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten aus. Weitere bedeutsame Länder bildeten die Vereinigten Staaten (7,9 %), die Türkei (7,4 %), China (3,8 %) sowie Japan (3,0 %) (vgl. Abbildung 3-4).

Abbildung 3-4: Erwerbsmigration nach §§ 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2020 aus Drittstaaten nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten<sup>1</sup>



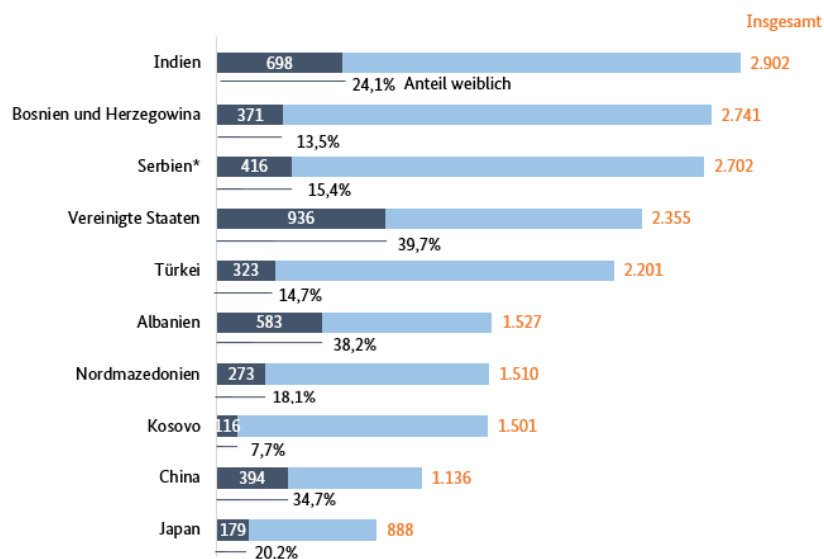
1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Frauen machen seit 2015 etwas weniger als ein Drittel der Zuzüge von Arbeitskräften nach §§ 18 bis 21 AufenthG aus (2020: 27,6 %). Besonders hohe Anteile von Frauen sind bei Staatsangehörigen aus den Vereinigten Staaten (39,7 %) und Albanien (38,2 %) zu finden. Dahingegen sind die Anteile der Erwerbsmigrantinnen aus Bosnien und Herzegowina (13,5 %) und dem Kosovo (7,7 %) deutlich geringer (vgl. Abbildung 3-5 und Tabelle 3-22 im Anhang).

Abbildung 3-5: Erwerbsmigration nach §§ 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2020 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht<sup>1</sup>



1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

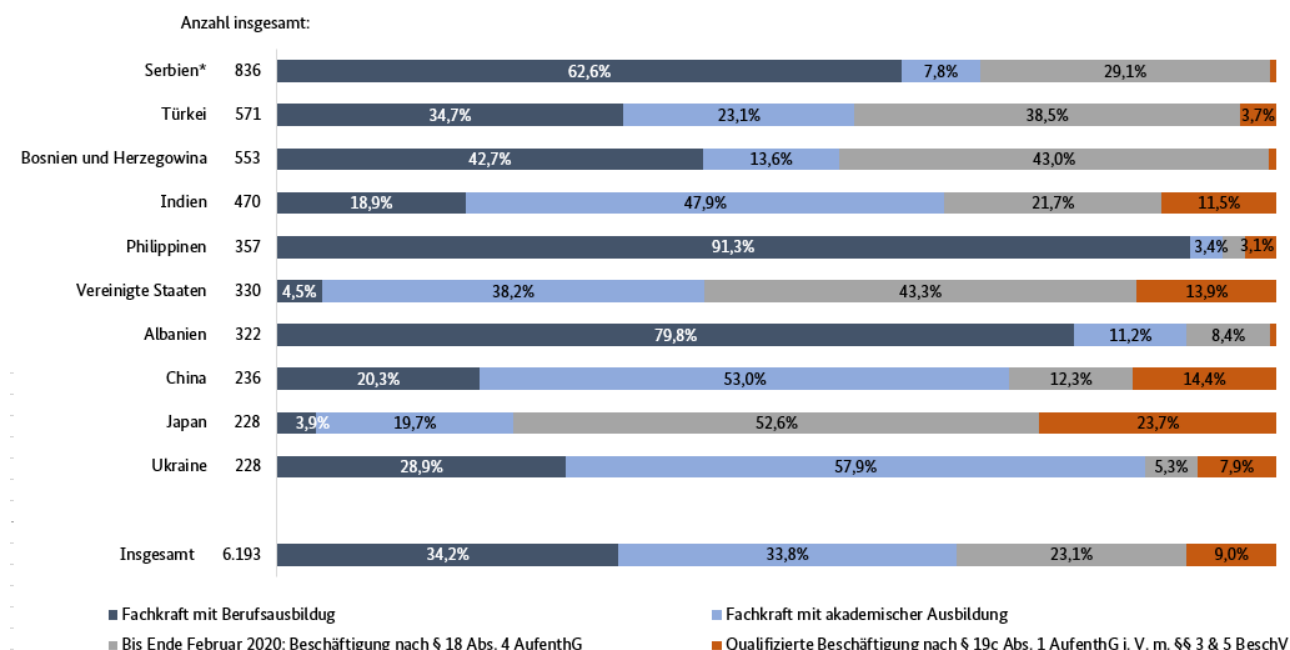
Quelle: Ausländerzentralregister

### 3.2.2 Fachkräfte mit beruflicher und akademischer Ausbildung sowie weitere qualifizierte Arbeitskräfte

2020 sind 6.193 Personen nach Deutschland eingereist, die entweder – nach der neuen Systematik durch das FEG – einen Aufenthaltstitel als Fachkräfte mit Berufsausbildung (§ 18a AufenthG) oder mit akademischer Ausbildung (§ 18b Abs. 1 AufenthG) oder einen Titel nach § 19c Abs. 1 i. V. m. §§ 3 und 5 BeschV erhalten haben. Bei Letzteren handelt es sich um leitende Angestellte, Führungskräfte, Spezialistinnen und Spezialisten sowie um Beschäftigte in der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Zudem enthält diese Kategorie der Erwerbsmigration auch Beschäftigte, denen bis Ende Februar 2020 ein „alter“ Titel für eine qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 4 AufenthG erteilt wurde (vgl. Tabelle 3-22 im Anhang bzw. die beiden obersten Zeilen in Tabelle 3-1), bei dem keine Unterscheidung nach akademischer und beruflicher Ausbildung möglich ist. Alle genannten Gruppen werden im folgenden Kapitel zusammenfassend betrachtet.

Die größten Gruppen dieser Erwerbsmigrationsformen bilden Staatsangehörige aus Serbien, der Türkei, Bosnien und Herzegowina, Indien und den Philippinen. Deutlich mehr als die Hälfte der serbischen, philippinischen und albanischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Fachkräfte mit beruflicher Ausbildung, wobei insbesondere Arbeitskräfte aus den Philippinen im Pflegebereich tätig sind.

Abbildung 3-6: Im Jahr 2020 eingereiste Fach- und qualifizierte Arbeitskräfte nach Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltstitel<sup>1</sup>



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

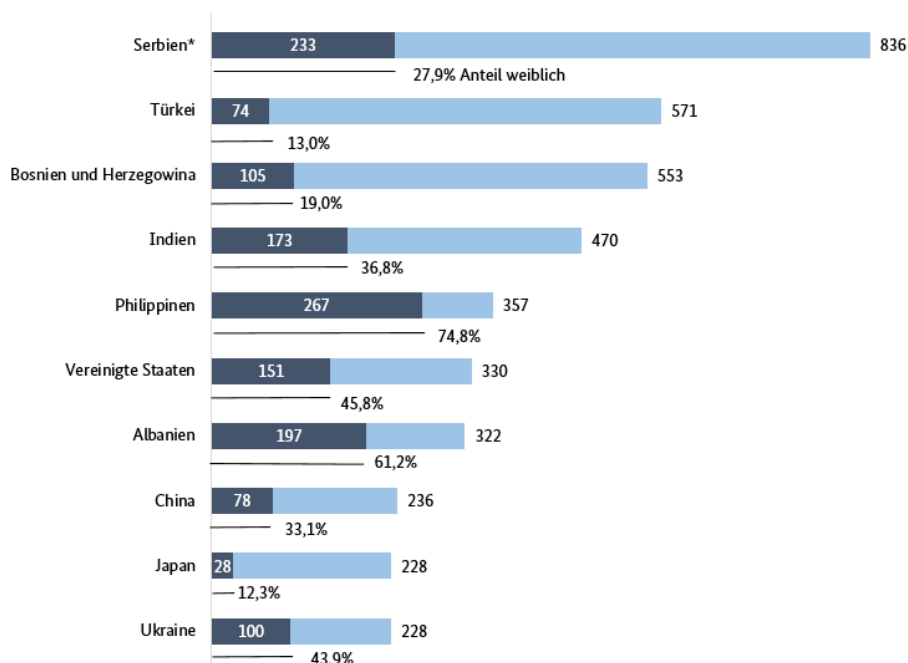
Quelle: Ausländerzentralregister

Betrachtet man die Struktur der Fach- und qualifizierten Arbeitskräfte in der Abbildung 3-19, so zeigt sich, dass 34,2 % der eingereisten Personen Fachkräfte mit einer Berufsausbildung (nach § 18a AufenthG) und 33,8 % solche mit einer akademischen Ausbildung (nach § 18b Abs. 1 AufenthG) waren. Weiterhin haben bis Ende Februar 2020 23,1 % der Beschäftigten einen Titel für eine qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 4 AufenthG nach den alten Regelungen des Aufenthaltsrechts erhalten (vgl. auch Abbildung 3-6). 9,0 % der Personen haben einen Titel für eine qualifizierte Beschäftigung nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. §§ 3 und 5 BeschV erhalten.

Bei Staatsangehörigen der Philippinen (91,3 %) sowie Albanien (79,8 %) handelt es sich vor allem um Fachkräfte mit einer Berufsausbildung. Hohe Anteile bei akademischen Fachkräften weisen hingegen vor allem ukrainische (57,9 %) sowie chinesische (53,0 %) Staatsangehörige auf. Bis Ende Februar 2020 haben zudem vor allem Staatsangehörige aus Japan (52,6 %) und den Vereinigten Staaten (43,3 %) einen „alten“ Titel für eine qualifizierte Beschäftigung erhalten. Für eine qualifizierte Beschäftigung nach den neuen FEG-Regelungen (§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. §§ 3 und 5 BeschV) wurden zwar im Jahr 2020 noch nicht viele Titel vergeben, aber die größten Anteile machen dabei japanische (23,7 %) sowie chinesische (14,4 %) Staatsangehörige aus (vgl. Abbildung 3-6).

Der Anteil der weiblichen Fachkräfte und qualifizierten Beschäftigten liegt bei 34,9 % (vgl. Tabelle 3-22 im Anhang). Staatsangehörige aus den Philippinen (74,8 %) weisen dabei einen mehr als doppelt so hohen Anteil an weiblichen Beschäftigten auf und auch bei albanischen Staatsangehörigen ist der weibliche Anteil überdurchschnittlich hoch (61,2 %). Hingegen liegen die Anteile der Erwerbsmigrantinnen aus Bosnien und Herzegowina (19,0 %), der Türkei (13,0 %) und Japan (12,3 %) deutlich unter dem Durchschnitt (vgl. Abbildung 3-7).

Abbildung 3-7: Im Jahr 2020 eingereiste Fach- und qualifizierte Arbeitskräfte nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht<sup>1</sup>



1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Insgesamt lebten am 31. Dezember 2020 in Deutschland 98.133 ausländische Staatsangehörige mit einem Aufenthaltstitel als Fachkraft (mit beruflicher oder akademischer Ausbildung) oder als sonstige qualifizierte Arbeitskräfte.

### 3.2.3 Hochqualifizierte mit Niederlassungserlaubnis

Hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen kann in besonderen Fällen nach der Einreise ohne Voraufenthaltszeit eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, vorausgesetzt die Integration in die deutschen Lebensverhältnisse und die Sicherung des Lebensunterhalts ohne staatliche Hilfe sind gewährleistet (§ 18c Abs. 3 AufenthG). Eine weitere Voraussetzung ist, dass ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegen muss (§ 18c Abs. 3 AufenthG, bis Ende Februar 2020: § 18 Abs. 5 AufenthG). Zu den Hochqualifizierten zählen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit besonderen fachlichen Kenntnissen und Lehrpersonen (etwa Lehrstuhlinhaberinnen und Lehrstuhlinhaber) sowie wissenschaftliches Personal in herausgehobener Position.

Tabelle 3-2: Erteilte Niederlassungserlaubnisse an Hochqualifizierte seit 2010 (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)<sup>1</sup>

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Insgesamt	219	370	244	27	31	31	25	33	19	29	22

1) Durch das FEG, das am 1. März 2020 in Kraft getreten ist, sowie die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind die Zuwanderungszahlen zum Zweck der Erwerbstätigkeit des Jahres 2020 nur eingeschränkt mit den Daten der Vorjahre vergleichbar. In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

Quelle: Ausländerzentralregister

In Tabelle 3-2 sind nur die Personen ausgewiesen, die in den jeweiligen Berichtsjahren eingereist sind. Eine große Zahl von Niederlassungserlaubnissen nach dieser Regelung wurde Hochqualifizierten erteilt, die sich bereits vor dem Erteilungsjahr in Deutschland aufhielten und somit in dieser Tabelle nicht enthalten sind.

Insgesamt besaßen Ende 2020 2.491 Drittstaatsangehörige eine Niederlassungserlaubnis als Hochqualifizierte (Ende 2019: 2.464). Davon sind 22 Personen im Jahr 2020 eingereist (2019: 29). Damit ist die Zahl der neu eingereisten Personen mit einer solchen Niederlassungserlaubnis seit dem Höhepunkt im Jahr 2011 (370) deutlich gesunken. Der besonders starke Rückgang ab dem Jahr 2013 ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass viele Hochqualifizierte nun eine Blaue Karte EU und bei Erfüllung der Voraussetzungen eine Niederlassungserlaubnis nach § 18c Abs. 2 AufenthG (bzw. bis Ende Februar 2020: § 19a Abs. 6 AufenthG) erhalten. Die Erteilung von Niederlassungserlaubnissen an Hochqualifizierte direkt nach der Einreise stagniert seither auf niedrigem Niveau.

### 3.2.4 Blaue Karte EU

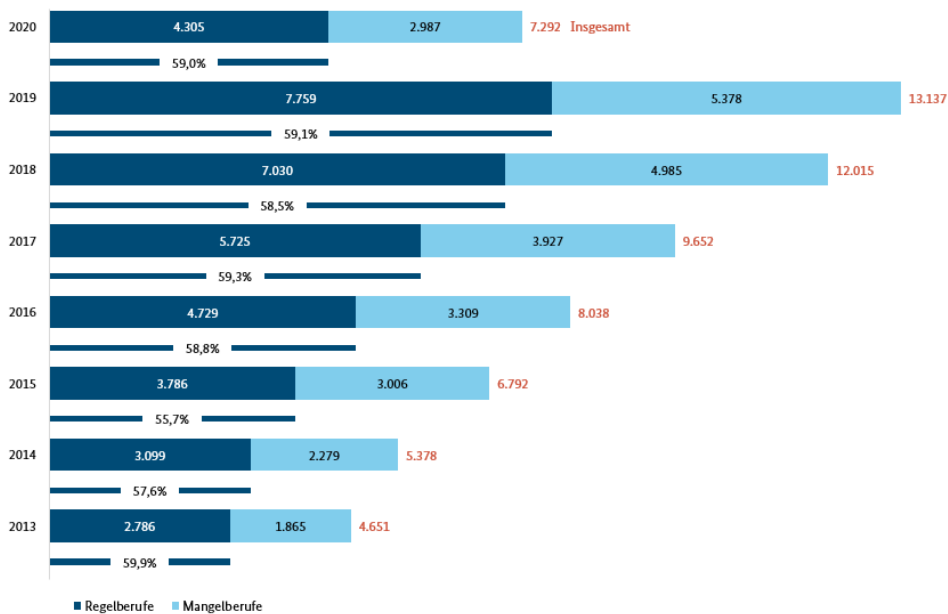
Am 1. August 2012 wurde die Blaue Karte EU als Aufenthaltstitel für hochqualifizierte Fachkräfte eingeführt. Seit dem Inkrafttreten des FEG am 1. März 2020 wird die Erteilung der Blauen Karte EU durch den neu geschaffenen § 18b Abs. 2 AufenthG geregelt (bis Ende Februar 2020: § 19a AufenthG). Diesen Aufenthaltstitel erhalten drittstaatsangehörige Fachkräfte, die über eine anerkannte oder vergleichbare akademische Ausbildung sowie ein konkretes Arbeitsplatzangebot verfügen. Dabei muss ein bestimmtes Mindestgehalt erreicht werden. Bei sogenannten Regelberufen beträgt dies mindestens zwei Drittel der jährlich neu festgesetzten Bemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung. Im Jahr 2021 liegt dieses für Regelberufe bei 56.800 Euro brutto pro Jahr (2020: 55.200 Euro, 2019: 53.600 Euro). Bei Regelberufen, also Berufen mit diesem jährlichen Mindestgehalt, erfolgt die Erteilung einer Blauen Karte EU ohne eine Zustimmung der BA. Bei Berufen, für die in Deutschland ein besonderer Bedarf besteht, sogenannte Mangel- oder Engpassberufe, genügt der Nachweis eines Gehalts von 52 % der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze, im Jahr 2021 liegt das Mindestgehalt bei 44.304 Euro brutto pro Jahr (2020: 43.056, 2019: 41.808 Euro).<sup>125</sup> Dies gilt vor allem für Ärztinnen und Ärzte, für Beschäftigte in der Informationstechnik, in den Ingenieurberufen, der Mathematik oder den Naturwissenschaften. Hier ist grundsätzlich die Zustimmung der BA – allerdings ohne Vorrangprüfung – erforderlich (§ 18b Abs. 2 S. 2 AufenthG; § 2 Abs. 1 Nr. 2b BeschV a. F.).

Die Blaue Karte EU ist zunächst auf höchstens 4 Jahre befristet (§ 18 Abs. 4 AufenthG). Falls ein Arbeitsvertrag mit einer Laufzeit von unter 4 Jahren abgeschlossen wird oder die Zustimmung der BA auf einen kürzeren Zeitraum befristet ist, wird die Blaue Karte EU für die Dauer des Arbeitsvertrages zuzüglich dreier Monate ausgestellt. Nach mindestens 33 Monaten Beschäftigung, Vorliegen einfacher Kenntnisse der deutschen Sprache und bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen können Inhaberinnen oder Inhaber einer Blauen Karte EU eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Diese Frist verkürzt sich auf 21 Monate, wenn die Person über ausreichende Kenntnisse (Niveau B1 „Selbstständige Sprachverwendung“ des GER) der deutschen Sprache verfügt (§ 18c Abs. 2 AufenthG).

---

<sup>125</sup> Vgl. auch <https://www.bamf.de/DE/Themen/MigrationAufenthalt/ZuwandererDrittstaaten/Migrathek/BlaueKarteEU/blauekarteeu-node.html>

Abbildung 3-8: Erwerbsmigration mit einer Blauen Karte EU nach Art der Beschäftigung und Einreisejahr<sup>1</sup>



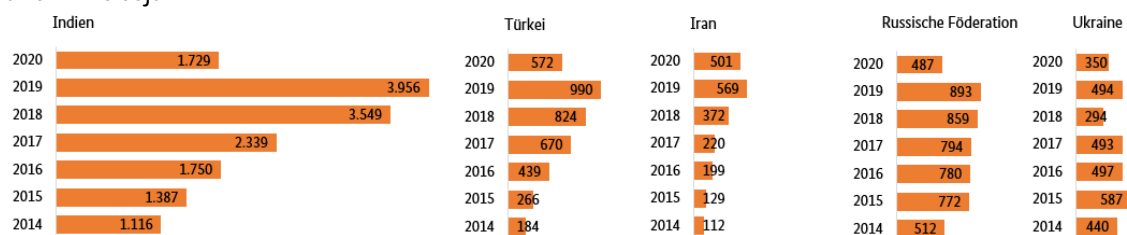
1) Durch das FEG, das am 1. März 2020 in Kraft getreten ist, sowie die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind die Zuwanderungszahlen zum Zweck der Erwerbstätigkeit des Jahres 2020 nur eingeschränkt mit den Daten der Vorjahre vergleichbar. In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

Quelle: Ausländerzentralregister

Seit der Einführung der Blauen Karte EU im August 2012 konnte bis 2019 eine kontinuierliche Zunahme der Einreisen von Hochqualifizierten festgestellt werden. 2020 sind 7.292 Drittstaatsangehörige nach Deutschland gekommen, die eine Blaue Karte erhalten haben, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 44,5 % entspricht. Allerdings ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich, da durch das FEG nun zusätzliche Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen an Fachkräfte zur Verfügung stehen. Zudem hat die COVID-19-Pandemie auch hier zu einem starken Rückgang von Zuzügen geführt (2019: 13.137 Einreisen und Erteilungen einer Blauen Karte EU).

Der Großteil der Fachkräfte mit einer Blauen Karte EU geht einem Regelberuf nach, im Jahr 2020 betrug ihr Anteil 59,0 %. 41,0 % erhielten dementsprechend die Blaue Karte EU für die Beschäftigung in einem Mangel- bzw. Engpassberuf (vgl. Abbildung 3-8 und Tabelle 3-25 im Anhang).

Abbildung 3-9: Erwerbsmigration mit einer Blauen Karte EU nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Einreisejahr<sup>1</sup>

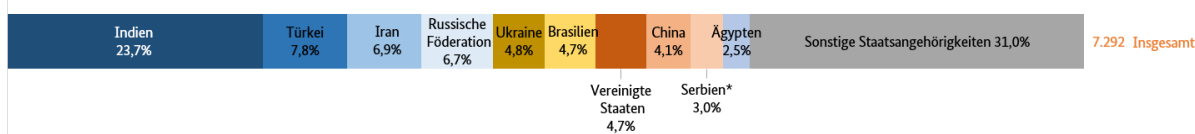


1) Durch das FEG, das am 1. März 2020 in Kraft getreten ist, sowie die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind die Zuwanderungszahlen zum Zweck der Erwerbstätigkeit des Jahres 2020 nur eingeschränkt mit den Daten der Vorjahre vergleichbar. In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

Quelle: Ausländerzentralregister

Die meisten Blauen Karten EU wurden 2020 an Staatsangehörige aus Indien (1.729 bzw. 23,7 %) erteilt. Weitere oft vertretene Staatsangehörigkeiten waren die Türkei (572 bzw. 7,8 %), der Iran (501 bzw. 6,9 %) sowie die Russische Föderation (487 bzw. 6,7 %) (vgl. Abbildung 3-10 und Tabelle 3-25 im Anhang).

Abbildung 3-10: Erwerbsmigration mit einer Blauen Karte EU im Jahr 2020 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten<sup>1</sup>



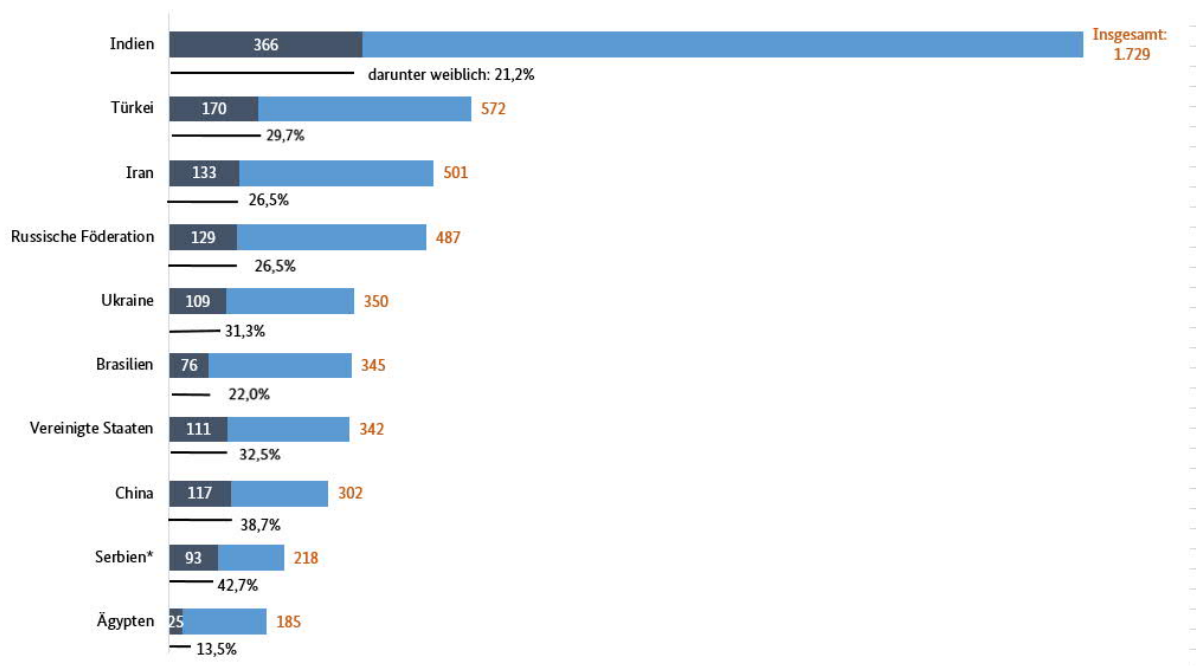
1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Mehr als ein Viertel der im Jahr 2020 eingereisten akademischen Fachkräfte mit einer Blauen Karte EU war weiblich (2.018 bzw. 27,7 %). Der Anteil von Inhaberinnen einer Blauen Karte EU ist bei Staatsangehörigen aus Serbien (42,7 %), China (38,7 %) und den Vereinigten Staaten (32,5 %) besonders hoch, dagegen ist der Anteil bei Ägypten mit 13,5 % besonders niedrig (vgl. Abbildung 3-11 und Tabelle 3-25 im Anhang).

Abbildung 3-11: Erwerbsmigration mit einer Blauen Karte EU im Jahr 2020 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht<sup>1</sup>



1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Die zunehmende Bedeutung von hochqualifizierten Beschäftigten aus Nicht-EU-Staaten ist auch durch die wachsende Zahl von Personen mit sogenannten Statuswechseln zu erkennen. Darunter versteht man den Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln. Im Jahr 2020 haben viele Drittstaatsangehörige eine Blaue Karte EU erhalten, nachdem sie in Deutschland ein Studium oder eine Aus- und Weiterbildung abgeschlossen hatten und somit wie Neuzugewanderte erstmals als Hochqualifizierte eine Beschäftigung aufnahmen.<sup>126</sup>

Insgesamt lebten am 31. Dezember 2020 66.174 Personen mit einer Blauen Karte EU in Deutschland (Ende 2019: 61.710). Zusätzlich haben 45.351 Drittstaatsangehörige, die Ende 2020 in Deutschland lebten, im Anschluss an eine Blaue Karte EU eine Niederlassungserlaubnis nach § 18c Abs. 2 AufenthG erhalten (Ende 2019: 37.318, bis Ende Februar 2020: § 19a Abs. 6 AufenthG). Bezogen auf die gesamte Erwerbsmigration 2020 entfiel fast jeder vierte erteilte Aufenthaltstitel auf die Blaue Karte EU (vgl. Tabelle 3-1).<sup>127</sup>

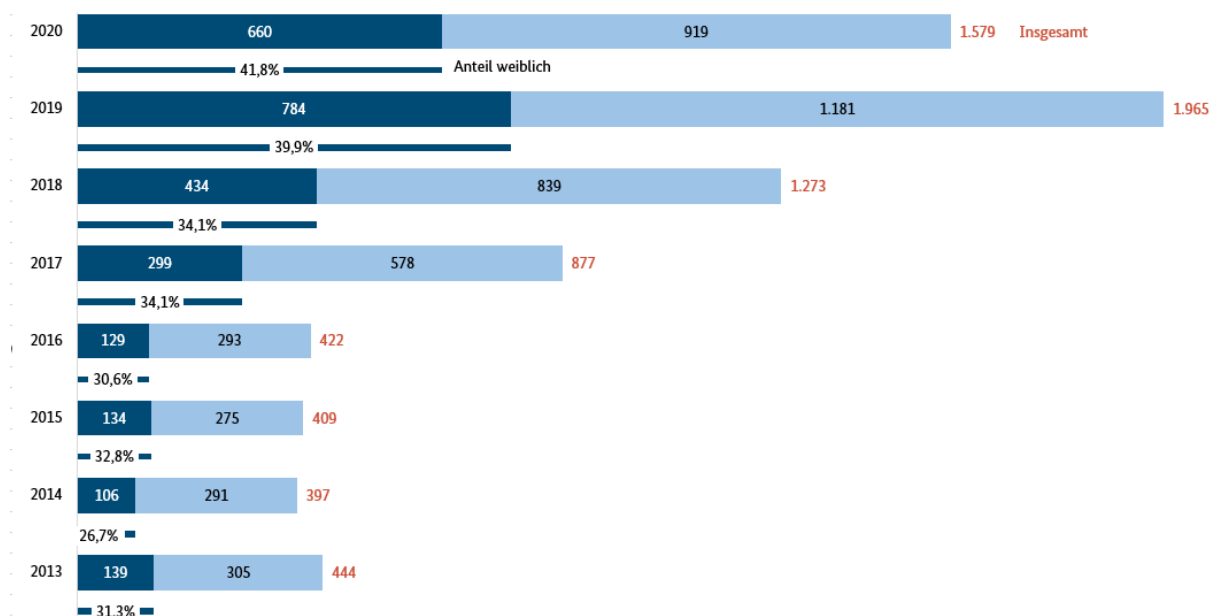
<sup>126</sup> Diese Entwicklung wird in der BAMF-Publikation „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige“ näher betrachtet, vgl. Graf 2021.

<sup>127</sup> Am 28. Oktober 2021 ist die Richtlinie (EU) 2021/1883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2021 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hoch qualifizierten Beschäftigung und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/50/EG des Rates im Amtsblatt der EU veröffentlicht wurden. Die Richtlinie ist bis zum 18. November 2023 von den EU-Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen.

### 3.2.5 Forschende aus Drittstaaten

Die Rechtsgrundlage für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis als Forscherin oder Forscher ist seit 1. März 2020 § 18d AufenthG (zuvor: § 20 AufenthG). Danach wird Drittstaatsangehörigen eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung erteilt, wenn – neben weiteren Voraussetzungen – eine wirksam abgeschlossene Aufnahmevereinbarung oder ein entsprechender Vertrag zur Durchführung eines Forschungsvorhabens mit einer Forschungseinrichtung vorliegt (§ 18d Abs. 1 Nr. 1 AufenthG). Diese Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit für das in der Aufnahmevereinbarung bezeichnete Forschungsvorhaben und zur Ausübung von Tätigkeiten in der Lehre. Darunter fallen auch Forschende, die mit einem Stipendium oder aufgrund eines sonstigen Rechtsverhältnisses in Deutschland tätig werden (§ 18d Abs. 5 AufenthG, bis Ende Februar 2020: § 20 AufenthG). Eine Zustimmung der BA ist nicht erforderlich.

Abbildung 3-12: Zuzüge von Forschenden nach Geschlecht und Einreisejahr



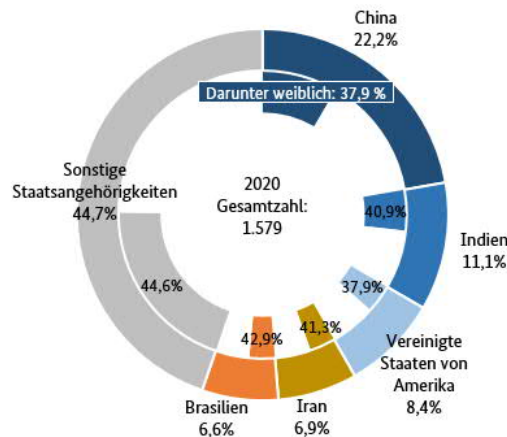
1) Durch das FEG, das am 1. März 2020 in Kraft getreten ist, sowie die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind die Zuwanderungszahlen zum Zweck der Erwerbstätigkeit des Jahres 2020 nur eingeschränkt mit den Daten der Vorjahre vergleichbar. In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2020 sind 1.579 Forschende aus Drittstaaten nach Deutschland eingereist, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18d AufenthG erhalten haben (bis Ende Februar 2020: § 20 AufenthG). Die Zahl der Zuzüge ist im Zeitraum von 2013 bis 2019 deutlich angestiegen, im Jahr 2020 dann u. a. aufgrund der COVID-19-Pandemie zurückgegangen, jedoch nicht so stark wie in anderen Bereichen der Erwerbsmigration (-19,6 %, 2019: 1.965). Der Anteil der Frauen an dieser Zuwanderungsgruppe ist in den letzten Jahren gewachsen, im Jahr 2020 machten er 41,8 % der Gesamtzuzüge aus. Insgesamt kamen 351 Forscherinnen und Forscher aus China (22,2 %), weitere 176 aus Indien (11,1 %) und 132 (8,4 %) aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland (vgl. Abbildung 3-13 und Tabelle 3-26 im Anhang). Ende 2020 lebten in Deutschland 5.544

Forscherinnen und Forscher aus Drittstaaten mit einem entsprechenden Aufenthaltstitel (Ende 2019: 4.333 Personen).

Abbildung 3-13: Zuzüge von Forschenden im Jahr 2020 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht<sup>1</sup>



1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

Quelle: Ausländerzentralregister

### 3.2.6 (Mobiler-) ICT-Karte und internationaler Personalaustausch

Mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der EU zur Arbeitsmigration, das am 1. August 2017 in Kraft getreten ist, wurde auch die Richtlinie zum unternehmensinternen Transfer (ICT-Richtlinie RL 2014/66/EU; ICT steht für Intra-Corporate Transfer) umgesetzt. Damit wurde die ICT-Karte als neuer Aufenthaltstitel eingeführt, der zum Zweck eines unternehmensinternen Transfers von Fachkräften erteilt wird. Auf diesem Wege können Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU ihre Führungskräfte, Spezialistinnen und Spezialisten (maximal 3 Jahre) sowie Trainees (maximal 1 Jahr) für eine begrenzte Zeit in ihre Niederlassung in der EU entsenden (§ 19 AufenthG, bis Ende Februar 2020: § 19b AufenthG).

Mit einer deutschen ICT-Karte dürfen sich Beschäftigte im Rahmen der kurzfristigen Mobilität bis zu 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen zum Zweck des unternehmensinternen Transfers in einem anderen Staat innerhalb der EU aufhalten, ohne in diesem Staat einen Aufenthaltstitel beantragen zu müssen. Umgekehrt können Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat eine ICT-Karte besitzen, ohne deutschen Aufenthaltstitel für maximal 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen in Deutschland eingesetzt werden. Im letzteren Fall ist lediglich eine Mitteilung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge notwendig (§ 19a AufenthG, bis Ende Februar 2020: § 19c AufenthG). Längerfristige Mobilität wird mit dem Aufenthaltstitel „Mobiler-ICT-Karte“ ermöglicht (§ 19b AufenthG, bis Ende Februar 2020: § 19d AufenthG). Diesen können Drittstaatsangehörige, die bereits in einem anderen EU-Mitgliedstaat eine ICT-Karte besitzen und mehr als 90 Tage in Deutschland arbeiten möchten, unter gewissen, in § 19b AufenthG aufgezählten Bedingungen erhalten.

Tabelle 3-3: (Mobiler-) ICT-Karten seit 2018 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)<sup>1</sup>

Jahr	2018	2019	2020 <sup>2</sup>		
			absolut	darunter weiblich	in %
Indien	802	1.173	388	70	18,0%
China	176	153	128	31	24,2%
Vereinigte Staaten	10	19	49	13	26,5%
Japan	7	9	34	2	5,9%
Mexiko	25	27	31	8	25,8%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	53	83	137	43	31,4%
Insgesamt	1.080	1.474	767	167	21,8%

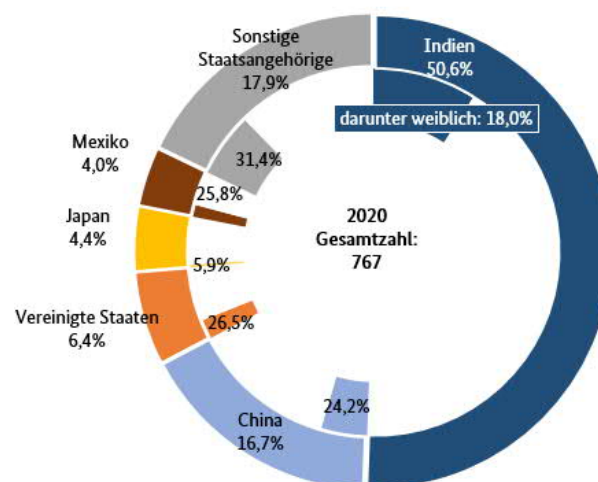
1) Durch das FEG, das am 1. März 2020 in Kraft getreten ist, sowie die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind die Zuwanderungszahlen zum Zweck der Erwerbstätigkeit des Jahres 2020 nur eingeschränkt mit den Daten der Vorjahre vergleichbar. In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

2) In dieser Kategorie sind die Titel § 19b AufenthG und 19d AufenthG (bis Ende Februar 2020) bzw. § 19 AufenthG und § 19b AufenthG sowie internationaler Personalaustausch nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 1 BeschV und § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 BeschV zusammengefasst.

Quelle: Ausländerzentralregister

Im ersten Jahr nach der Einführung 2017 erhielten nur 9 Personen die (Mobiler-) ICT-Karte. Bereits im zweiten Jahr stieg die Zahl jedoch auf 1.080 erteilte Aufenthaltstitel, im Jahr 2019 dann nochmals um 36,5 % auf 1.474 Erteilungen. Pandemiebedingt ist der Anzahl im Jahr 2020 auf 767 (- 48,0 %) zurückgegangen, der Frauenanteil lag bei 21,8 % (vgl. Abbildung 3-14 und Tabelle 3-3).

Abbildung 3-14: (Mobiler-) ICT-Karten und internationaler Personalaustausch im Jahr 2020 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht<sup>1,2</sup>



1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

2) In dieser Kategorie sind die Titel § 19b AufenthG und 19d AufenthG (bis Ende Februar 2020) bzw. § 19 AufenthG und § 19b AufenthG sowie internationaler Personalaustausch nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 1 BeschV und § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 BeschV zusammengefasst.

Quelle: Ausländerzentralregister

50,6 % der im Jahr 2020 erteilten Aufenthaltserlaubnisse im Bereich ICT und internationaler Personalaus-tausch entfielen auf indische Staatsangehörige (388), 16,7 % auf chinesische Staatsangehörige (vgl. Abbil-dung 3-14). Insgesamt lebten Ende 2020 2.300 Inhaberinnen und Inhaber einer (Mobiler-) ICT-Karte in Deutschland.

### 3.2.7 Selbstständige aus Drittstaaten

Unternehmerinnen und Unternehmern aus Drittstaaten kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung ei-ner selbstständigen Tätigkeit erteilt werden, wenn das Unternehmen positive Auswirkungen auf die regio-nale Wirtschaft erwarten lässt. Zudem muss die Finanzierung des Unternehmens gesichert sein und ein wirtschaftliches Interesse oder ein regionales Bedürfnis bestehen (§ 21 Abs. 1 S. 1 AufenthG). Eine Aufent-haltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit kann außerdem erteilt werden, wenn völker-rechtliche Vergünstigungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bestehen (§ 21 Abs. 2 AufenthG). Auch Freiberuflerinnen und Freiberufler können eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn die erforderliche Er-laubnis zur Ausübung des freien Berufs erteilt oder ihre Erteilung zugesagt wurde (§ 21 Abs. 5 AufenthG).

Die Beurteilung der Voraussetzungen der wirtschaftlichen Bedeutung richtet sich insbesondere nach den folgenden Kriterien:

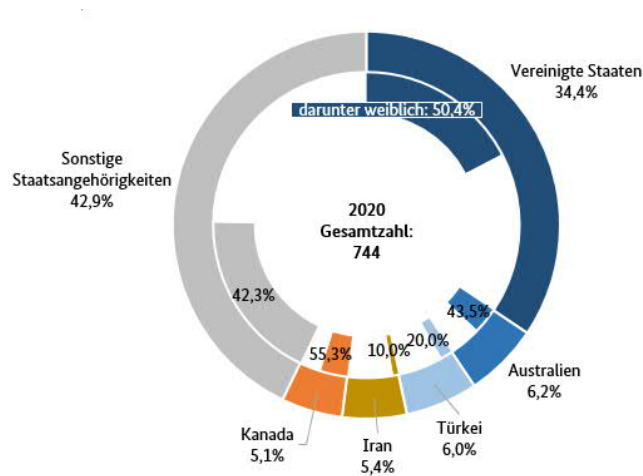
- der Tragfähigkeit der zugrundeliegenden Geschäftsidee,
- den unternehmerischen Erfahrungen,
- der Höhe des Kapitaleinsatzes,
- den Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Ausbildungssituation und
- dem Beitrag für Innovation und Forschung (§ 21 Abs. 1 S. 2 AufenthG).

Drittstaatsangehörige, die einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben haben oder einen Aufent-haltstitel als Forschende bzw. wissenschaftliches Personal nach §§ 18b, 18d oder § 19c AufenthG besitzen, können auch ohne Vorliegen der Voraussetzungen nach § 21 Abs. 1 S. 1 AufenthG einen Aufenthaltstitel zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit erhalten. Die selbstständige Tätigkeit muss einen Zusam-menhang mit den im Studium erworbenen Kenntnissen oder der Tätigkeit als Forschende oder Wissen-schaftlerin bzw. Wissenschaftler erkennen lassen (§ 21 Abs. 2a AufenthG).

Nach 3 Jahren kann eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn u. a. die geplante Tätigkeit erfolg-reich realisiert wurde und der Lebensunterhalt der selbstständigen Personen und ihrer in familiärer Ge-meinschaft lebenden Angehörigen, denen sie Unterhalt zu leisten hat, durch ausreichende Einkünfte gesi-chert ist (§ 21 Abs. 4 AufenthG).

Im Jahr 2020 sind 744 Selbstständige aus Drittstaaten neu eingereist, deutlich weniger als im Vorjahr (2019: 1.484 Selbstständige, -49,9 %). Die mit Abstand größte Gruppe bilden Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten mit 34,4 %, gefolgt von Australien mit 6,2 % und der Türkei mit 6,0 %.

Abbildung 3-15: Im Jahr 2020 eingereiste Selbstständige nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht<sup>1</sup>



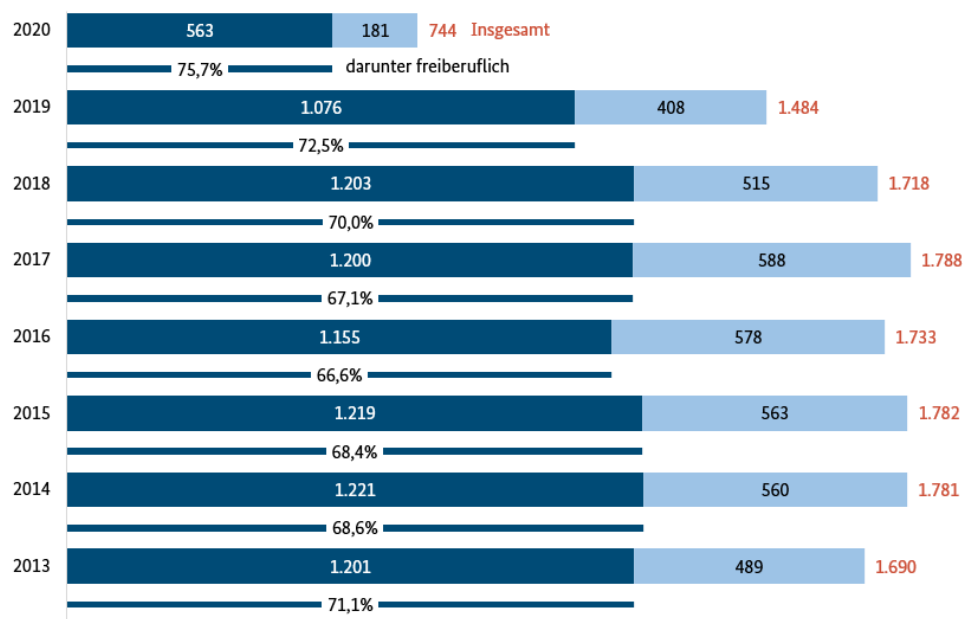
1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

Quelle: Ausländerzentralregister

Unter den Personen, die 2020 eingereist sind und einen Aufenthaltstitel nach § 21 AufenthG erhalten haben, befanden sich insgesamt 318 Frauen (42,7 %). Besonders hohe weibliche Anteile sind unter den Selbstständigen aus Kanada (55,3 %), Japan (54,5 %) und Brasilien (52,2 %) zu verzeichnen (vgl. Abbildung 3-15 und Tabelle 3-27 im Anhang).

Mehr als drei Viertel (75,7 %) der Selbstständigen, die im Jahr 2020 eingereist sind, wurde eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit nach § 21 Abs. 5 AufenthG erteilt (2019: 72,5 %). Bei Selbstständigen aus der Ukraine, Israel, Brasilien und Japan war der Anteil der Freiberuflerinnen und Freiberufler mit jeweils mehr als 90 % überproportional hoch (vgl. Abbildung 3-16 und Tabelle 3-27 im Anhang).

Abbildung 3-16: Selbstständige nach Art der Tätigkeit und Einreisejahr<sup>1</sup>



1) Durch das FEG, das am 1. März 2020 in Kraft getreten ist, sowie die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind die Zuwanderungszahlen zum Zweck der Erwerbstätigkeit des Jahres 2020 nur eingeschränkt mit den Daten der Vorjahre vergleichbar. In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

Quelle: Ausländerzentralregister

Ende 2020 besaßen insgesamt 10.677 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis als Selbstständige nach § 21 Abs. 1, 2, 2a und 5 AufenthG (Ende 2019: 11.533). Zusätzlich verfügten 2.398 Personen über eine Niederlassungserlaubnis nach § 21 Abs. 4 AufenthG (Ende 2019: 2.219).

### 3.2.8 Sonstige Formen der Beschäftigung

Mit § 19c AufenthG wurden die bisherigen Regelungen des § 18 Abs. 3 und 4 AufenthG (a. F.) klarer gefasst und ergänzt. In § 19c Abs. 1 AufenthG sind die vormaligen Regelungen, nach denen Aufenthaltserlaubnisse in Verbindung mit einer Regelung der Beschäftigungsverordnung – unabhängig von der Qualifikation – oder einer zwischenstaatlichen Vereinbarung erteilt werden konnten, zusammengefasst. Zusätzlich kann einem ausländischen Staatsangehörigen mit ausgeprägten berufspraktischen Kenntnissen auch unabhängig von einer formalen Qualifikation eine Aufenthaltserlaubnis zur Beschäftigung erteilt werden, wenn die BeschV solche Aufenthalte zulässt (§ 19c Abs. 2 AufenthG)<sup>128</sup>. Weiterhin kann einem ausländischen Staatsangehörigen unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis zur Beschäftigung erteilt werden, sofern ein öffentliches Interesse (§ 19c Abs. 3 AufenthG) oder ein Beamtenverhältnis in einer deutschen Dienstbehörde besteht (§ 19c Abs. 4 AufenthG) (vgl. Tabelle 3-4). Schließlich konnten bis Ende Februar 2020 auch noch Aufenthaltserlaubnisse nach § 18 Abs. 3 AufenthG (a. F.) zur Ausübung einer Beschäftigung, die keine qualifizierte Berufsausbildung erforderten, erteilt werden. Diese „sonstigen Beschäftigungszwecke“ nach § 19c AufenthG sowie die alten Titel für eine Beschäftigung nach § 18 Abs.

<sup>128</sup> § 6 BeschV regelt diese Möglichkeit für die Informations- und Kommunikationstechnologie.

3 AufenthG ohne Qualifikationsvoraussetzung (bis Ende Februar 2020) werden in der folgenden Tabelle zusammenfassend dargestellt.

Tabelle 3-4: Einreise für sonstige Formen der Beschäftigung im Jahr 2020<sup>1</sup>

Staatsangehörigkeit	Sonstige Formen der Beschäftigung nach § 19c AufenthG <sup>2</sup>	Bis Ende Februar 2020: Keine qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 3 AufenthG	Insgesamt	darunter weiblich	weiblich in %
Bosnien und Herzegowina	1.854	221	2.075	229	11,0%
Serbien <sup>3</sup>	1.389	246	1.635	82	5,0%
Nordmazedonien	1.247	114	1.361	225	16,5%
Kosovo	1.235	75	1.310	70	5,3%
Vereinigte Staaten	1.103	142	1.245	482	38,7%
Albanien	1.013	66	1.079	320	29,7%
Türkei	861	35	896	17	1,9%
Japan	487	21	508	129	25,4%
Montenegro	414	33	447	49	11,0%
Kanada	361	30	391	166	42,5%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	1.957	246	2.203	1.098	49,8%
Insgesamt	11.921	1.229	13.150	2.867	21,8%

1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

2) Ohne Beschäftigungen nach § 19c AufenthG i. V m. §§ 3 & 5 BeschV (leitende Angestellte, Führungskräfte, Spezialistinnen und Spezialisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Forschende), diese werden im Kapitel 3.2.2 behandelt.

3) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

2020 sind insgesamt 13.150 Personen zur Ausübung einer sonstigen Beschäftigung nach Deutschland eingereist, darunter 1.229 Personen, die bis Ende Februar 2020 nach § 18 Abs. 3 AufenthG a. F. keine (formal) qualifizierte Beschäftigung aufgenommen haben (Erteilung des Titels bis Ende Februar 2020) sowie 11.921 Personen nach § 19c AufenthG. Dabei handelt es sich, wie Tabelle 3-5 zu entnehmen ist, um unterschiedliche Berufsgruppen und Tätigkeiten, die sich zum Teil nicht klar dem qualifizierten oder dem unqualifizierten Sektor zuordnen lassen.

Tabelle 3-5: Überblick über die sonstigen Formen der Beschäftigung im Jahr 2020<sup>1</sup>

Beschäftigungsform	Rechtliche Grundlage	Einreise im Jahr 2020	Anteile in %
<b>Zwischenstaatliche Vereinbarungen &amp; bestimmte Staatsangehörige</b>			
Westbalkanregelung	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 2 BeschV	5.559	46,6%
Bestimmte Staatsangehörige	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 1 BeschV	1.687	14,2%
Übrige Beschäftigungssachverhalte	§ 19c Abs. 1 AufenthG	1.035	8,7%
Zwischenstaatliche Vereinbarungen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 29 Abs. 3 BeschV	987	8,3%
Freihandelsabkommen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 29 Abs. 5 BeschV	35	0,3%
<b>IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten mit berufspraktischer Erfahrung</b>			
Non-formale qualifizierte Beschäftigung Beschäftigung bei berufspraktischer Erfahrung	§ 19c Abs. 2 AufenthG i. V. m. § 6 BeschV	174	1,5%
<b>Werklieferungsverträge &amp; Dienstleistungserbringung</b>			
Beschäftigung im Rahmen von Werklieferungsverträgen Vorübergehende Dienstleistungserbringung	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 19 Abs. 2 BeschV § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 21 BeschV	610	5,1%
<b>Güter und Personenverkehr</b>			
Personal auf Binnenschiffen Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer Besatzung von Luftfahrzeugen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 24 Nr. 3 BeschV § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 24a BeschV § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 24 Nr. 4 BeschV	61	0,5%
<b>Weitere Formen der Beschäftigung</b>			
Au-pair	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 12 BeschV	797	6,7%
Beschäftigung aus religiösen Gründen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 14 Abs. 1a BeschV	271	2,3%
Kultur, Unterhaltung, Gastspiele, Film- und Fernsehproduktionen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 25 BeschV	231	1,9%
Berufssportlerinnen und -sportler/Trainerinnen und Trainer e-Sportlerinnen und -Sportler	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 22 Nr. 4 BeschV § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 22 Nr. 5 BeschV	189	1,6%
Spezialitätenköchinnen und -köche	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 11 Abs. 2 BeschV	144	1,2%
Sprachlehrerinnen und -lehrer	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 11 Abs. 1 BeschV	13	0,1%
Beschäftigung im öffentlichen Interesse Beamtenverhältnis zu einer deutschen Dienstbehörde	§ 19c Abs. 3 AufenthG § 19c Abs. 4 AufenthG	128	1,1%
<b>Sonstige Formen der Erwerbsmigration insgesamt</b>		<b>11.921</b>	<b>100,0 %</b>

1) In der Darstellung sind sowohl Personen berücksichtigt, die nach den alten Regelungen des AufenthG bis einschließlich Februar 2020 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, als auch Personen mit danach erteilten Titeln.

Quelle: Ausländerzentralregister

## Westbalkanregelung

Durch die sogenannte „Westbalkanregelung“ können Staatsangehörige aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien einen Aufenthaltstitel mit Vorrangprüfung zur Ausübung jeder Beschäftigung erhalten (seit März 2020: § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 2 BeschV). Der Arbeitsmarktzugang ist nicht an formale Qualifikationserfordernisse geknüpft.<sup>129</sup> Fast die Hälfte der Aufenthaltserlaubnisse in der Kategorie „sonstige Beschäftigungsformen“ nach § 19c AufenthG (5.559 von 11.921 Aufenthaltserlaubnissen) wurde 2020 auf dieser Grundlage erteilt.

## Bestimmte Staatsangehörige

Für Staatsangehörige aus Andorra, Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Monaco, Neuseeland, San Marino sowie den Vereinigten Staaten kann eine Zustimmung mit Vorrangprüfung zur Ausübung jeder Beschäftigung erteilt werden. Das Gleiche gilt auch für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs nach dessen Austritt aus der EU (im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 6 FreizügG/EU). Im Jahr 2020 haben 1.687

<sup>129</sup> Vgl. hierzu auch die Ausführungen zur „Westbalkanregelung“ in Kapitel 3.2.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Aufenthaltstitel nach den Bestimmungen von § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 1 BeschV erhalten, die im selben Jahr nach Deutschland eingereist sind. Für Beschäftigungen aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen (§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 29 Abs. 2 BeschV) wurden 987 Aufenthaltserlaubnisse erteilt.

### **IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten mit berufspraktischer Erfahrung**

Eine wesentliche Neuerung durch das FEG betrifft die vereinfachte Erwerbsmigration von IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten. Mit dem neu geschaffenen § 19c Abs. 2 i. V. m. § 6 BeschV können Informations- und Kommunikationstechnologiespezialistinnen und Spezialisten mit berufspraktischer Erfahrung nach Deutschland einreisen. Dabei wird die Zustimmung unabhängig von einer (formalen) Qualifikation erteilt, wenn die Bewerberin oder der Bewerber mindestens eine dreijährige Berufserfahrung innerhalb der letzten 7 Jahre nachweisen kann. Die Höhe des Bruttojahresgehalts in Deutschland muss mindestens 60 % der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung betragen (im Jahr 2020 entsprach dies 49.680 Euro) und die Personen müssen über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen (Niveau B1 des GER). Im begründeten Einzelfall kann auf den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse verzichtet werden. Im Jahr 2020 sind insgesamt 174 Personen auf dieser Grundlage als IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten eingereist. Differenziert nach Staatsangehörigkeit bilden Personen mit brasilianischer und russischer Staatsangehörigkeit die größten Gruppen. Weitere wichtige Herkunftsländer sind die Westbalkanstaaten wie Kosovo, Serbien und Bosnien und Herzegowina.

### **Au-pair-Beschäftigte**

Nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 12 BeschV kann die Zustimmung für einen Titel als Au-pair-Beschäftigung mit Grundkenntnissen der deutschen Sprache erteilt werden. Die Au-pair-Beschäftigten müssen bei Antragstellung unter 27 Jahre alt und in einer Gastfamilie tätig sein, in der Deutsch als Muttersprache gesprochen wird. Die Zustimmung zu einer Aufenthaltserlaubnis kann bis zu einer Geltungsdauer von einem Jahr erteilt werden, eine Vorrangprüfung findet nicht statt. Eine erneute Zulassung als Au-pair ist nicht möglich, auch dann nicht, wenn die Höchstdauer von einem Jahr nicht ausgeschöpft wurde. Im Jahr 2020 wurden 797 Titel für Au-pair-Beschäftigte erteilt. Die größte Gruppe bilden dabei Staatsangehörige aus Georgien, den Vereinigten Staaten, Kolumbien und Mexiko. Fast 90 % der Au-pair-Beschäftigten, die im Jahr 2020 eingereist sind, waren weiblich.

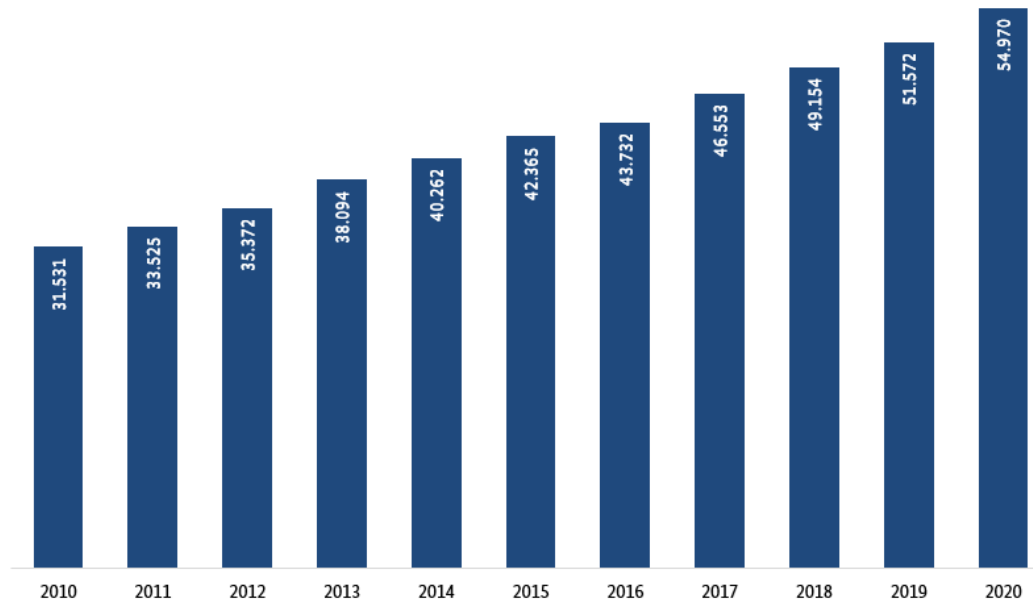
## **3.2.9 Ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland**

Neben den Daten zu Personen mit Aufenthaltstiteln als Forschende gemäß dem Aufenthaltsgesetz werden auch jährliche Daten zu ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland sowohl vom Statistischen Bundesamt (Daten zu wissenschaftlichem und künstlerischem Personal an Hochschulen) als auch vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) veröffentlicht.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes arbeiteten an deutschen Hochschulen im Jahr 2020 insgesamt 54.970 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit als wissenschaftliches und künstlerisches Personal (2019: 51.572), darunter 3.557 hauptberufliche Professorinnen und Professoren (2019: 3.472). Ihr Anteil am gesamten wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal (414.832) beträgt damit 13,3 % (vgl. Abbildung 3-17). 2020 wurde ein Anstieg um 6,6 % im Vergleich zum Vorjahr registriert. Hauptherkunftsländer waren im Jahr 2020 Italien (3.985 Personen), Indien (3.881), China (3.706), Öster-

reich (2.925) und die Vereinigten Staaten (2.439). Diese Beschäftigten sind insbesondere in den Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (11.571 Personen), in den Ingenieurwissenschaften (10.958) und in der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (10.874) tätig.

Abbildung 3-17: Wissenschaftliches und künstlerisches Personal mit ausländischer Staatsangehörigkeit an deutschen Hochschulen seit 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt, Hochschulpersonal

Als weitere Quellen können Daten des DAAD zu geförderten ausländischen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern in Deutschland herangezogen werden.<sup>130</sup>

Nachdem 2013 die Förderinstitutionen Deutscher Akademischer Austauschdienst, Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG) die Qualität ihrer statistischen Angaben deutlich verbessert haben, ist aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit eine Fortsetzung der bisherigen Zeitreihen zur Mobilitätsentwicklung ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mehr möglich.<sup>131</sup> Rückwirkend konnten die betroffenen Förderinstitutionen jedoch Angaben für die Jahre 2011 und 2012 unter den neuen Voraussetzungen zur Verfügung stellen. Mit der genaueren Auswertung ist nun besser gewährleistet, dass ausschließlich Forschende erfasst werden, die einen geförderten temporären Aufenthalt in Deutschland absolvieren. Zudem wurden mehr Förderprogramme in die Erhebung einbezogen. Im Jahr 2014 hat sich die Erhebungsmethode erneut geändert, da nunmehr die vertraglich angestellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den vier größten deutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen bzw. den ihnen zugehörigen Institutionen (der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Max Weber Stiftung) nicht mehr mitgezählt werden. Insofern sind die Zahlen ab 2014 nicht mehr vergleichbar mit denen der Vorjahre.

<sup>130</sup> Vgl. dazu ausführlich DAAD/DZHW 2021: 92 ff.

<sup>131</sup> Vgl. bis 2012 BAMF/BMI 2015: 63.

Tabelle 3-6: Ausländische Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler in Deutschland nach den wichtigsten Staatsangehörigkeiten seit 2012<sup>1</sup>

Staatsangehörigkeit	2012	2013	2014 <sup>2</sup>	2015	2016	2017	2018	2019
China	1.506	1.858	1.825	1.878	1.914	1.497	2.080	2.202
Indien	1.483	1.790	1.645	1.631	1.774	1.294	1.961	2.122
Russische Föderation	2.065	2.395	2.163	2.243	1.939	1.687	1.957	1.830
Italien	1.163	1.608	1.464	1.512	1.670	1.059	1.799	1.843
Vereinigte Staaten	1.875	1.706	1.347	1.644	1.589	1.382	1.606	1.584
Polen	1.037	1.169	1.043	1.012	1.005	1.440	980	1.021
Iran	624	717	794	797	818	703	976	941
Spanien	513	819	788	742	749	525	817	879
Sonstige Staatsangehörigkeiten	20.161	23.087	21.722	24.177	20.680	23.469	20.495	20.372
Insgesamt	30.427	35.149	32.791	35.636	32.138	33.056	32.671	32.794

1) Erfasst werden nur ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren Forschungsaufenthalt in Deutschland durch die befragten Organisationen gefördert wurde. Auf andere Art finanzierte Forschungsaufenthalte, etwa aus Drittmitteln, sind nicht berücksichtigt, da diese in Deutschland nicht erfasst werden. Die Daten dokumentieren deshalb nur einen Teil der Aufenthalte ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Gesamtzahl dürfte höher liegen.

2) Ab dem Jahr 2014 beinhalten die Zahlen nicht mehr die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an den vier größten deutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Institute der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Max Weber Stiftung) vertraglich angestellt sind.

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Im Jahr 2019 wurde der Aufenthalt von 32.794 ausländischen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern in Deutschland gefördert (2018: 32.671).<sup>132</sup> Die wichtigsten Herkunftsländer bilden dabei China, Indien, die Russische Föderation und Italien (vgl. Tabelle 3-6). Der größte Anteil der geförderten ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entfällt auf die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften (44,9 %).

Betrachtet man die Aufenthaltsdauer der ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland, so ergeben sich je nach Förderorganisation Unterschiede.<sup>133</sup> Während der DAAD ausschließlich kurzfristige Aufenthalte mit einer maximalen Aufenthaltsdauer von 12 Monaten finanziell unterstützte (davon 49,5 % mit einem Aufenthalt von unter einem Monat), förderte die Alexander von Humboldt-Stiftung sowohl kurzfristige Aufenthalte von unter 1 Jahr (45,3 %) als auch langfristige Aufenthalte von mehr als einem Jahr (54,7 %).

<sup>132</sup> Dabei ist zu beachten, dass die Daten immer erst mit ca. 2 Jahren Verzögerung vorliegen, sodass hier nur auf die Zahlen bis einschließlich 2019 eingegangen werden kann.

<sup>133</sup> Die Aussagen über Aufenthaltsdauer sind für das Berichtsjahr 2019 eingeschränkt, da die DFG und weitere Förderorganisationen (z. B. EU Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen) keine Informationen über die Aufenthaltsdauer zur Verfügung stellen konnten.

### 3.3 Bildungsmigration

#### 3.3.1 Ausländische Studierende

Bei den ausländischen Studierenden wird zwischen zwei Kategorien unterschieden: Zum einen gibt es Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer, die eine Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Zu ihnen zählen auch ausländische Staatsangehörige, die auf deutschen Auslandsschulen ihre Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben.<sup>134</sup> Zum anderen gibt es die sogenannten Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die über eine ausländische Hochschulzugangsberechtigung verfügen<sup>135</sup>. Unter diese Kategorie fallen auch Personen, die aus familiären Gründen nach Deutschland einreisen und dann ein Studium aufnehmen. Während ein Großteil der Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer vor dem Studium in Deutschland gelebt und eine deutsche Schule besucht hat, sind die meisten Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer zum Studium nach Deutschland eingereist.

Vor der Einreise benötigen ausländische Studierende aus Drittstaaten grundsätzlich ein Visum<sup>136</sup>; daneben existieren mit einigen Ländern, die von der Visumpflicht ausgenommen sind, bilaterale Vereinbarungen und einige Staatsangehörige sind aufgrund rechtlicher Regelungen von der Visumpflicht befreit.<sup>137</sup> Für ein Visum zu Studienzwecken ist in der Regel eine anerkannte Hochschulzugangsberechtigung notwendig. Darüber hinaus muss die Finanzierung des ersten Studienjahres gesichert sein sowie ein Nachweis über den Krankenversicherungsschutz vorliegen. Für ein Studium in Deutschland müssen darüber hinaus für den entsprechenden Studiengang erforderliche Kenntnisse der Ausbildungssprache nachgewiesen werden.

Soweit die Sprachkenntnisse ausnahmsweise nicht im Rahmen der Zulassungsentscheidung geprüft worden sind und auch nicht im Rahmen einer studienvorbereitenden Maßnahme erworben werden sollen, ist der Nachweis der erforderlichen Sprachkenntnisse gegenüber der Auslandsvertretung zu erbringen. Hier dürften in der Regel mindestens Sprachkenntnisse auf dem Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen erforderlich sein (16b.1.4.2 der Anwendungshinweise zum FEG).

Die Aufenthaltserlaubnis für ausländische Studierende aus Drittstaaten wird nach der Einreise erteilt. Der Studienzweck umfasst auch studienvorbereitende Sprachkurse oder sonstige Maßnahmen (§ 16 Abs. 1 S. 4 AufenthG). Dabei gilt die Aufenthaltserlaubnis bei der Ersterteilung und bei der Verlängerung mindestens 1 Jahr und soll 2 Jahre nicht überschreiten (§ 16b Abs. 2 AufenthG). Für eine Studienbewerbung wird der Aufenthaltserlaubnis für maximal 9 Monate erteilt (§ 17 Abs. 2 AufenthG). Die Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums berechtigt zur Ausübung einer Beschäftigung, die insgesamt 120 Tage bzw. 240 halbe Tage im Jahr nicht überschreiten darf, sowie ohne zeitliche Begrenzung zur Ausübung studentischer Nebentätigkeiten (§ 16b Abs. 3 S. 1 AufenthG).

---

<sup>134</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt 2021c: 5f.

<sup>135</sup> Ausländische Staatsangehörige ohne Angabe zur Art der Hochschulzugangsberechtigung werden in der Hochschulstatistik als Bildungsausländer gezählt und im folgenden Beitrag entsprechend nachgewiesen.

<sup>136</sup> Die Visa für ausländische Studierende werden in einem beschleunigten Verfahren erteilt (Schweigefristverfahren), vgl. dazu BAMF/BMI 2013: 53.

<sup>137</sup> Studierende aus den EWR-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein sowie Studierende aus der Schweiz aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit der EU; Studierende aus Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Neuseeland und den Vereinigten Staaten sowie Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino gemäß § 41 AufenthV.

## **Datengrundlage und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die internationale Mobilität von Studierenden**

Die Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamts gibt Aufschluss über ausländische Studierende und basiert auf Immatrikulationen und Abschlussprüfungen der Studierenden. Ausländische Studierende werden dabei unterschieden in Bildungsausländerinnen bzw. Bildungsausländer und Bildungsinländerinnen bzw. Bildungsinländer. Als Studienfängerinnen und Studienanfänger werden Studierende im ersten Hochschulse semester bezeichnet. Der Fokus liegt im Folgenden vor allem auf Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern sowie Studienanfängerinnen und Studienanfängern, weil diese Gruppen die nach Deutschland zugewanderten Personen zum Zwecke eines Studiums am besten (näherungsweise) abbilden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass sich ein Teil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer bereits zuvor in Deutschland aufgehalten und dann ein Studium aufgenommen hat. Durch die Mobilitätsbeschränkungen im Kontext der COVID-19-Pandemie und das erheblich erweiterte Angebot an digitalen Lehrformaten<sup>138</sup> an den deutschen Hochschulen seit dem Sommersemester 2020 war es für ausländische Studierende zudem auch möglich, zwar an deutschen Hochschulen eingeschrieben zu sein, aber die ersten Semester im Herkunftsland zu absolvieren. Das genaue Ausmaß dieser Phänomene lässt sich (noch) nicht beziffern; es ist jedoch davon auszugehen, dass dadurch eine Diskrepanz zwischen den Immatrikulations- bzw. Studierendenzahlen und der tatsächlichen Zuwanderung besteht.

### **Entwicklung der Zahl ausländischer Studierender**

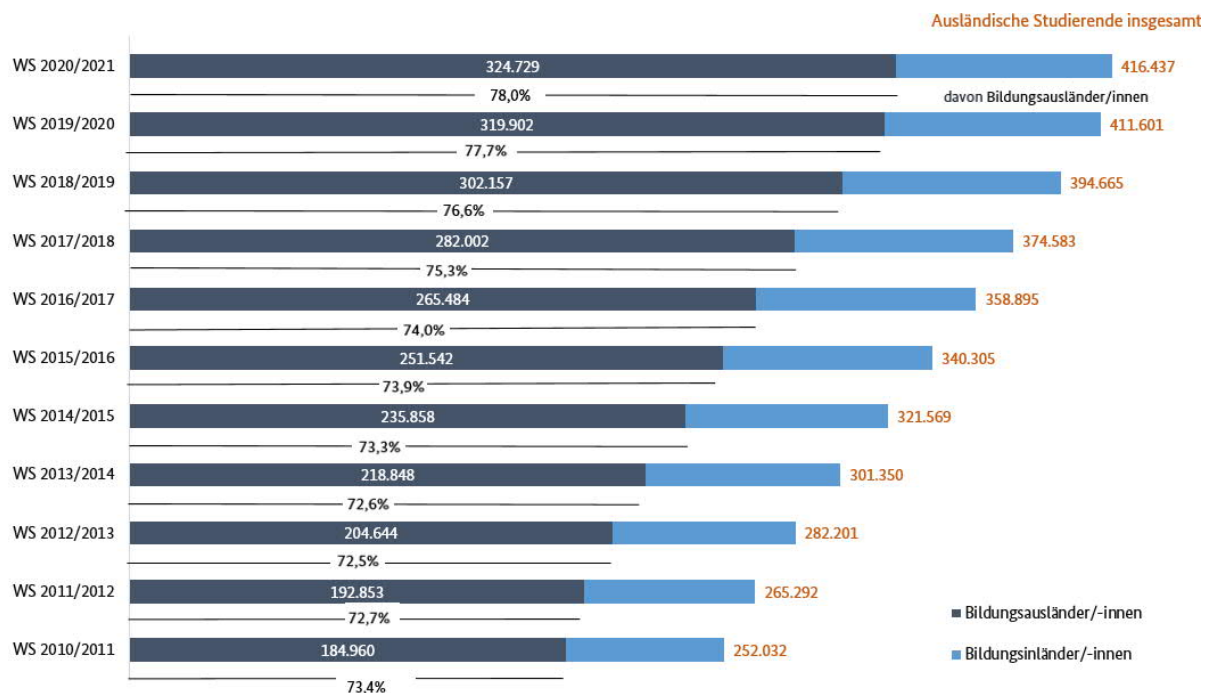
Vom Wintersemester 2010/2011 bis zum Wintersemester 2020/2021 stieg die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an deutschen Hochschulen von 184.960 um 75,6 % auf 324.729 Personen an. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit insgesamt von 252.032 um 65,2 % auf 416.437 an (vgl. Abbildung 3-18 und Tabelle 3-28 im Anhang). Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern an allen Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit lag im Wintersemester 2001/2002 noch bei etwa zwei Dritteln und stieg seitdem auf etwa drei Viertel an, im Wintersemester 2020/2021 lag er bei 78,0 %.<sup>139</sup> Hauptherkunftsland der im Wintersemester 2020/2021 eingeschriebenen Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer war China (40.122), vor Indien (28.542), Syrien (16.931) und Österreich (13.612) (vgl. Tabelle 3-30 im Anhang).

---

<sup>138</sup> Vgl. DAAD/DZHW 2021.

<sup>139</sup> Als Zielland für ausländische Studierende nahm Deutschland im Jahr 2019 weltweit gesehen den 4. Rang ein. Von allen Studierenden, die im Ausland studieren, waren rund 5 % an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Nur die USA (16 %), das Vereinigte Königreich (8 %) und Australien (8 %) wiesen höhere Anteile auf, vgl. OECD 2021: 262.

Abbildung 3-18: Ausländische Studierende an deutschen Hochschulen seit dem Wintersemester 2010/2011



Quelle: Statistisches Bundesamt

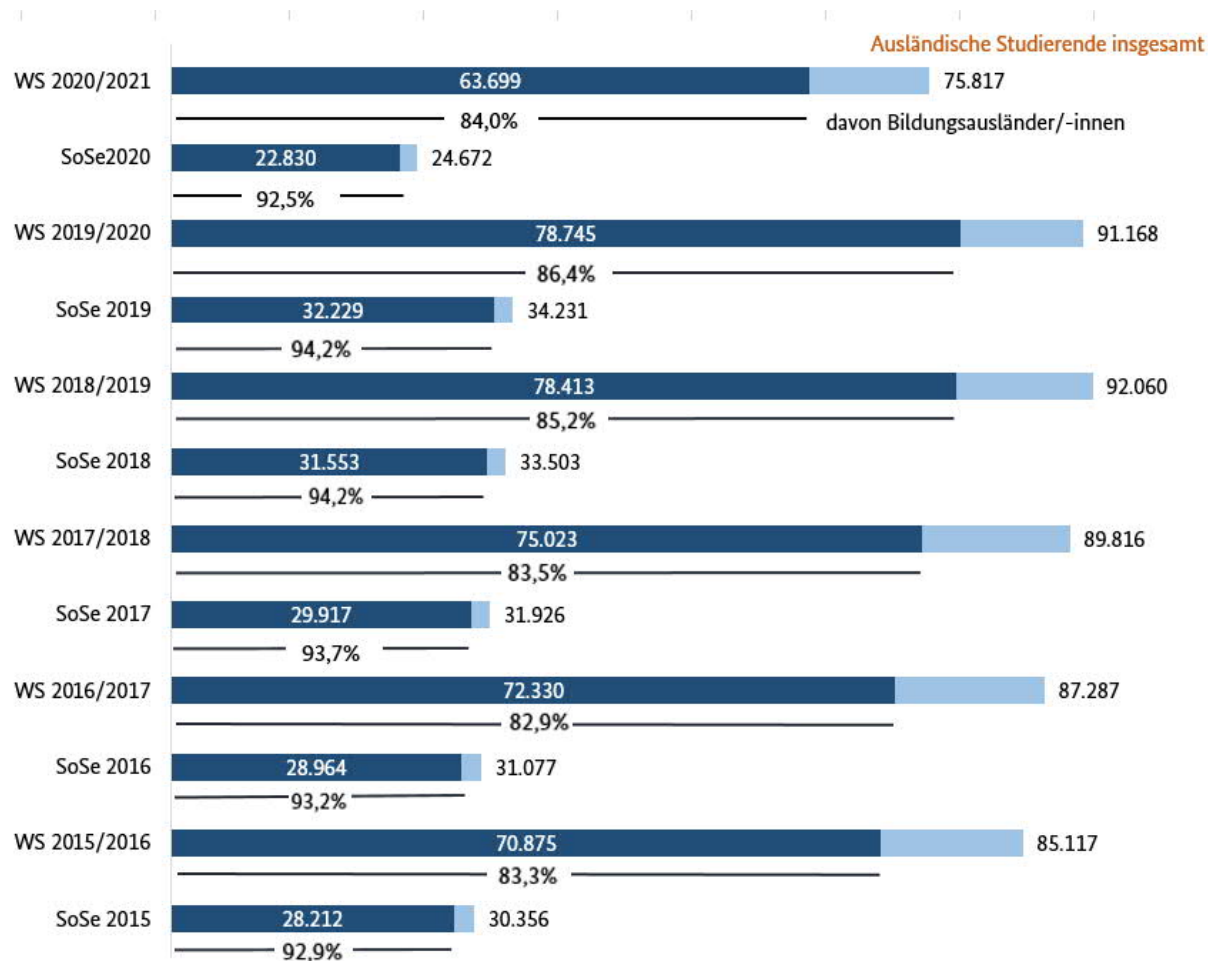
Im Vergleich zum Wintersemester 2019/2020 stieg die Anzahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an deutschen Hochschulen trotz der COVID-19-Pandemie um 1,5 %. Allerdings steht diese Entwicklung nicht im Zusammenhang mit einer zunehmenden Zahl von Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern im ersten Hochschulsesemester (vgl. die folgende Abbildung 3-19), sondern lässt sich auf Verzögerungen bei Studienabschlüssen zurückführen, die im Kontext durch die COVID-19-Pandemie auftraten und den sinkenden Zahlen von Studienanfängerinnen und Studienanfängern entgegenwirkten.<sup>140</sup>

Bei Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern handelt es sich zum Teil auch um ausländische Studierende, die nur für ein vorübergehendes Teilstudium nach Deutschland kommen (Auslandssemester). In der Hochschulstatistik werden diese ausländischen Studierenden als Studierende im ersten Hochschulsesemester erfasst und nicht anhand der bereits absolvierten Hochschulsesemester zugeordnet. Die Zahl solcher ausländischen Studienanfänger und Studienanfängerinnen mit temporären Studienaufenthalten ging im Sommersemester 2020 im Vergleich zum Sommersemester 2019 mit 54,2 % besonders stark zurück, bei denen mit Abschlussabsicht hingegen nur um 9,8 %.<sup>141</sup>

<sup>140</sup> Vgl. DAAD/DZHW 2021: 60.

<sup>141</sup> Vgl. DAAD/DZHW 2021: 61.

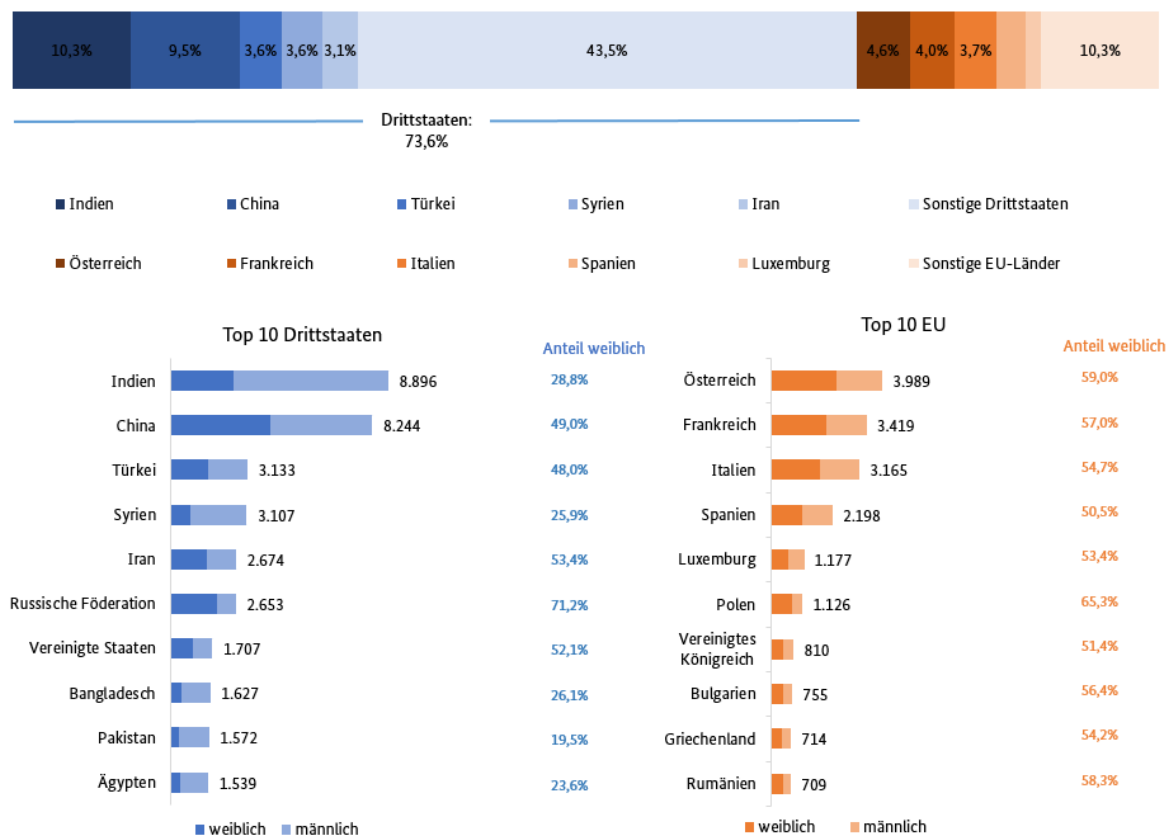
Abbildung 3-19: Ausländische Studierende im ersten Hochschulsemester an deutschen Hochschulen seit dem Sommersemester 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den ausländischen Studierenden, die im Wintersemester 2020/2021 ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen haben (84,0 %), ist höher als ihr Anteil an allen immatrikulierten ausländischen Studierenden (78,0 %) (vgl. Abbildung 3-19 und Tabelle 3-29 im Anhang zusammen mit Abbildung 3-18 und Tabelle 3-28 im Anhang). Insgesamt waren 86,1 % aller Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die im Jahr 2020 (Sommersemester 2020 und Wintersemester 2020/2021) ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer. Knapp die Hälfte dieser Studierenden war weiblich (46,8 %). Ein überproportional hoher Frauenanteil war insbesondere bei Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie aus der Republik Korea und Vietnam festzustellen. Durch einen geringen weiblichen Anteil zeichnen sich vor allem Studierende aus Syrien, Ägypten und Pakistan aus (vgl. Abbildung 3-20 und Tabelle 3-28 sowie Tabelle 3-29 im Anhang). Insgesamt ist die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die 2020 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, gegenüber 2019 um 22,0 % von 110.974 auf 86.529 zurückgegangen (vgl. Tabelle 3-28 und Tabelle 3-29 im Anhang).

Abbildung 3-20: Bildungskinderinnen und Bildungskinder im ersten Hochschulsemester nach den hufgigen Staatsangehorigkeiten (Sommersemester 2020 und Wintersemester 2020/2021)



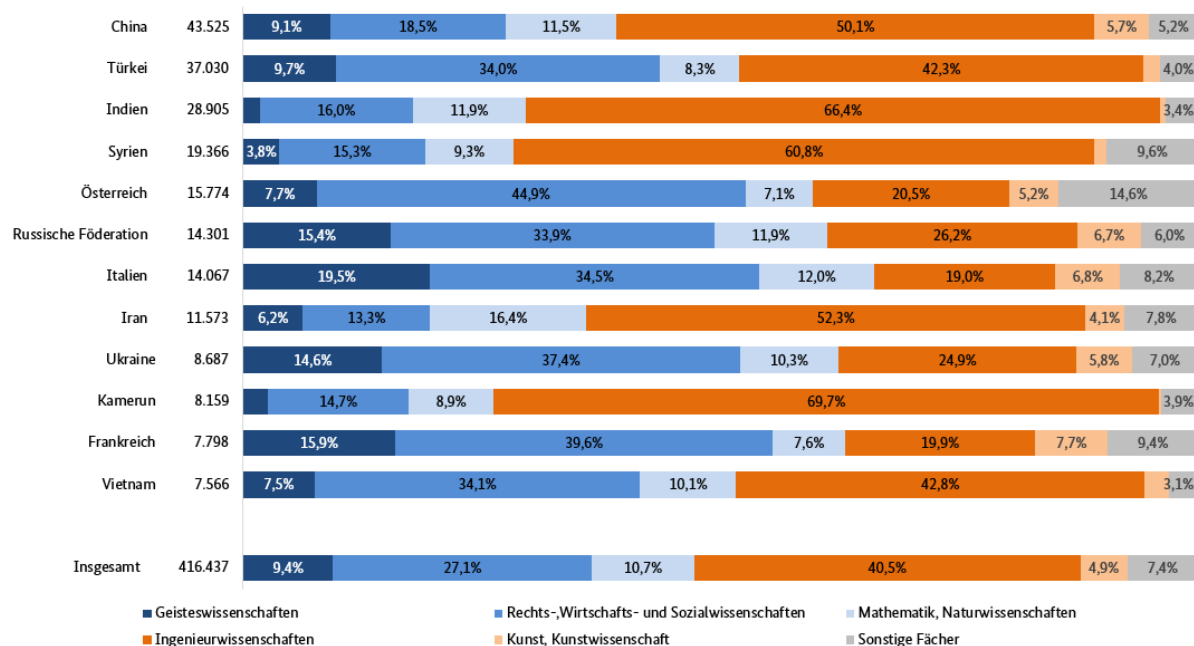
Anmerkung: EU inkl. des Vereinigten Königreichs.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die größte Gruppe der Bildungskinderinnen und Bildungskinder, die im Jahr 2020 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, waren Studierende mit indischer Staatsangehorigkeit (8.896 bzw. 10,3 %) und nicht – wie seit dem Jahr 2007 – Studierende aus China, welche diesmal die zweitstärkste Gruppe stellten (8.244 bzw. 9,5 %). Die größte Gruppe von Bildungskinderinnen und Bildungskindern aus EU-Staaten kommt aus Österreich, sie liegt mit 3.989 Studierenden bzw. 4,6 % auf dem 3. Platz. Nachdem Studierende aus Drittstaaten im Jahr 2019 noch 4 der 5 größten Gruppen darstellten (damals inkl. der Vereinigten Staaten und Syrien), belegten im Jahr 2020 nunmehr neben Österreich auch Frankreich (3.419 bzw. 4,0 %) und Italien (3.165 bzw. 3,7 %) EU-Staaten die Plätze 4 und 5.

Zu den weiteren Hauptherkunftsländern der Bildungskinderinnen und Bildungskinder im Jahr 2020 zählten die Türkei (3.133 bzw. 3,6 %), Syrien (3.107 bzw. 3,6 %) und der Iran (2.674 bzw. 3,1 %). Weitere quantitativ relevante Staatsangehorigkeiten mit Fallzahlen über 2.000 waren die Russische Föderation und Spanien (vgl. Abbildung 3-20). Insgesamt kamen im Jahr 2020 73,6 % der Bildungskinderinnen und Bildungskinder, die ein Studium in Deutschland aufgenommen haben, aus einem Nicht-EU-Staat und 26,4 % aus der EU inkl. des Vereinigten Königreichs. Dieses Verhältnis ist gegenüber dem Vorjahr fast unverändert.

Abbildung 3-21: Ausländische Studierende nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Fächergruppen im Wintersemester 2020/2021



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

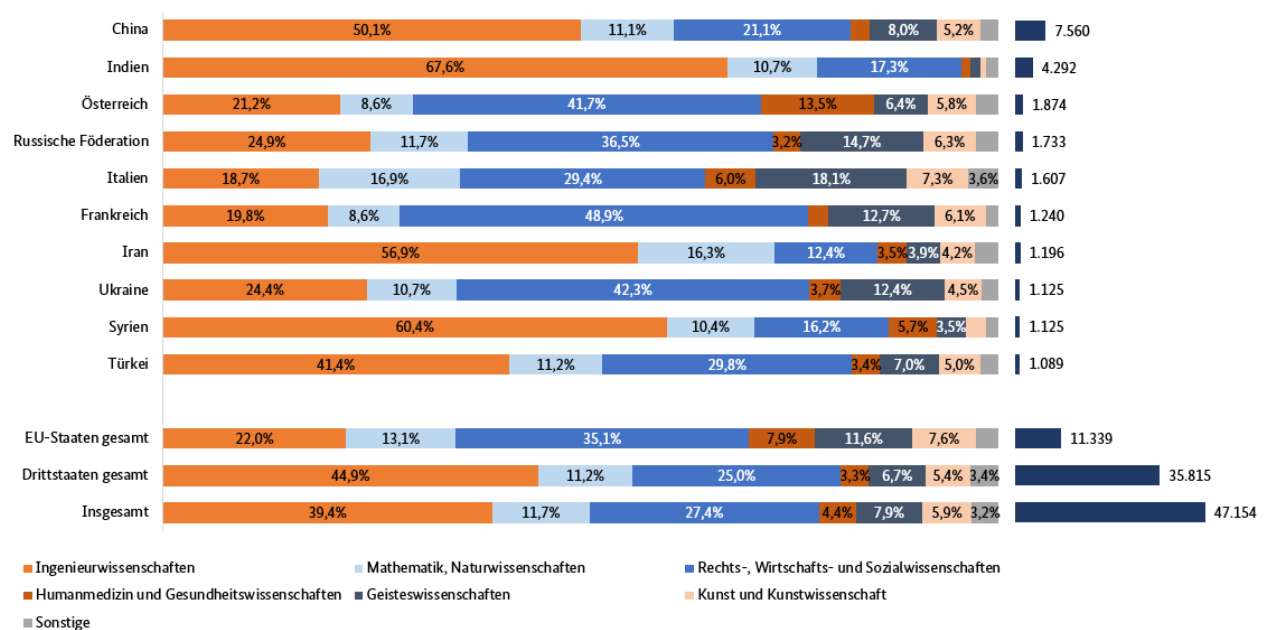
Die Verteilung der ausländischen Studierenden auf die einzelnen Fächergruppen unterscheidet sich zum Teil deutlich nach Herkunftsländern. So belegten im Wintersemester 2020/2021 78,6 % der Studierenden aus Kamerun, 78,3 % derer aus Indien und 70,1 % der Studierenden aus Syrien ingenieurwissenschaftliche und mathematische bzw. naturwissenschaftliche Fächer (vgl. Abbildung 3-21 und Tabelle 3-33 im Anhang). Bei Studierenden aus Österreich (44,9 %), Frankreich (39,6 %) und der Ukraine (37,4 %) standen hingegen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an erster Stelle.

### 3.3.2 Ausländische Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen

Seit Ende der 1990er-Jahre hat sich die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer<sup>142</sup>, die einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben haben, mehr als verfünffacht. Während 1999 insgesamt 8.306 Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben hatten, waren es im Jahr 2020 bereits 47.154. Im Vergleich zum Vorjahr (48.236) bedeutet dies einen Rückgang um 2,2 %. Die Geschlechterverteilung ist nahezu ausgeglichen, im Jahr 2020 erwarben 22.121 Frauen mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung einen Hochschulabschluss (46,9 %).

<sup>142</sup> In Kapitel 3.3.2 beziehen sich die Begriffe „Absolventinnen und Absolventen“ auf Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, da diese den Großteil aller ausländischen Absolventinnen und Absolventen stellen und im Rahmen des Migrationsberichtes der Fokus auf den nach Deutschland zugewanderten Personen liegt. Angaben zu ausländischen Absolventinnen und Absolventen insgesamt befinden sich in Tabelle 3-32 im Anhang.

Abbildung 3-22: Ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Fächergruppe und den häufigsten Herkunftsländern 2020



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die größte Gruppe der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die im Jahr 2020 in Deutschland einen Hochschulabschluss erworben haben, stellten Staatsangehörige aus China (7.560) dar, vor Indien (4.292), Österreich (1.874) und der Russischen Föderation (1.733) (vgl. Abbildung 3-22 und Tabelle 3-32 im Anhang). Aus den EU-Staaten (inkl. des Vereinigten Königreichs) stammten insgesamt 11.339 und aus Drittstaaten 35.815 Absolventinnen und Absolventen. Deren Anteil an allen Absolventinnen und Absolventen betrug im Jahr 2020 somit 76,0 % und liegt damit leicht über dem Niveau des Vorjahres (2019: 74,9 %). Während Studierende aus Drittstaaten größtenteils einen Abschluss in Ingenieurwissenschaften, Mathematik oder Naturwissenschaften erwarben (56,2 %), liegt der entsprechende Anteil bei EU-Staatsangehörigen nur bei 35,0 %. Diese waren dafür deutlich häufiger bei den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie den Geisteswissenschaften vertreten (zusammengenommen 46,8 %).

Nach § 20 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG wird Personen aus Drittstaaten, die im Bundesgebiet ein Studium absolviert haben, eine Aufenthaltserlaubnis zur Suche nach einem Arbeitsplatz, zu dessen Ausübung die erworbene Qualifikation befähigt, für bis zu 18 Monate im Anschluss an das Studium erteilt.<sup>143</sup> Während dieser Zeit dürfen sie uneingeschränkt arbeiten, um ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit zu sichern. Zum 31. Dezember 2020 waren 10.119 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche nach einem Studium in Deutschland im AZR registriert (2019: 10.272 Personen; vgl. Tabelle 3-7). Dies bedeutet einen Rückgang um 1,5 % im Vergleich zum Jahr 2019. Etwas weniger als die Hälfte davon waren weiblich (44,1 %). 1.935 bzw. 19,4 % der Aufenthaltserlaubnisse zur Arbeitsplatzsuche nach dem Studium wurden an chinesische Staatsangehörige erteilt, 1.816 an indische (17,9 %) und 426 an russische (4,2 %) Absolventinnen und Absolventen (vgl. Tabelle 3-7). Durch einen überproportionalen weiblichen Anteil

<sup>143</sup> Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union (HQRUMsG) zum 1. August 2012 konnte die Aufenthaltserlaubnis bei erfolgreichen Studienabsolventinnen und Studienabsolventen zur Suche eines dem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes für 12 Monate verlängert werden. Während dieser Zeit galt eine Beschränkung der Arbeitstage auf maximal 90 Tage im Jahr.

sind insbesondere die Gruppen aus Taiwan, der Russischen Föderation, der Republik Korea und der Ukraine gekennzeichnet. Ein sehr geringer Frauenanteil ist bei den Absolventinnen und Absolventen aus Pakistan, Indien und Tunesien festzustellen. Insgesamt spiegelt sich hier in etwa der jeweilige Frauenanteil an den Studierenden der einzelnen Nationalitäten wider (vgl. auch Abbildung 3-20).

Sobald die entsprechenden Personen einen Arbeitsplatz, zu deren Ausübung ihre Qualifikation befähigt, gefunden haben, kann ihnen eine Aufenthaltserlaubnis nach den Bestimmungen der §§ 18a, 18b Abs. 1, 18d, 19c oder 21 AufenthG erteilt werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

Tabelle 3-7: Bestehende Aufenthaltserlaubnisse für die Arbeitsplatzsuche nach abgeschlossenem Studium<sup>1</sup> nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (Stand 31. Dezember 2020)

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Darunter: weiblich	
		absolut	in %
China	1.935	1.063	54,9%
Indien	1.816	383	21,1%
Russische Föderation	426	308	72,3%
Türkei	379	191	50,4%
Pakistan	356	68	19,1%
Iran	288	131	45,5%
Ukraine	259	181	69,9%
Vereinigte Staaten	249	124	49,8%
Republik Korea	227	160	70,5%
Ägypten	185	54	29,2%
Taiwan	157	116	73,9%
Kamerun	144	60	41,7%
Brasilien	130	88	67,7%
Tunesien	116	28	24,1%
Syrien	79	21	26,6%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	3.373	1.484	44,0%
<b>Insgesamt</b>	<b>10.119</b>	<b>4.460</b>	<b>44,1%</b>

1) Nach § 20 Abs. 3. Nr. 1 AufenthG bzw. § 16 Abs. 5 AufenthG a. F.

Quelle: Ausländerzentralregister

### 3.3.3 Sprachkurse und Schulbesuch

Einer ausländischen Person kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Teilnahme an einem Sprachkurs (der nicht der Studienvorbereitung dient) oder an einem Schüleraustausch (§ 16f Abs. 1 AufenthG) sowie für den Schulbesuch (§ 16f Abs. 2 AufenthG) erteilt werden. Im Jahr 2020 sind 1.584 Drittstaatsangehörige zu diesem Zweck nach Deutschland eingereist, 69,7 % weniger als im Jahr zuvor (2019: 5.224). Etwa die Hälfte davon war weiblich (53,9 %). Die Herkunftsländer waren die Vereinigten Staaten, Brasilien, China, die

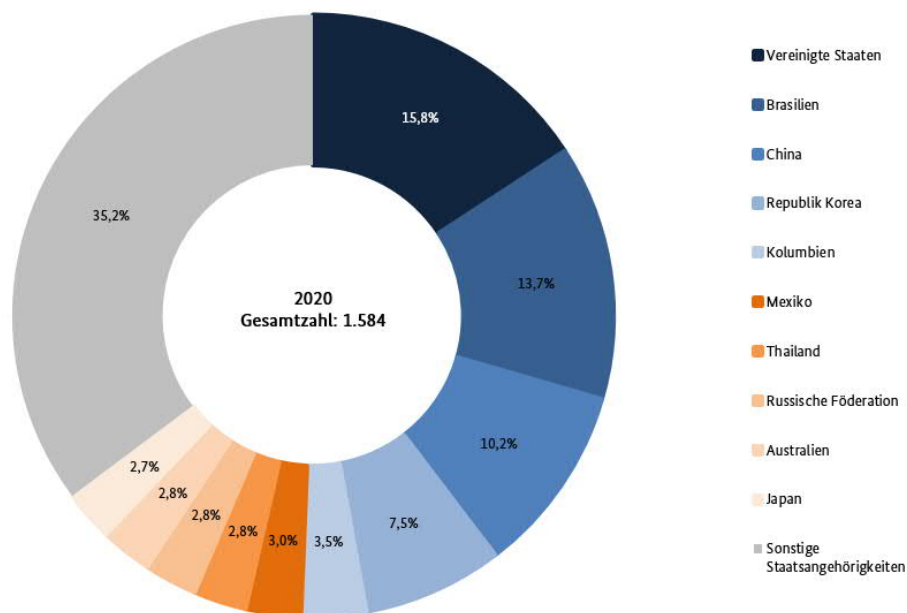
Republik Korea und Kolumbien (vgl. Abbildung 3-23 und Tabelle 3-8). Insgesamt besaßen am Ende des Jahres 2020 12.278 Drittstaatsangehörige eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis (Ende 2019: 13.222 nach § 16b Abs. 1 AufenthG), darunter 6.739 weibliche Drittstaatsangehörige.

Tabelle 3-8: Einreisen zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs oder Schüleraustausch sowie des Schulbesuchs seit 2012 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
									absolut	Darunter: weiblich
Vereinigte Staaten	854	881	868	1.009	944	801	831	845	250	137
Brasilien	686	736	656	719	755	676	794	704	217	135
China	435	447	518	595	629	493	494	495	161	78
Republik Korea	263	267	271	358	342	341	361	333	119	60
Kolumbien	196	177	181	263	205	142	184	191	55	33
Mexiko	413	411	409	472	372	151	168	117	47	30
Thailand	154	91	33	70	89	79	78	86	45	39
Russische Föderation	255	266	257	228	171	103	116	130	45	26
Japan	341	328	310	335	314	278	304	276	43	23
Türkei	140	98	115	131	98	90	104	100	30	14
Indien	46	49	38	70	51	48	87	98	28	17
Ukraine	96	92	153	122	83	61	72	74	24	14
Ecuador	77	70	86	86	58	49	70	73	15	6
Peru	55	49	60	70	68	81	82	71	14	7
Vietnam	21	50	81	61	62	97	207	190	24	13
Sonstige Staatsangehörigkeiten	1.691	1.785	2.076	2.139	1.638	1.238	1.569	1.441	467	222
<b>Alle Staatsangehörigkeiten</b>	<b>5.723</b>	<b>5.797</b>	<b>6.112</b>	<b>6.728</b>	<b>5.879</b>	<b>4.728</b>	<b>5.521</b>	<b>5.224</b>	<b>1.584</b>	<b>854</b>

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Abbildung 3-23: Einreisen zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs oder Schüleraustausch sowie des Schulbesuchs nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2020



Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

### 3.3.4 Sonstige Ausbildungszwecke

Drittstaatsangehörigen kann nach § 16a Abs. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis für eine betriebliche Aus- und Weiterbildung erteilt werden. Die Erteilung ist von der Zustimmung der BA abhängig (§ 16a Abs. 1 S. 1 AufenthG i. V. m. § 8 Abs. 1 BeschV), soweit die Aus- und Weiterbildung nicht durch die Beschäftigungsverordnung oder durch eine zwischenstaatliche Vereinbarung zustimmungsfrei ist (§ 16a Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 1 BeschV).<sup>144</sup> Während der qualifizierten Berufsausbildung dürfen die betreffenden Personen einer von der Berufsausbildung unabhängigen Beschäftigung von bis zu 10 Stunden pro Woche nachgehen (§ 16a Abs. 3 AufenthG). Nach einem erfolgreichen Abschluss der qualifizierten Berufsausbildung kann der Aufenthalt bis zu einem Jahr zur Suche eines Arbeitsplatzes, zu dessen Ausübung die erworbene Qualifikation befähigt, verlängert werden, sofern er nach den Bestimmungen der §§ 18a, 19c und 21 AufenthG von ausländischen Personen besetzt werden darf (Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG). Ausländische Staatsangehörige sind während dieses Zeitraums zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt.

Im Jahr 2020 sind 3.121 Drittstaatsangehörige zu betrieblichen Aus- und Weiterbildungen nach Deutschland eingereist. Dies ist ein Rückgang um 39,2 % im Vergleich zum Vorjahr (2019: 5.132 Personen). Der Anteil von weiblichen Drittstaatsangehörigen betrug 51,8 %. Die Hauptherkunftsländer im Jahr 2020 waren Vietnam, Kosovo, Indonesien, Marokko und Tunesien (vgl. Tabelle 3-9 und Abbildung 3-24).

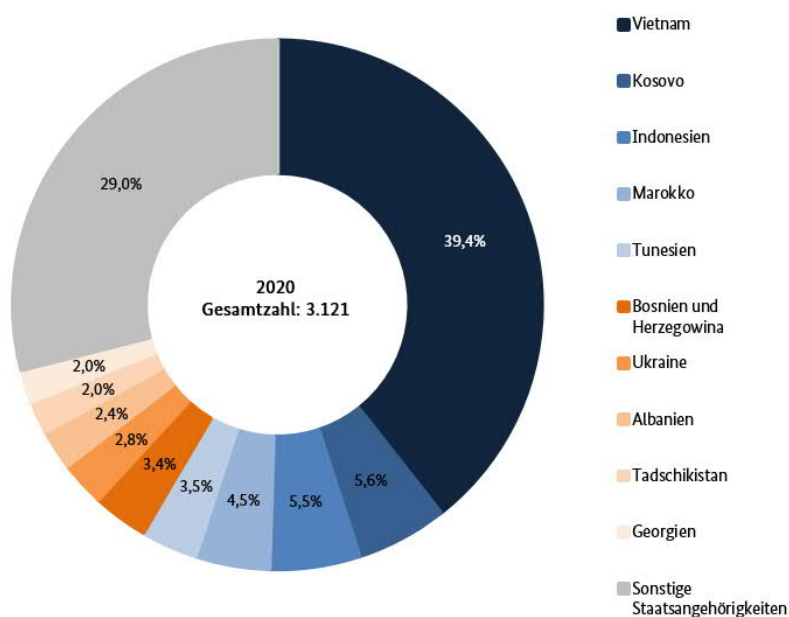
<sup>144</sup> Die Zustimmung der BA setzt unter anderem voraus, dass bei Ausbildungen keine inländischen Ausbildungssuchenden zur Verfügung stehen und sich bei den betrieblichen Weiterbildungen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten inländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergeben (§ 39 Abs. 2 AufenthG). Eine zwischenstaatliche Vereinbarung im Sinne des § 16a AufenthG wurde bislang nicht abgeschlossen.

Tabelle 3-9: Zum Zweck der betrieblichen Aus- und Weiterbildung eingereiste Drittstaatsangehörige seit 2012 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
									absolut	darunter: weiblich
Vietnam	43	119	70	415	338	484	767	965	1.230	799
Kosovo	22	69	71	144	156	169	236	330	174	82
Indonesien	39	25	29	28	33	30	178	330	172	78
Marokko	15	19	29	18	11	100	116	249	141	43
Bosnien und Herzegowina	80	117	330	724	706	603	421	324	105	59
Ukraine	86	95	85	106	154	163	183	254	86	51
Albanien	22	25	21	31	109	153	167	158	76	43
Georgien	33	28	37	79	125	133	187	148	62	35
China	408	373	266	176	202	233	298	165	50	23
Brasilien	309	246	218	176	152	144	166	127	44	24
Indien	351	284	241	133	104	88	93	115	31	12
Vereinigte Staaten	447	523	505	569	411	386	296	223	22	10
Sonstige Staatsangehörigkeiten	2.200	1.992	1.876	1.655	1.412	1.354	1.481	1.744	928	358
<b>Insgesamt</b>	<b>4.055</b>	<b>3.915</b>	<b>3.778</b>	<b>4.254</b>	<b>3.913</b>	<b>4.040</b>	<b>4.589</b>	<b>5.132</b>	<b>3.121</b>	<b>1.617</b>

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Abbildung 3-24: Zu sonstigen Ausbildungszwecken eingereiste Drittstaatsangehörige nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2020



Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Nach § 16d AufenthG kann eine Aufenthaltserlaubnis für die Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation erteilt werden. Dieser Aufenthaltstitel dient der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen, die geeignet sind, fachliche, praktische und/oder sprachliche Defizite, die der Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses als gleichwertig bzw. der Gewährung des Berufszugangs entgegenstehen, auszugleichen. Dadurch soll die Zuwanderung von Fachkräften, insbesondere auch in Ausbildungsberufen, erleichtert werden. Im Jahr 2020 sind nach § 16d Abs. 1 AufenthG 1.242 Drittstaatsangehörige nach Deutschland eingereist.<sup>145</sup>

Sofern für eine qualifizierte Beschäftigung die Feststellung der Gleichwertigkeit eines im Ausland erworbenen Berufsabschlusses oder bei einem im Inland reglementierten Beruf die Befugnis zur Berufsausübung notwendig ist und hierfür eine vorherige befristete praktische Tätigkeit im Inland erforderlich ist, kann mit Zustimmung der BA auch ein Aufenthaltstitel nach § 19c Abs. 1 AufenthG zur Ausübung einer befristeten Beschäftigung erteilt werden. Die Zustimmung wird ohne Vorrangprüfung erteilt (§ 8 Abs. 3 BeschV).

### 3.4 Humanitäre Migration

#### 3.4.1 Flucht und Asyl

Artikel 16a Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) gewährt politisch Verfolgten das individuelle Grundrecht auf Asyl. Damit ist das Asylrecht in Deutschland als individueller Rechtsanspruch mit Verfassungsrang ausgestaltet. Für das Asylverfahren ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig.

Neben dem Grundrecht auf Asyl nach Art. 16a Abs. 1 GG gibt es nach dem Asylgesetz (AsylG)<sup>146</sup> und dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) (auf Grundlage der Vorschriften der Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU)<sup>147</sup> drei weitere Schutzformen. Die Berechtigung auf internationalen Schutz (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 AsylG) umfasst den Flüchtlingsschutz (§ 3 Abs. 1 AsylG) und den subsidiären Schutz (§ 4 Abs. 1 AsylG). Wenn diese Schutzformen nicht greifen, kann bei Vorliegen bestimmter Gründe ein nationales Abschiebungsverbot erteilt werden (§ 24 Abs. 2 AsylG i. V. m. § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG).

Eine Asylantragstellerin bzw. ein Asylantragsteller kann eine ablehnende Entscheidung des BAMF verwaltungsgerichtlich überprüfen lassen. Der Begriff Flüchtling wird zwar oft als Synonym für vertriebene Menschen genutzt, im Verständnis des Asylrechts umfasst er jedoch ausschließlich anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (GFK) bzw. Asylberechtigte nach § 2 Abs. 1 AsylG.

---

<sup>145</sup> Für die in diesem Kapitel enthaltenen Daten wurde das Ausländerzentralregister zum Abfragezeitpunkt 31. März 2021 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2020 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal 2021 im AZR registriert wurden. In der BAMF-Publikation „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige – Jahresbericht 2020“ steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen die Fälle, in denen die Betroffenen im Jahr 2020 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal 2021 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, dort nicht berücksichtigt werden. Die Daten sind somit aufgrund der unterschiedlichen Auswertungssystematiken nicht vergleichbar.

<sup>146</sup> Durch das am 24. Oktober 2015 in Kraft getretene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (BGBl. 2015 Teil I Nr. 40: 1722-1735) wurde das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) in Asylgesetz (AsylG) umbenannt.

<sup>147</sup> Die Qualifikationsrichtlinie vom 13. Dezember 2011 legt Normen für die Anerkennung als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz – also die Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sowie den subsidiären Schutz – fest. Sie definiert damit, wer als Flüchtling bzw. schutzberechtigt gilt.

### Infobox: Die Schutzformen im Asylverfahren im Überblick

<b>Art. 16a GG und § 3 I AsylG</b>	<b>Asylberechtigung und Flüchtlingsschutz</b> Das Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16a GG gilt für politisch Verfolgte. Asylberechtigt ist eine Person, die eine an asylerhebliche Merkmale anknüpfende staatliche Verfolgung erlitten hat bzw. der eine solche nach einer Rückkehr in das Herkunftsland konkret droht. Dem Staat stehen dabei solche staatsähnlichen Organisationen gleich, die den jeweiligen Staat verdrängt haben oder denen dieser das Feld überlassen hat und die ihn daher insoweit ersetzen (staatliche, mittelbar staatliche oder quasi-staatliche Verfolgung). Der Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG ist umfangreicher als die Asylberechtigung und greift auch bei der Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure. Zur Begriffsbestimmung der politischen Verfolgung wird auf die in Art. 1 A Nr. 2 definierten Merkmale der GFK zurückgegriffen.
<b>§ 4 I AsylG</b>	<b>Subsidiärer Schutz</b> Der subsidiäre Schutz greift, wenn im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht. Ein ernsthafter Schaden kann sowohl von staatlichen als auch von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen. Als solcher gilt: die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts.
<b>§ 60 V/VII AufenthG</b>	<b>Nationale Abschiebungsverbote</b> Wenn die drei bislang genannten Schutzformen – Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz – nicht greifen, kann bei Vorliegen bestimmter Gründe ein Abschiebungsverbot erteilt werden. Eine schutzsuchende Person darf nicht rückgeführt werden, wenn die Rückführung in den Zielstaat eine Verletzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) darstellt, oder dort eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht.

Quelle: Eigene Darstellung BAMF

### Asylberechtigung und Flüchtlingseigenschaft

Das Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16a GG gilt für politisch Verfolgte. Zur Begriffsbestimmung der politischen Verfolgung wird dabei auf die Merkmale nach Art. 1 A Nr. 2 der GFK zurückgegriffen. Entscheidend für die Asylgewährung nach dem GG ist, ob eine Person wegen dieser Merkmale Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ausgesetzt war oder solche Verfolgungsmaßnahmen begründet befürchtet.

Nicht jede staatliche Einschränkung stellt eine asylrelevante Verfolgung dar. Es muss sich vielmehr einerseits um eine gezielte Rechtsgutverletzung handeln, andererseits muss sie darauf gerichtet sein, die Betroffenen aus der Gemeinschaft auszugrenzen. Schließlich muss es sich um eine Maßnahme handeln, die so schwerwiegend ist, dass sie die Menschenwürde verletzt und über das hinausgeht, was die Bewohnerinnen und Bewohner des jeweiligen Staates ansonsten allgemein hinzunehmen haben.

Berücksichtigt wird grundsätzlich nur staatliche Verfolgung, also Verfolgung, die dem Staat zugeordnet werden kann. Ausnahmen gelten, wenn die nichtstaatliche Verfolgung dem Staat zuzurechnen ist (quasi-staatliche Verfolgung). Notsituationen wie Armut, Bürgerkriege, Naturkatastrophen oder Perspektivlosigkeit sind damit als Gründe für eine Asylgewährung gemäß Artikel 16a GG grundsätzlich ausgeschlossen.

Der Flüchtlingsschutz umfasst über die Asylberechtigung hinaus auch den Schutz vor der Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure und knüpft ebenfalls an die in der GFK genannten Merkmale an. Dabei kann nach der für die Mitgliedstaaten geltenden Richtlinie 2011/95/EU eine Verfolgung vom Staat oder von staatsähnlichen Akteuren, etwa Parteien und Organisationen, die den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebiets beherrschen (quasi-staatliche Verfolgung), ausgehen. Zudem kann die Verfolgung durch

nichtstaatliche Akteure bedingt sein, sofern staatliche oder staatsähnliche Akteure (einschließlich internationaler Organisationen) erwiesenermaßen nicht in der Lage oder willens sind, Schutz vor der Verfolgung zu bieten (§ 3c Nr. 3 AsylG). Eine Schutzgewährung erfolgt nur, wenn keine interne Schutzmöglichkeit besteht (§ 3e AsylG). Nach § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG kann eine Verfolgung auch dann vorliegen, wenn die Bedrohung allein an das Geschlecht anknüpft (geschlechtsspezifische Verfolgung). Der Anwendungsbereich für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft ist somit nach dem Unionsrecht teilweise weiter als beim Grundrecht auf Asyl nach dem GG.

Der Flüchtlingsschutz hat in der Praxis in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Durch die am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Zuwanderungsgesetz wurde eine Angleichung des Aufenthaltsstatus von Asylberechtigten und GFK-Flüchtlingen vorgenommen (§ 25 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 Alt. 1 AufenthG). Sowohl asylberechtigte Personen als auch ausländische Staatsangehörige, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, erhalten hiernach eine (zunächst befristete) Aufenthaltserlaubnis. Die Aufenthaltserlaubnis für diese beiden Gruppen berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Seit dem Inkrafttreten der Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Integrationsgesetz am 6. August 2016 besteht unter bestimmten Voraussetzungen nach fünfjährigem Besitz (bis zum 5. August 2016: nach dreijährigem Besitz) einer Aufenthaltserlaubnis ein Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis, sofern das BAMF nicht mitgeteilt hat, dass die Voraussetzungen für den Widerruf oder die Rücknahme der Anerkennung vorliegen (§ 26 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 1. Hs. AufenthG). Zudem muss die Sicherung des Lebensunterhalts überwiegend gewährleistet sein und es müssen hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vorliegen (Niveau A2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen GER). Die Frist von 5 Jahren wird auf 3 Jahre verkürzt, wenn die ausländische Person die deutsche Sprache beherrscht (Niveau C1 des GER) und ihr Lebensunterhalt überwiegend gesichert ist (§ 26 Abs. 3 S. 3 AufenthG). Ist der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis eine Entscheidung des BAMF vorausgegangen, die im Jahr 2015, 2016 oder 2017 unanfechtbar geworden ist, muss das BAMF mitgeteilt haben, dass die Voraussetzungen für den Widerruf oder die Rücknahme nicht vorliegen (§ 26 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 2. Hs. AufenthG).

<b>Rechtliche Folgen:</b>	
<b>Asylberechtigung Art. 16a GG &amp; Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufenthaltserlaubnis für 3 Jahre</li> <li>• Eine Niederlassungserlaubnis kann bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen nach 5 Jahren erteilt werden, wobei sich dieser Zeitraum auf 3 Jahre verkürzt, wenn die deutsche Sprache beherrscht wird (Niveau C 1 des GER) und der Lebensunterhalt überwiegend gesichert ist</li> <li>• Unbeschränkter Arbeitsmarktzugang</li> <li>• Privilegierter Familiennachzug bei Antrag auf Familiennachzug innerhalb von 3 Monaten nach Schutzanerkennung</li> </ul>

## Subsidiärer Schutz

Der subsidiäre Schutz greift, wenn im Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht (§ 4 Abs. 1 AsylG). Als ernsthafter Schaden gilt die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts. Ein ernsthafter Schaden kann sowohl von staatlichen als auch von quasi-staatlichen bzw. nichtstaatlichen Akteuren ausgehen (§ 3c AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG). Schutz vor einem ernsthaften Schaden durch nichtstaatliche Akteure kann nur vom Staat oder quasi-staatlichen Akteuren (einschließlich internationaler Organisationen) geboten werden

(§ 3d AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG). Besteht interner Schutz, wird der subsidiäre Schutz nicht gewährt (§ 3e AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG).

Subsidiär Schutzberechtigte nach § 4 Abs. 1 AsylG erhalten eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 AufenthG. Die Aufenthaltserlaubnis wird für 1 Jahr, bei Verlängerung für 2 weitere Jahre erteilt (§ 26 Abs. 1 S. 3 AufenthG) und berechtigt ebenfalls zur Ausübung jeder Erwerbstätigkeit. Nach 5 Jahren kann gemäß § 26 Abs. 4 AufenthG eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, sofern weitere Voraussetzungen, wie etwa die Sicherung des Lebensunterhalts und ausreichende deutsche Sprachkenntnisse, erfüllt sind. Zusätzlich müssen auch die Voraussetzungen des § 9 Abs. 2 Satz 1 AufenthG erfüllt sein. Eine vorherige Prüfung durch das BAMF, ob der subsidiäre Schutz zu widerrufen oder zurückzunehmen ist, muss nicht erfolgen, ist aber bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte gemäß § 73b AsylG möglich. Die Neufassung der sogenannten Qualifikationsrichtlinie hat die Rechte von Flüchtlingen nach der GFK und subsidiär Schutzberechtigten aneinander angenähert.<sup>148</sup>

<b>§ Rechtliche Folgen:</b>	
<b>Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Aufenthaltserlaubnis für 1 Jahr, bei Verlängerung: jeweils 2 weitere Jahre</li><li>• Niederlassungserlaubnis nach 5 Jahren (die Asylverfahrensdauer wird eingerechnet) möglich, wenn weitere Voraussetzungen, etwa die Sicherung des Lebensunterhalts sowie ausreichende Deutschkenntnisse, erfüllt sind</li><li>• Unbeschränkter Arbeitsmarktzugang</li><li>• Familiennachzug nach den Voraussetzungen des § 36a AufenthG bei Vorliegen humanitärer Gründe</li></ul>

## Ausschlussgründe für eine Schutzberechtigung

Die Anerkennung einer Asylberechtigung sowie die Zuerkennung von Flüchtlingsschutz oder subsidiärem Schutz kommen nicht in Betracht, wenn Ausschlussgründe vorliegen. Dies kann der Fall sein, wenn eine Person:

- ein Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit begangen hat,
- eine schwere (nichtpolitische) Straftat begangen hat,
- den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwidergehandelt hat,
- eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstellt,
- eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellt, weil sie aufgrund eines Verbrechens oder besonders schweren Vergehens zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 3 Jahren (unter bestimmten Voraussetzungen 1 Jahr) rechtskräftig verurteilt worden ist.

## Nationales Abschiebungsverbot

Erfüllt eine schutzsuchende Person weder die Voraussetzungen für eine Anerkennung als asylberechtigt noch für eine Zuerkennung internationalen Schutzes, prüft das BAMF, ob nationale Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG vorliegen. Diese nationalen Abschiebungsverbote sind nicht in der sogenannten Qualifikationsrichtlinie geregelt und gelten ausschließlich bei Gefahren, die den Antragstellenden im Zielland der Abschiebung drohen (zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote). Die Gefahren können dabei von staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren ausgehen. Ein Verbot der Abschiebung nach

<sup>148</sup> Richtlinie 2011/95/EU. Vor der Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht zum 1. Dezember 2013 wurde bei Feststellung von „internationalen Abschiebungsverboten“ eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erteilt.

§ 60 Abs. 7 S. 1 AufenthG kann auch festgestellt werden, wenn sich eine vorhandene lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung bei Rückkehr in das Herkunftsland wesentlich verschlechtern würde.<sup>149</sup>

Zudem hat die Ausländerbehörde bei einer beabsichtigten Abschiebung auch Gefahren, die durch Verlassen des Bundesgebietes drohen (inländische Vollstreckungshindernisse), z. B. krankheitsbedingte Reiseunfähigkeit, zu berücksichtigen. Personen, bei denen ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG festgestellt wurde, soll eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG für mindestens 1 Jahr (§ 26 Abs. 1 S. 4 AufenthG) erteilt werden.

<b>§ Rechtliche Folgen:</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Aufenthaltserlaubnis für mindestens 1 Jahr, wiederholte Verlängerung möglich</li></ul>
<b>Nationale Abschiebungsverbote</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Niederlassungserlaubnis nach 5 Jahren (die Asylverfahrensdauer wird eingerechnet) möglich, wenn weitere Voraussetzungen, etwa die Sicherung des Lebensunterhalts sowie ausreichende Deutschkenntnisse, erfüllt sind</li></ul>
<b>§ 60 V + VII AufenthG</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Beschäftigung mit Erlaubnis der Ausländerbehörde möglich, ab 1. März 2020 unbeschränkter Arbeitsmarktzugang</li></ul>

## Asylantragstellung

Im Asylverfahren werden zwei Arten von Asylanträgen unterschieden. Ein Asylerstantrag liegt vor, wenn eine ausländische Person erstmals Asyl beantragt. Ein Asylfolgeantrag liegt vor, wenn nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrags erneut ein Asylantrag gestellt wird (§ 71 AsylG). Sowohl der Erst- als auch der Folgeantrag können auf die Zuerkennung internationalen Schutzes (Flüchtlingseigenschaft und subsidiärer Schutz) beschränkt werden (§ 13 Abs. 2 S. 2 AsylG).

Typischerweise wird ein Asylerstantrag nach der Einreise in das Bundesgebiet gestellt, sodass ein Zuzugsfall vorliegt. Asylfolgeanträge wurden in der Vergangenheit in der Regel von Personen gestellt, die sich nach Durchführung des Erstverfahrens weiter in Deutschland aufgehalten haben.

Seit dem Inkrafttreten der Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz am 24. Oktober 2015 gilt mit der Asylantragstellung ein Asylantrag auch für jedes in Deutschland aufhältige minderjährige und ledige Kind des Antragstellenden als gestellt, das nicht freizügigkeitsberechtigt oder im Besitz eines Aufenthaltstitels ist (§ 14a Abs. 1 AsylG). Reist ein minderjähriges lediges Kind einer schutzsuchenden Person nach deren Asylantragstellung ein, gilt ebenfalls ein Asylantrag als gestellt (§ 14a Abs. 2 AsylG). Wird ein Kind nach der Asylantragstellung der Eltern hier geboren, haben die Eltern, von denen noch mindestens ein Elternteil im Asylverfahren ist, oder die Ausländerbehörde das BAMF von der Geburt zu informieren. Damit gilt der Asylantrag des Kindes ebenfalls als gestellt. Bis zum 23. Oktober 2015 galt diese Regelungen lediglich für ledige Kinder, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten (§ 14a AsylG).

<sup>149</sup> Dies trifft etwa zu, wenn sich der Gesundheitszustand aufgrund des rückführungsbedingten Abbruchs einer notwendigen und auch in Anspruch genommenen medizinischen Behandlung wegen einer unzureichenden oder nicht zugänglichen Behandlungsmöglichkeit im Herkunftsland wesentlich oder gar lebensbedrohlich verschlechtern würde. Vgl. dazu Nr. 60.7.1.3.1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz.

### 3.4.1.1 Asylgesuche und Asylanträge

Hauptdatenquelle für den Bereich Asyl sind die Geschäftsstatistiken des BAMF. Es erfasst alle Asylantragstellerinnen und Asylantragsteller in seinen Ankunftscentren und Außenstellen und erstellt so eine personenbezogene Asylantragsstatistik. Seit 1995 wird zwischen Erst- und Folgeanträgen unterschieden.

Von 1990 bis Ende 2020 haben 4,5 Millionen Menschen Schutz in Deutschland gesucht (Asylerstantragszahlen).<sup>150</sup> Nachdem die Asylantragszahlen in den 1980er-Jahren angestiegen waren und 1992 einen Höhepunkt erreicht hatten (438.191 Asylanträge), gingen sie bis zum Jahr 2007 deutlich zurück (19.164). In den folgenden Jahren stiegen die Asylantragszahlen wieder an und erreichten im Jahr 2016 den höchsten je registrierten Jahreswert in Deutschland mit 722.370 Asylerstanträgen. Seitdem gehen sie wieder zurück. Im Jahr 2020 wurden 102.581 Asylerstanträge registriert.

Bis Mitte der 1990er-Jahre kam der größte Teil der Asylantragstellenden – bei nach 1993 eher geringen Asylantragszahlen – aus europäischen Staaten<sup>151</sup>, seit 2000 stellen vermehrt Personen aus asiatischen Herkunftstaaten einen Asylantrag in Deutschland (mit Ausnahme des Jahres 2013, vgl. Abbildung 3-25). Der Anteil der Antragstellenden aus Europa lag im Jahr 2020 bei 11,5 % (2019: 15,4 %). Die Asylerstantragszahlen aus den asiatischen Staaten gingen im Vergleich zum Vorjahr um 20,2 % zurück (2020: 67.532, 2019: 84.575 Asylerstanträge). Ihr Anteil an allen Erstantragstellenden ist jedoch zwischen 2019 (59,3 %) und 2020 (65,8 %) gestiegen. Ebenfalls rückläufige Erstantragszahlen weisen Staatsangehörige aus afrikanischen Staaten auf. 2019 haben 29.954 Menschen aus afrikanischen Staaten erstmals einen Asylantrag gestellt, 2020 waren es 40,3 % weniger (17.891 Erstanträge), der Anteil an allen Anträgen verringerte sich damit auf 17,4 % (2019: 21,0 %).<sup>152</sup>

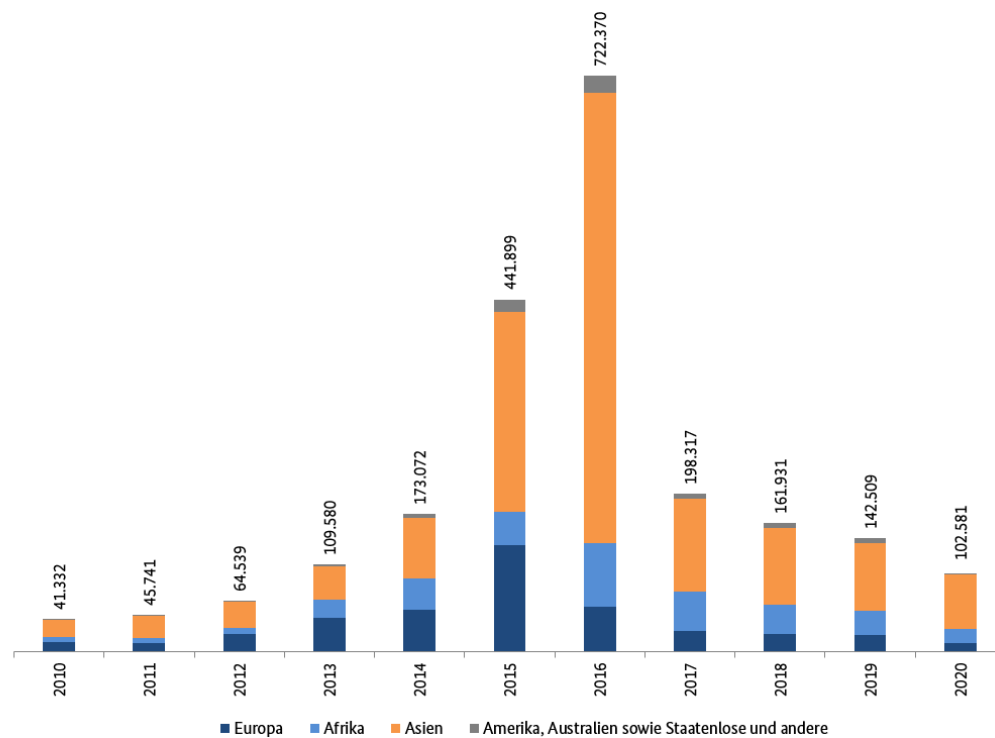
---

<sup>150</sup> Das BAMF führte erst im Jahr 1995 die statistische Differenzierung zwischen Erst- und Folgeanträgen ein. Insofern sind die Asylzugangszahlen für den Zeitraum von 1992 bis 1994 leicht überhöht. Ab 1995 wurden in den vorliegenden Statistiken jeweils die Zahlen der Erstanträge verwendet.

<sup>151</sup> Europa inkl. der Türkei und der Russischen Föderation (beide werden in den Asylstatistiken zu Europa gezählt).

<sup>152</sup> Zur Entwicklung der Asylantragszahlen vgl. ausführlich BAMF 2021a.

Abbildung 3-25: Asylantragstellende (Asylerstanträge) in Deutschland nach Herkunftskontinenten seit 2010



Quelle: BAMF

Ab 2015 war die Migration nach Deutschland besonders von Fluchtmigration geprägt. Allerdings konnten nicht alle Asylsuchenden, die im Jahr 2015 nach Deutschland kamen, ihren Antrag im selben Jahr stellen. So standen ca. 890.000<sup>153</sup> Asylsuchenden 441.899 Asylerstanträge gegenüber. Die förmliche Antragstellung wurden im Jahr 2016 nachgeholt, daher wurde in diesem Jahr 722.370 Asylerstanträge entgegengenommen, während ca. 280.000 Menschen als asylsuchend registriert wurden.<sup>154</sup> Die Asylanträge 2016 stellten damit den höchsten Jahreswert seit Bestehen des BAMF dar. Seitdem sind die Zahlen rückläufig, zwischen 2016 und 2017 gingen die Erstanträge von 722.370 auf 198.317 zurück (-72,5 %) (vgl. Tabelle 3-35 im Anhang).<sup>155</sup> Der rückläufige Trend hat sich auch im Pandemiejahr 2020 fortgesetzt: Insgesamt stellten im Jahr 2020 102.581 Menschen erstmals einen Asylantrag, das sind 28,0 % weniger als im Jahr 2019 (142.509 Erstanträge) (vgl. Abbildung 3-25 und Tabelle 3-35 im Anhang). Im Jahr 2020 waren 25,9 % der Asylerstantragstellenden in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter 1 Jahr (26.520 Asylerstanträge), im Jahr 2019 betrug deren Anteil 22,0 %. 74,1 % (76.061) sind somit grenzüberschreitende Asylerstanträge<sup>156</sup> (2019: 111.094).

Seit 2014 sind Asylantragstellende aus Syrien zahlenmäßig die größte Gruppe. 2020 wurden 36.433 Asylerstanträge von syrischen Staatsangehörigen gestellt, dies entspricht einem Anteil von 35,5 % (vgl. Abbildung 3-26, Karte 3-1 und Tabelle 3-36 im Anhang). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der Erstanträge von syrischen Staatsangehörigen um 7,2 % zurück (2019: 39.270). Einzig Afghanistan weist mit

<sup>153</sup> Vgl. BMI 2016.

<sup>154</sup> Vgl. BMI 2017.

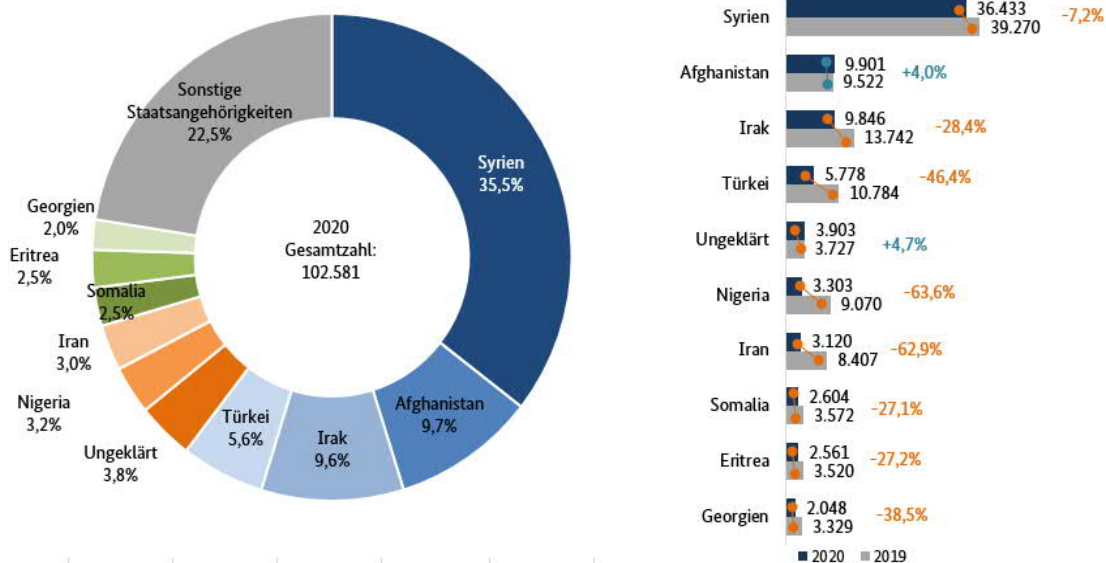
<sup>155</sup> Zur weitergehenden Differenzierung der Asylanträge, etwa nach Religionsgruppen etc., vgl. BAMF 2021a: 27ff.

<sup>156</sup> Bei grenzüberschreitenden Asylerstanträgen handelt es sich um Asylerstanträge, bei denen im Regelfall eine Einreise nach Deutschland vorausging. Unberücksichtigt bleiben dabei die Folgeanträge sowie die Erstanträge für nach Einreise der Eltern in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter 1 Jahr, da diese als Indikator für die grenzüberschreitende Zuwanderung nach Deutschland nicht relevant sind.

9.901 Asylerstanträgen einen Zuwachs von +4,0 % auf. 2019 wurden 9.522 Anträge von afghanischen Staatsangehörigen gestellt. Der Irak ist mit 9.846 gestellten Erstanträgen und mit einem Anteil von 9,6 % an den Gesamtanzahlzahlen das drittstärkste Herkunftsland. Die Antragszahlen von irakischen Staatsangehörigen sind im Vergleich zum Vorjahr um 28,4 % zurückgegangen (2019: 13.742 Asylerstanträge).

2020 haben 5.778 türkische Staatsangehörige einen Asylerstantrag gestellt (Anteil 5,6 %), 2019 waren es noch 10.784 (-46,4 %). Die größten prozentualen Rückgänge wurde für Nigeria (-63,6 %) und den Iran (-62,9 %) verzeichnet. 2020 haben 3.303 Staatsangehörige aus Nigeria einen Asylerstantrag (Anteil: 3,2 %) gestellt, 2019 wurden noch 9.070 Erstanträge aus Nigeria entgegengenommen. Von iranischen Staatsangehörigen wurden 3.120 Asylerstanträge gestellt, 2019 waren es noch 8.407. Mit 2.604 Asylerstanträgen war Somalia bei den Erstanträgen erneut unter den 10 zugangsstärksten Herkunftsländern zu finden (Anteil: 2,5 %), ebenso Eritrea mit einem Anteil von ebenfalls 2,5 % (2.561 Erstanträge). Der Anteil der Erstanträge von georgischen Staatsangehörigen an allen Asylantragstellenden lag 2020 bei 2,0 % (2.048 Erstanträge).

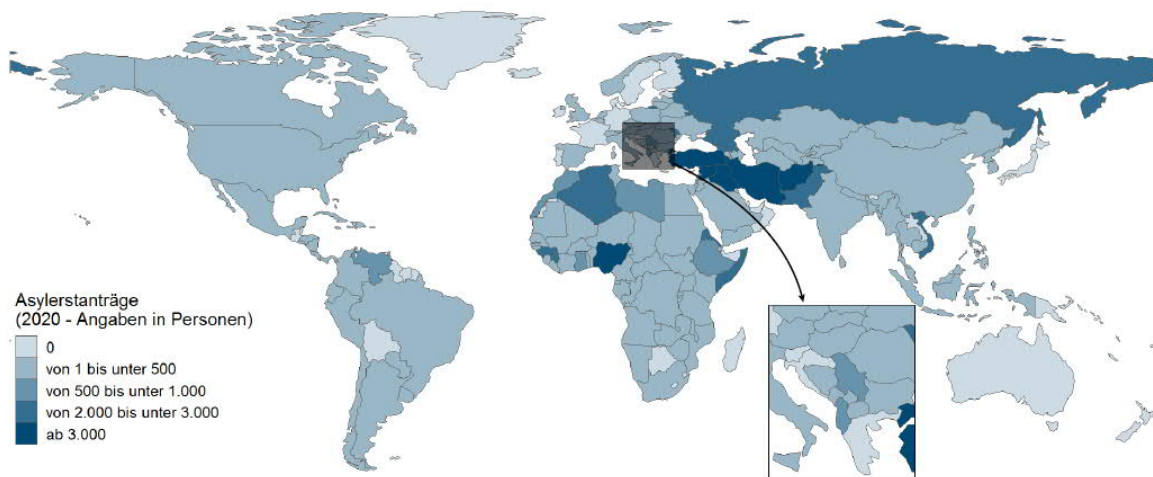
Abbildung 3-26: Asylantragstellende (Erstanträge) nach den 10 häufigsten Staatsangehörigkeiten des Jahres 2020 und in den Jahren 2019 und 2020



Quelle: BAMF

Die Zusammensetzung der 10 zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten hat sich zwischen 2019 und 2020 nicht verändert (vgl. Abbildung 3-26 und Tabelle 3-36 im Anhang). Alle Hauptstaatsangehörigkeiten des Jahres 2019 sind ebenfalls Hauptstaatsangehörigkeiten des Jahres 2020, wenngleich in unterschiedlicher Reihung.

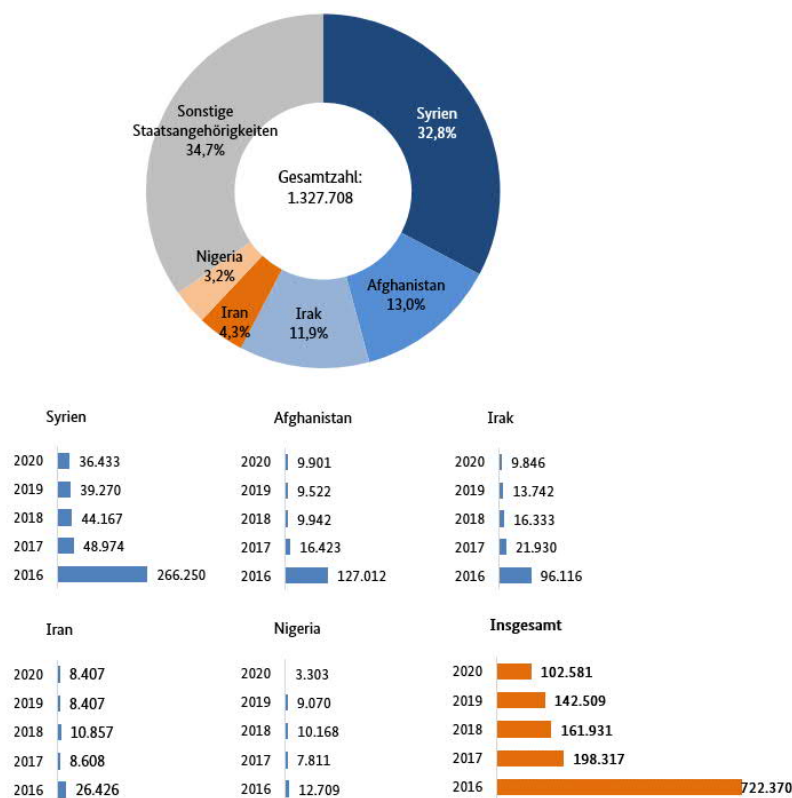
Karte 3-1: Asylantragstellende (Erstanträge) im Jahr 2020 nach Staatsangehörigkeiten



Quelle: BAMF

Bei einer Betrachtung der kumulierten Asylzugangszahlen der letzten 5 Jahre von 2016 bis 2020 hinsichtlich der Herkunftsländerstruktur zeigt sich, dass aus Syrien mit 32,8 % die meisten Asylantragstellenden kamen, gefolgt von Afghanistan mit 13,0 %, dem Irak mit 11,9 %, dem Iran mit 4,3 % sowie Nigeria mit 3,2 % (vgl. Abbildung 3-27).

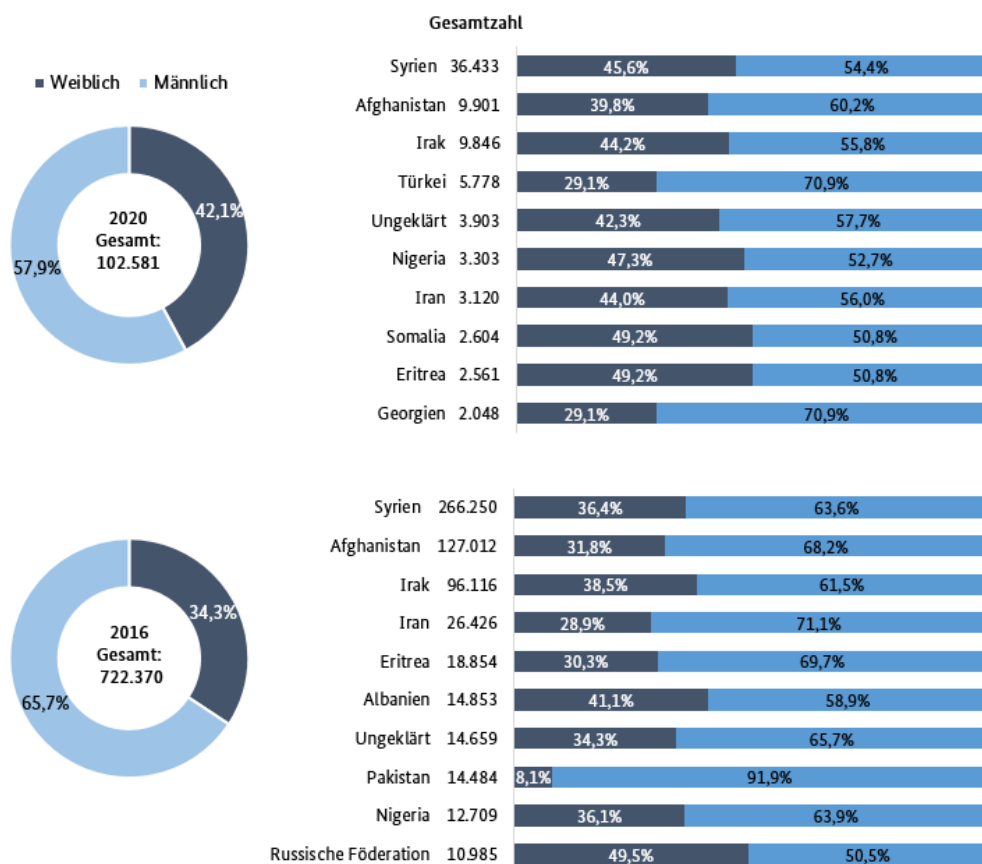
Abbildung 3-27: Asylantragstellende (Erstanträge) nach den 5 häufigsten Staatsangehörigkeiten von 2016 bis 2020



Quelle: BAMF

Der Blick auf die soziodemografische Struktur zeigt, dass 42,1 % der Asylantragstellenden des Jahres 2020 weiblich waren. Im Jahr 2016 war dieser Anteil mit 34,3 % noch deutlich niedriger (vgl. Abbildung 3-28). Dabei variieren die Geschlechteranteile zwischen den Hauptherkunftsländern. Besonders stark hat sich der Anteil der iranischen Asylantragstellerinnen verändert: Während ihr Anteil an allen Erstanträgen aus dem Iran im Jahr 2016 noch bei 28,9 % lag, betrug er im Jahr 2020 44,0 %. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil an weiblichen Asylantragstellenden weisen auch Eritrea, Somalia (beide 49,2 %) und Nigeria (47,3 %) auf. Den geringsten Anteil an weiblichen Asylantragstellenden haben die Herkunftsländer Türkei und Georgien (beide 29,1 %).

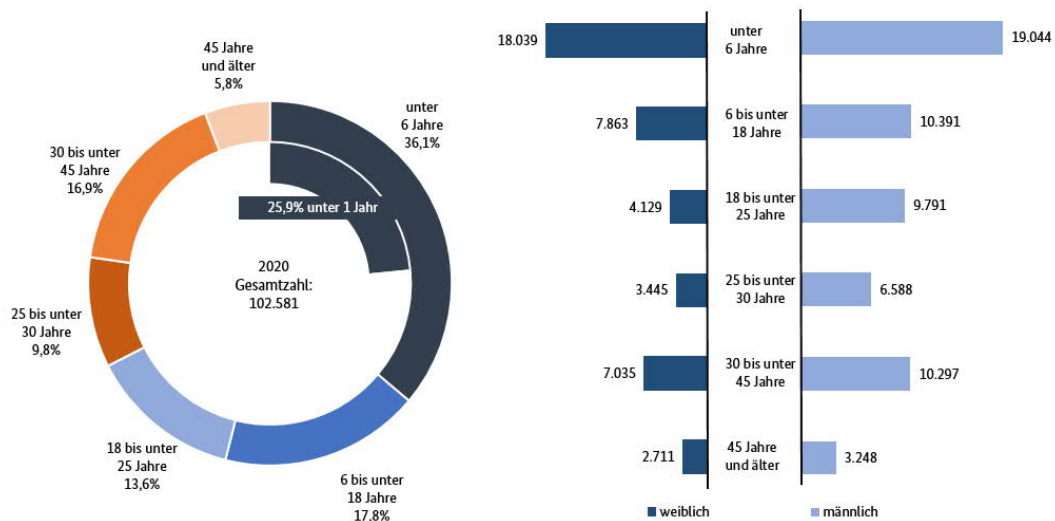
Abbildung 3-28: Asylantragstellende (Erstanträge) nach Geschlecht, 2016 und 2020



Quelle: BAMF

Gut drei Viertel (77,3 %) der Asylantragstellenden im Jahr 2020 waren unter 30 Jahre alt. Die Hälfte (53,9 %) war sogar minderjährig. Im Jahr 2020 entfielen 26.520 Asylersanträge (25,9 %) auf in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter 1 Jahr (vgl. Abbildung 3-29).

Abbildung 3-29: Asylantragstellende im Jahr 2020 (Erstanträge) nach Altersgruppen und Geschlecht



Quelle: BAMF

Im Jahr 2020 wurden 2.232 Asylerstanträge von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (2019: 2.689, -17,0 %). Dabei handelt es sich um Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die ohne Begleitung eines Elternteils oder einer sorgeberechtigten Person in die EU kommen und dort Schutz suchen. 2020 haben insgesamt 55.337 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren einen Erstantrag gestellt, der Anteil von unbegleiteten minderjährigen an allen minderjährigen Asylantragstellenden betrug damit 4,0 %. Die Herkunftsländer unbegleiteter Minderjähriger im Jahr 2020 waren Afghanistan (31,5 %), Syrien (22,9 %), Guinea (8,7 %), Somalia (6,7 %) und der Irak (4,4 %). Die Zahl der von der Kinder- und Jugendhilfe vorläufig in Obhut genommenen unbegleiteten minderjährigen Schutzsuchenden (§ 42a SGB VIII) betrug im Jahr 2020 4.565 und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 % reduziert (2019: 4.886). Die Zahl der anschließend an die vorläufige Inobhutnahme regulär in Obhut genommenen Minderjährigen wird für 2020 mit 2.998 ausgewiesen und ist im Vergleich zum Vorjahr um 20,3 % zurückgegangen (2019: 3.761) (vgl. Tabelle 3-10).

Tabelle 3-10: Reguläre und vorläufige Inobhutnahmen (§§ 42, 42a SGB VIII) von Minderjährigen aufgrund unbegleiteter Einreise und Asylersanträge von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten seit 2010

Jahr	Vorläufige Inobhutnahmen <sup>1</sup>	Reguläre Inobhutnahmen	Asylersanträge unbegleiteter Minderjähriger
2010	-	2.822	1.948
2011	-	3.482	2.126
2012	-	4.767	2.096
2013	-	6.584	2.486
2014	-	11.642	4.399
2015	-	42.309	22.255
2016	-	44.935	35.939
2017	11.101	11.391	9.084
2018	6.394	5.817	4.087
2019	4.886	3.761	2.689
2020	4.565	2.998	2.232

1) Vor dem Hintergrund der Einführung einer bundesweiten Aufnahmepflicht für unbegleitete ausländische Minderjährige (UMA) durch die kommunalen Jugendämter im Jahre 2015 dient die vorläufige Inobhutnahme der Unterbringung, Versorgung und Betreuung des Minderjährigen unmittelbar nach der Einreise und vor einer möglichen Verteilung in die Zuständigkeit eines anderen Jugendamts. Im Anschluss an eine vorläufige Inobhutnahme erfolgt dann die reguläre Inobhutnahme durch das Jugendamt. Seit dem Jahr 2017 werden im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik nicht nur reguläre Inobhutnahmen (gemäß § 42 SGB VIII), sondern auch vorläufige Inobhutnahmen (§ 42a SGB VII) erfasst, siehe auch „Bericht der Bundesregierung über die Evaluation des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher und über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland“ (vgl. Deutscher Bundestag 2021g).

Quelle: Statistisches Bundesamt, BAMF

Insgesamt wurden im Jahr 2020 122.170 Erst- und Folgeanträge gestellt (2019: 165.938), darunter waren 19.589 Folgeanträge (2019: 23.429). Der Anteil der Folgeanträge an allen Asylanträgen schwankt seit dem Beginn der getrennten Erfassung von Erst- und Folgeanträgen im Jahr 1995 zwischen 36,8 % und 3,1 %. Mit 36,8 % erreichte er im Jahr 2007 seinen bisherigen Höchststand.<sup>157</sup> Seither zeigt sich mit leichten Schwankungen ein Rückgang des Anteilswertes. Mit 3,1 % lag der Anteil der Folgeanträge im Jahr 2016 auf dem niedrigsten Stand seit dem Beginn der getrennten Erfassung im Jahr 1995. 2020 stieg dieser Anteil wieder auf 16,0 % aller Anträge an. Der Anteil der Folgeanträge liegt bei Staatsangehörigen aus Serbien (53,1 %, 686 Folge- gegenüber 606 Erstanträgen), Moldau (42,9 %, 964 Folge- gegenüber 1.284 Erstanträgen) und Pakistan (42,1 %, 739 Folge- gegenüber 1.016 Erstanträgen) besonders hoch.

### 3.4.1.2 Entscheidungen

Neben der Asylzugangsstatistik wird durch die Asylverfahrensstatistik des BAMF der Verfahrensstand der jährlichen Entscheidungen dokumentiert (vgl. Tabelle 3-11). Diese Statistik ist nicht unmittelbar vergleichbar mit der Asylzugangsstatistik, da die Asylanträge nicht immer im gleichen Jahr bearbeitet bzw. entschieden werden (z. B. Asylantrag 2019, Verfahrensabschluss 2020).<sup>158</sup> Das BAMF hat seit 2010 über 2,5 Millionen Erst- und Folgeanträge entschieden (vgl. Tabelle 3-11). In diesem Zeitraum wurden die

<sup>157</sup> Zur weitergehenden Differenzierung der Asylfolgeanträge vgl. BAMF 2021a: 15ff.

<sup>158</sup> Zum 31. Dezember 2020 waren beim BAMF 52.056 Asylverfahren (Erst- und Folgeanträge) anhängig. Die Zahl der anhängigen Verfahren ging in den letzten Jahren deutlich zurück. Bei den Verwaltungsgerichten waren zum 31. Dezember 2020 211.045 Klageverfahren anhängig. Ende 2019 waren es 273.681.

meisten Entscheidungen im Jahr 2016 getroffen (695.733 Entscheidungen). 2020 wurden Asylverfahren von 145.071 Personen entschieden.

Tabelle 3-11: Entscheidungen und Entscheidungsquoten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge seit 2010 (Erst- und Folgeanträge)

Jahr	Insgesamt	Entscheidungen über Asylanträge											
		Asylberechtigung nach Art. 16a GG		Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz nach § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot nach § 60 V/VII AufenthaltG		Ablehnungen		Formelle Entscheidungen <sup>1</sup>	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
2010	48.187	643	1,3%	7.061	14,7%	548	1,1%	2.143	4,4%	27.255	56,6%	10.537	21,9%
2011	43.362	652	1,5%	6.446	14,9%	666	1,5%	1.911	4,4%	23.717	54,7%	9.970	23,0%
2012	61.826	740	1,2%	8.024	13,0%	6.974	11,3%	1.402	2,3%	30.700	49,7%	13.986	22,6%
2013	80.978	919	1,1%	9.996	12,3%	7.005	8,7%	2.208	2,7%	31.145	38,5%	29.705	36,7%
2014	128.911	2.285	1,8%	31.025	24,1%	5.174	4,0%	2.079	1,6%	43.018	33,4%	45.330	35,2%
2015	282.726	2.029	0,7%	135.107	47,8%	1.707	0,6%	2.072	0,7%	91.514	32,4%	50.297	17,8%
2016	695.733	2.120	0,3%	254.016	36,5%	153.700	22,1%	24.084	3,5%	173.846	25,0%	87.967	12,6%
2017	603.428	4.359	0,7%	119.550	19,8%	98.074	16,3%	39.659	6,6%	232.307	38,5%	109.479	18,1%
2018	216.873	2.841	1,3%	38.527	17,8%	25.055	11,6%	9.548	4,4%	75.395	34,8%	65.507	30,2%
2019	183.954	2.192	1,2%	42.861	23,3%	19.419	10,6%	5.857	3,2%	54.034	29,4%	59.591	32,4%
2020	145.071	1.693	1,2%	36.125	24,9%	18.950	13,1%	5.702	3,9%	46.586	32,1%	36.015	24,8%

1) Rubrik beinhaltet unter anderem Entscheidungen nach dem Dublin-Verfahren und Rücknahmen des Antrags (z. B. wegen Rück- oder Weiterreise).

Quelle: BAMF

Die Anerkennungsquote des BAMF nach Art. 16a Abs. 1 GG und § 3 Abs. 1 AsylG<sup>159</sup> (gemäß GFK) lag im Jahr 2020 bei 26,1% (2019: 24,5 %).<sup>160</sup> 2020 haben 13,1 % der Asylantragstellenden subsidiären Schutz erhalten (2019: 10,6 %). Bei 3,9 % wurde ein Abschiebungsverbot festgestellt (2019: 3,2 %) (vgl. Abbildung 3-43 im Anhang).<sup>161</sup>

Die Gesamtschutzquote des BAMF berechnet sich aus der Anzahl der Asylberechtigungen, der Flüchtlingsanerkennungen, der Gewährung von subsidiärem Schutz und der Feststellung eines Abschiebungsverbots bezogen auf die Gesamtzahl der Entscheidungen des BAMF im betreffenden Zeitraum. Diese

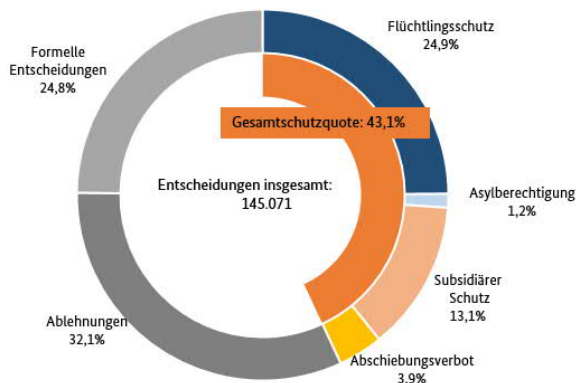
<sup>159</sup> Die Anerkennungsquote ergibt sich aus dem Verhältnis dieser Anerkennungen zu sämtlichen inhaltlichen und formellen Entscheidungen des Bundesamtes über Asylanträge.

<sup>160</sup> Nach Herkunftsländern betrachtet, ergeben sich jedoch sehr unterschiedliche Asylanererkennungsquoten für Asylantragstellende (siehe dazu Abbildung 3-14 sowie die Tabelle 3-38 im Anhang).

<sup>161</sup> Zur Entwicklung der Entscheidungen vgl. BAMF 2021a: 51ff.

Quote beinhaltet jedoch nicht vor Verwaltungsgerichten eingeklagte Schutzgewährungen Die Gesamt-schutzquote betrug im Jahr 2020 43,1 % (62.470 Personen), 2019 lag sie bei 38,2 % (70.329 Personen) (vgl. Abbildung 3-30).

Abbildung 3-30: Entscheidungsquoten 2020

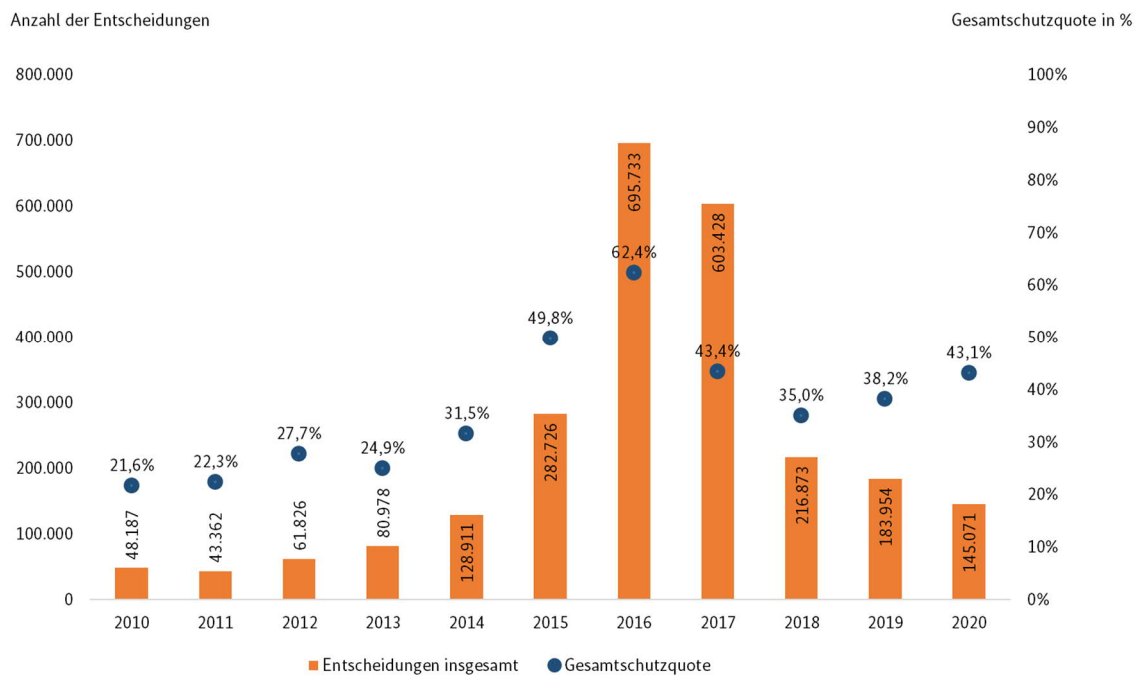


Quelle: BAMF

24,8 % der Anträge wurden 2020 als formelle Entscheidungen anderweitig erledigt (2019: 32,4 %). Diese Erledigungen beruhen auf Verfahrenseinstellungen, wenn Asylsuchende ihre Anträge zurückziehen, oder wenn nach dem sogenannten Dublin-Verfahren ein anderer europäischer Staat für die Asylsuchende oder den Asylsuchenden zuständig ist oder auf der Entscheidung im Folgeantragsverfahren, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird. Formelle Entscheidungen erfolgen somit ohne nähere inhaltliche Prüfung des Asylvorbringens und ziehen im Regelfall eine Ausreisepflicht nach sich. Der Anteil (inhaltlich/materiell) abgelehnter Anträge an der Gesamtzahl der Entscheidungen des BAMF lag im Jahr 2020 bei 32,1 % (2019: 29,4 %) <sup>162</sup> (vgl. Abbildung 3-30).

<sup>162</sup> Vgl. dazu ausführlich BAMF 2021a: 51ff.

Abbildung 3-31: Entscheidungen (Erst- und Folgeanträge) und Gesamtschutzquoten im Asylverfahren seit 2010

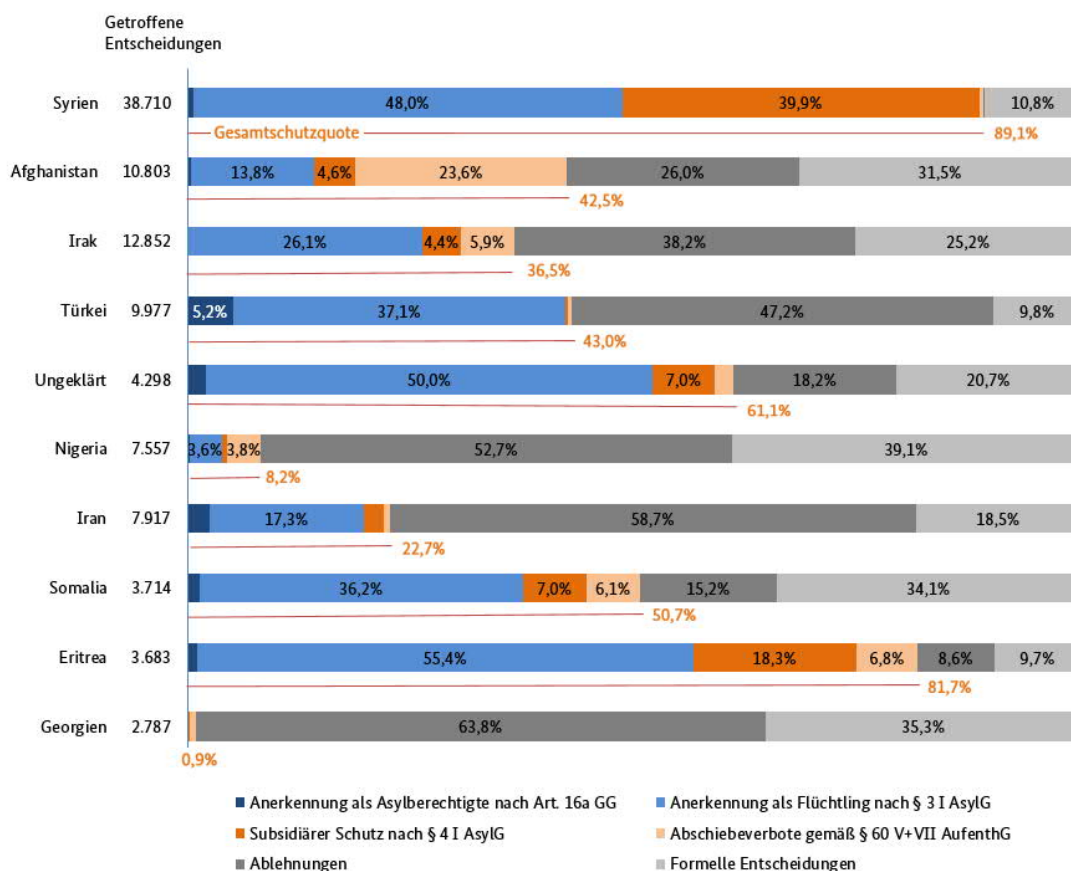


Quelle: BAMF

Bei einem differenzierten Blick auf die Schutzquoten nach Staatsangehörigkeit der Asylsuchenden zeigt sich, dass Entscheidungen des BAMF zu Asylanträgen von syrischen und eritreischen Staatsangehörigen überdurchschnittlich hohe Gesamtschutzquoten aufweisen. 2020 betrug die Gesamtschutzquote für syrische Staatsangehörige 89,1 % (2019: 83,7 %). 0,7 % der Schutzsuchenden aus Syrien haben eine Asylberechtigung erhalten, 48,0 % wurde Flüchtlingsschutz gewährt, 39,9 % erhielten subsidiären Schutz und in 0,5 % der Fälle wurden Abschiebungsverbote festgestellt. Für Menschen aus Eritrea lag die Gesamtschutzquote bei 81,7 % (2018: 73,9 %). Dabei erhielten neben 1,1 %, die als asylberechtigt anerkannt wurden, 55,4 % Flüchtlingsschutz und 18,3 % subsidiären Schutz. Bei 6,8 % wurden Abschiebungsverbote festgestellt (vgl. Abbildung 3-32 und Tabelle 3-37 im Anhang).

Asylsuchende aus der Türkei wiesen im Jahr 2020 mit 5,2 % eine über dem Durchschnitt (1,2 %) liegende Asylanerkennungsquote nach Art. 16a GG auf. Die Gesamtschutzquote für türkische Schutzsuchende lag im Jahr 2020 mit 43,0 % etwas niedriger als im Vorjahr (2019: 47,4 %). Niedrig ist die Gesamtschutzquote dagegen bei Asylantragstellenden aus Georgien und Nigeria. Für georgische Staatsangehörige betrug diese Quote 0,9 %, für Staatsangehörige aus Nigeria lag sie bei 8,2 % (vgl. Abbildung 3-32).

Abbildung 3-32: Entscheidungsquoten (Erst- und Folgeanträge) nach den 10 zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten des Jahres 2020



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Abweichungen der Summe der Einzelwerte zu 100 % sind rundungsbedingt.

Quelle: BAMF

Nur wenn für keine der vier Schutzformen – Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz oder ein Abschiebungsverbot – die Voraussetzungen erfüllt sind, erhalten Antragstellende einen ablehnenden Bescheid, verbunden mit einer Abschiebungsandrohung (§ 34 AsylG). Ablehnende Entscheidungen des BAMF können Asylantragstellende verwaltungsgerichtlich überprüfen lassen. 73,2 % der durch das BAMF im Jahr 2020 abgelehnten Asylanträge wurden vor den Verwaltungsgerichten angefochten (2019: 75,0 %). In diesen Fällen werden betroffene Personen nicht vollziehbar ausreisepflichtig, wenn die Klage aufschiebende Wirkung hat oder die aufschiebende Wirkung der Klage im einstweiligen Rechtsschutz angeordnet wird. Im Jahr 2020 wurden 127.932 erstinstanzliche Gerichtsentscheidungen zu Erst- und Folgeanträgen getroffen, dabei wurde in 16,6 % der Fälle ein Schutzstatus zuerkannt, 47.561 Klagen wurden abgewiesen (37,2 %) und 54.707 anderweitig erledigt (42,8 %).<sup>163</sup>

Sofern der Asylantrag abgelehnt wird und die Ausländerin bzw. der Ausländer auch aus anderen Gründen kein Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland erhält, wird sie oder er in einem schriftlichen Ablehnungsbescheid innerhalb einer bestimmten Frist zur Ausreise aufgefordert. Gleichzeitig wird für den Fall, dass sie oder er innerhalb der festgesetzten Frist nicht freiwillig ausreist, die Abschiebung angedroht.

<sup>163</sup> Siehe dazu BAMF 2021a: 40ff.

Nach Ablauf der Frist kann bei bis dahin unterbliebener freiwilliger Ausreise die Abschiebung durchgeführt werden. Kann die Abschiebung wegen Krankheit oder aus anderen Gründen nicht vollzogen werden, wird eine Duldung erteilt.

### **3.4.1.3 Dublin-Verfahren**

Im sogenannten Dublin-Verfahren wird bestimmt, welcher EU-Mitgliedstaat oder europäische Staat, der der sogenannten Dublin-III-Verordnung (Dublin-III-VO) beigetreten ist, für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Rechtsgrundlage des Verfahrens ist die Dublin-III-VO, die in allen Staaten der Europäischen Union sowie der Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island Anwendung findet.<sup>164</sup> Dieses Verfahren soll sicherstellen, dass jeder Asylantrag nur von einem Mitgliedstaat geprüft wird. Zur Unterstützung für die Ermittlung des zuständigen Mitgliedstaates für die Prüfung des Asylverfahrens wird das zentrale automatisierte Fingerabdruckidentifizierungssystem EURODAC (European Dactyloscopy) herangezogen. Liegen Beweismittel oder Indizien für die Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates vor, wird im Rahmen des Dublin-Verfahrens ein Übernahmeersuchen an den anderen Mitgliedstaat gestellt. Stimmt der entsprechende Mitgliedstaat dem Übernahmeersuchen zu, stellt für Deutschland das BAMF die Unzulässigkeit des Asylantrages fest und ordnet die Abschiebung in den zuständigen Mitgliedstaat an. Die Kriterien zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats sind in ihrer gesetzlich festgelegten Reihenfolge zu prüfen.

### **Ersuchen Deutschlands an die Mitgliedstaaten**

Der Anteil der deutschen Übernahmeersuchen ist in Bezug auf die gestellten Asylanträge ab 2016 gewachsen. Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Übernahmeersuchen im Verhältnis zu den gestellten Asylanträgen 7,7 %, im Jahr 2020 ist der Anteil auf 29,4 % gestiegen. In absoluten Zahlen wurde im Jahr 2020 mit 30.135 Übernahmeersuchen ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr verzeichnet (2019: 48.847; - 38,3 %). Die meisten Übernahmeersuchen wurden an Griechenland (6.737), Italien (5.318), Frankreich (3.341), Schweden (2.549) und Spanien (1.836) gerichtet. Der Abwärtstrend der letzten Jahre hängt mit den gesunkenen Asylantragszahlen zusammen. In 15.759 Fällen stimmten andere Mitgliedstaaten 2020 einem Übernahmeersuchen Deutschlands zu (2019: 29.794).

### **Übernahmeersuchen an Deutschland**

Im Jahr 2020 erhielt Deutschland 17.253 Übernahmeersuchen von anderen Mitgliedstaaten (2019: 23.717, -27,3 %). Deutschland stellte damit 2020 fast doppelt so viele Ersuchen an andere Mitgliedstaaten als es von diesen erhielt. Die 5 Mitgliedstaaten, die die meisten Ersuchen an Deutschland stellten, waren Frankreich (7.609), das Vereinigte Königreich (2.203), die Niederlande (1.615), Griechenland (1.289) und Belgien (1.280). Deutschland stimmte 10.673 Übernahmeersuchen eines anderen Mitgliedstaates zu (2019: 14.639).

---

<sup>164</sup> Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) (sogenannte Dublin-III-Verordnung), die seit dem 19. Juli 2013 in Kraft ist und die Verordnung (EG) Nr. 343/2003 vom 18. Februar 2003 (sogenannte Dublin-II-Verordnung) abgelöst hat. Sie gilt für alle ab dem 1. Januar 2014 gestellten Anträge. Im Vereinigten Königreich wurde die Dublin-III-Verordnung im Jahr 2020 noch angewandt.

## Dublin-Überstellungen

Deutschland überstellte im Jahr 2020 im Rahmen des Dublin-Verfahrens insgesamt 2.953 Personen – im Vergleich zum Vorjahr (2019: 8.423) ein Rückgang um 64,9 %. Die stark rückläufige Zahl begründet sich darin, dass während der Pandemie in den Monaten März bis Juni 2020 aufgrund der damaligen Grenzschließungen sowie der Aussetzung von Dublin-Überstellungen das Überstellungsverfahren nahezu stillstand. Ab Mitte Juni konnten unter bestimmten Bedingungen (Vorliegen eines negativen COVID-19-Tests, entsprechend vorhandene Flugverbindungen) Überstellungen in die meisten Mitgliedstaaten wieder durchgeführt werden. Sie erfolgten am häufigsten nach Frankreich (724), Italien (509), in die Niederlande (319), nach Österreich (213) und Schweden (203).

Nach Deutschland wurden im Jahr 2020 insgesamt 4.369 Personen überstellt (2019: 6.087). Die meisten Personen wurden aus Frankreich (1.659), den Niederlanden (808), Griechenland (423), der Schweiz (336) und Österreich (314) nach Deutschland überstellt.

Sofern eine Überstellung in der von der Dublin-Verordnung vorgegebenen Frist nicht möglich ist und aus diesem Grund die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens auf die Bundesrepublik Deutschland übergeht, entscheidet das BAMF in eigener Zuständigkeit (siehe Abschnitt 3.4.1).

### 3.4.2 Jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion

Seit 1990 nimmt Deutschland jüdische Personen und ihre Familienangehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auf.<sup>165</sup> Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist mit 93.695 Mitgliedern und 106 Gemeinden die drittgrößte in Europa. Ein Großteil der Mitglieder sind jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.<sup>166</sup>

Seit dem Jahr 1991 ist die Aufnahme in einem Verfahren geregelt.<sup>167</sup> Die Antragstellenden dürfen nicht in der Vergangenheit schon in einem anderen Drittstaat (z. B. Israel, USA) ihren Wohnsitz genommen haben. Diese Personen können nur nach den allgemeinen Regeln des Aufenthaltsgesetzes nach Deutschland übersiedeln. Die im Rahmen des jüdischen Zuwanderungsverfahrens in Deutschland aufgenommenen Zuwanderinnen und Zuwanderer erhalten eine Niederlassungserlaubnis. In das Verfahren können Eheleute und minderjährige ledige Kinder, die nicht selbst antragsberechtigt sind, einbezogen werden. Nicht selbst antragsberechtigte Familienangehörige erhalten eine Aufenthaltserlaubnis.

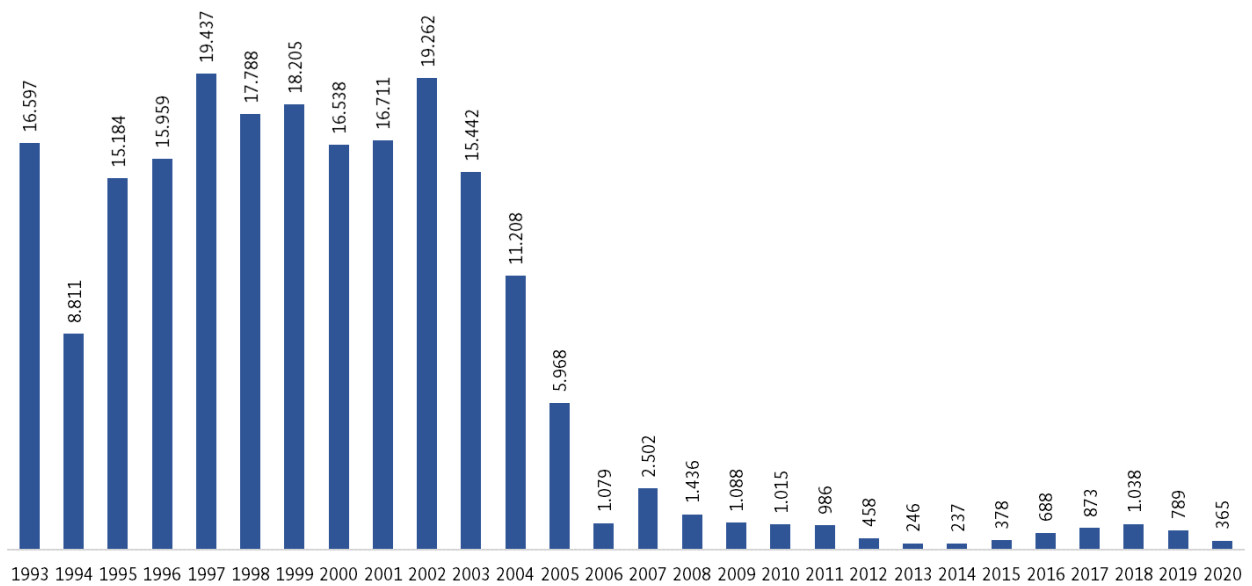
---

<sup>165</sup> Vgl. den Beschluss des Ministerrats der DDR vom 11. Juli 1990 sowie den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 9. Januar 1991.

<sup>166</sup> Vgl. dazu die Mitgliederstatistik der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) für das Jahr 2020, die über die Homepage des ZWST abrufbar ist: <https://zwst.org/de/publikationen/statistik>

<sup>167</sup> Zu den rechtlichen Grundlagen der jüdischen Zuwanderung und Aufnahmevoraussetzungen vgl. BAMF/BMI 2010: Kapitel 2.6.1., BAMF/BMI 2014: 82f, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 561ff. und Anordnung des BMI gemäß § 23 Abs. 2 AufenthG über die Aufnahme jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der Baltischen Staaten vom 24. Mai 2007 in der Fassung vom 22. April 2020.

Abbildung 3-33: Jüdische Zuwanderung einschließlich Familienangehöriger aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion seit 1993<sup>1</sup>



1) Für das Jahr 2014 und 2015 ist die Zahl der Einreisen aufgrund unzureichender Meldungen durch die Bundesländer etwas zu niedrig ausgewiesen.

Quelle: Bundesverwaltungsamt, BAMF

Zwischen 1993 und 2020 sind 210.288 jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer einschließlich ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen. Hinzu kommen 8.535 Personen, die bis Ende 1992 im unregelmäßigen Verfahren eingereist waren, sodass in der Summe 218.823 Personen zu verzeichnen sind. Nachdem sich der Zuzug im Zeitraum von 1995 bis 2003 auf 15.000 bis 20.000 Zuwanderinnen und Zuwanderer pro Jahr einpendelte, sank die Zahl der eingereisten Personen in den Folgejahren deutlich ab (vgl. Abbildung 3-33). Die Ursachen für diesen Rückgang sind heterogen. Das Interesse der noch in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion lebenden jüdischen Menschen an einer Einwanderung nach Deutschland hat nachgelassen. Auch die seit 2005 veränderten Zugangsbedingungen<sup>168</sup> tragen mit zu dieser Entwicklung bei. Hauptherkunftsländer der jüdischen Zuwanderung sind die Ukraine sowie die Russische Föderation.

Angesichts der Reisebeschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie sank auch der Umfang der jüdischen Zuwanderung im Jahr 2020 auf 365 Personen. Pandemiebedingt fand die Bearbeitung der Anträge an den Auslandsvertretungen unter erschwerten Bedingungen statt und richtete sich nach den vor Ort geltenden Regelungen des Herkunftslandes. Antragsannahmen und Visaerteilungen wurden zeitweise ganz ausgesetzt. Auch die Einreise nach Deutschland war wegen der Pandemieauflagen teilweise gar nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich.

<sup>168</sup> Vgl. BAMF/BMI 2008: 94.

## Migration aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

Zusätzlich zu der in den vorherigen Kapiteln dargestellten Zuwanderung von Asylsuchenden und der jüdischen Zuwanderung aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geht es im Folgenden um die Einreise und den Aufenthalt von ausländischen Staatsangehörigen aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen.<sup>169</sup>

So kann ausländischen Staatsangehörigen nach § 22 S. 1 AufenthG für die Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Die Erteilung eines Visums nach § 22 S. 1 AufenthG obliegt allein dem Auswärtigen Amt, das auch die Bewertung der dringenden humanitären bzw. völkerrechtlichen Gründe vornimmt. Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 S. 2 AufenthG ist zu erteilen, wenn das BMI die Aufnahme von ausländischen Staatsangehörigen zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erklärt hat. Insgesamt hatten zum 31. Dezember 2020 3.265 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG inne (Ende 2019: 3.695).

Tabelle 3-12: Nach § 22 AufenthG aufgenommene ausländische Staatsangehörige seit 2013 (Einreise im selben Jahr)

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Aufnahmen insgesamt	183	985	1.165	806	507	279	96	42

Quelle: Ausländerzentralregister

§ 23 Abs. 2 AufenthG ermöglicht humanitäre Aufnahmen durch den Bund. Hiernach kann das BMI zur Wahrung besonders gelagerter politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das BAMF ausländische Staatsangehörige aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Personengruppen eine Aufnahmezusage erteilt. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung wurde am 1. August 2015 mit § 23 Abs. 4 AufenthG eine eigenständige Rechtsgrundlage für Resettlement-Flüchtlinge geschaffen. Darüber hinaus kann die oberste Landesbehörde aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland nach § 23 Abs. 1 AufenthG anordnen, dass ausländische Staatsangehörige aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Personengruppen eine Aufnahmezusage erteilt wird. Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem BMI (siehe Kapitel 3.4.5).

Zusätzlich zu diesen Aufnahmeverfahren gibt es noch weitere Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen. Hierbei handelt es sich um reine Inlandssachverhalte, bei denen in der Regel ein Voraufenthalt (z. B. Aufenthaltsgestattung oder Duldung) vorliegt. So kann nach § 25 Abs. 4 AufenthG einer nicht vollziehbar ausreisepflichtigen ausländischen Person für einen vorübergehenden Aufenthalt im Inland eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, solange dringende humanitäre oder

<sup>169</sup> Zu den einzelnen Formen der Schutzgewährung vgl. BAMF/BMI 2013: 95.

persönliche Gründe<sup>170</sup> oder ein erhebliches öffentliches Interesse<sup>171</sup> ihre vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern.

Tabelle 3-13: Nach § 25 Abs. 4 AufenthG aufgenommene ausländische Staatsangehörige seit 2013 (Einreise im selben Jahr) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
								absolut	darunter: weiblich
Katar	131	238	298	219	327	413	449	113	43
Ukraine	116	209	117	74	52	54	51	79	50
Russische Föderation	567	639	348	240	232	175	138	67	46
Libyen	1.359	1.119	411	300	279	368	336	54	14
Serbien <sup>1</sup>	30	38	44	34	67	71	43	51	30
Sonstige Staatsangehörigkeiten	1.092	1.298	1.256	1.012	988	857	668	426	232
Insgesamt	4.523	6.018	6.160	4.532	3.846	3.410	2.215	790	415

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Zum 31. Dezember 2020 hielten sich insgesamt 18.854 Drittstaatsangehörige mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG in Deutschland auf (Ende 2019: 21.239). Bei den in der Tabelle 3-13 aufgeführten Drittstaatsangehörigen (2020: 790) handelt es sich um Personen, die in der Regel nach ihrer Einreise zunächst einen anderen Aufenthaltstitel oder eine Aufenthaltsgestattung als Asylsuchende erhalten hatten, aber denen noch im Berichtsjahr eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG erteilt wurde.

§ 25 Abs. 4a AufenthG ermöglicht die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Aufenthalt an eine ausländische Person, die Opfer von Menschenhandel wurde, auch wenn sie vollziehbar ausreisepflichtig ist.<sup>172</sup> Zum 31. Dezember 2020 hielten sich insgesamt 80 Drittstaatsangehörige, darunter 56 weibliche Personen, mit einem Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 4a AufenthG in Deutschland auf (Ende 2019: 96).<sup>173</sup>

Nach § 25 Abs. 5 AufenthG kann einer ausländischen Person, die vollziehbar ausreisepflichtig ist, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn ihre Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht

<sup>170</sup> Dringende persönliche Gründe im Sinne dieser Vorschrift sind beispielsweise die Durchführung einer medizinischen Operation, die im Herkunftsland nicht gewährleistet ist, oder der unmittelbar bevorstehende Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung.

<sup>171</sup> Ein erhebliches öffentliches Interesse kann z. B. vorliegen, wenn eine ausländische Person als Zeugin oder Zeuge in einem Gerichtsverfahren benötigt wird.

<sup>172</sup> Nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) wurden im Jahr 2020 406 Opfer im Verfahren des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung ermittelt. Darunter befanden sich 275 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung waren größtenteils weiblich (94 %). Zudem wurden 73 Opfer des Menschenhandels im Bereich Ausbeutung der Arbeitskraft ermittelt (vgl. dazu BKA 2021b: 8f.). Zum Thema Menschenhandel vgl. auch Hoffmann (2013).

<sup>173</sup> Zum 31. Dezember 2020 hielten sich außerdem 7 Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 4b AufenthG (Opfer von Arbeitsausbeutung) in Deutschland auf.

möglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Die Aufenthaltserlaubnis soll erteilt werden, wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt ist. Die Aufenthaltserlaubnis darf jedoch nur erteilt werden, wenn die ausländische Person unverschuldet an der Ausreise gehindert ist.<sup>174</sup>

Tabelle 3-14: Vorliegen von Ausreisehindernissen nach § 25 Abs. 5 AufenthG seit 2013 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (Einreise im selben Jahr)

Staatsangehörigkeit	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
								absolut	darunter: weiblich
Serbien <sup>1</sup>	54	84	129	156	140	139	122	92	35
Vietnam	30	61	47	49	46	33	49	58	5
Ghana	28	63	57	51	62	52	48	40	6
Nigeria	20	37	43	33	47	54	32	24	3
Syrien	4	15	30	43	69	89	46	18	9
Sonstige Staatsangehörigkeiten	300	348	482	365	399	463	390	283	97
<b>Insgesamt</b>	<b>436</b>	<b>608</b>	<b>788</b>	<b>697</b>	<b>763</b>	<b>830</b>	<b>687</b>	<b>515</b>	<b>155</b>

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Ende 2020 lebten insgesamt 54.347 Drittstaatsangehörige (Ende 2019: 56.272) mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG in Deutschland, davon 32.499 seit mehr als 6 Jahren (59,8 %).<sup>175</sup> Bei den in der Tabelle 3-14 aufgeführten Drittstaatsangehörigen (2020: 515) handelt es sich um Personen, die in der Regel nach ihrer Einreise zunächst eine Duldung (oder in seltenen Ausnahmefällen eine Aufenthaltsgestattung als Asylantragstellende) erhalten hatten, aber denen noch im Berichtsjahr eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG erteilt wurde.

### 3.4.3 Aufenthaltsgewährung in Härtefällen

Nach § 23a Abs. 1 AufenthG kann die oberste Landesbehörde anordnen, dass einer ausländischen Person, die vollziehbar ausreisepflichtig ist, abweichend von den in diesem Gesetz festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wenn eine von der Landesregierung durch Rechtsverordnung eingerichtete Härtefallkommission darum ersucht. Voraussetzung für ein Härtefallersuchen ist, dass nach den Feststellungen der Härtefallkommission dringende humanitäre oder persönliche Gründe vorliegen (§ 23a Abs. 2 AufenthG). Diese Möglichkeit gibt es seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005. Dabei ist zu beachten, dass die Härtefallkommission nach § 23a Abs. 2 Satz 2 AufenthG ausschließlich im Wege der Selbstbefassung tätig wird. Dritte, insbesondere betroffene ausländische Staatsangehörige, können nicht verlangen, dass sich die Härtefallkommission

<sup>174</sup> Ein Verschulden der ausländischen Person liegt etwa vor, wenn diese falsche Angaben macht, über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht oder zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse nicht erfüllt.

<sup>175</sup> Vgl. Deutscher Bundestag 2021e: 24f.

mit einem bestimmten Einzelfall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft. Mittlerweile sind in allen Bundesländern solche Härtefallkommissionen eingerichtet worden.

Tabelle 3-15: Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach der Härtefallregelung des § 23a AufenthG nach Bundesländern (Bestandszahlen zum 31. Dezember 2020)<sup>1</sup>

Bundesland	2020
Baden-Württemberg	459
Bayern	316
Berlin	1.862
Brandenburg	127
Bremen	166
Hamburg	146
Hessen	296
Mecklenburg-Vorpommern	57
Niedersachsen	1.071
Nordrhein-Westfalen	2.016
Rheinland-Pfalz	565
Saarland	86
Sachsen	309
Sachsen-Anhalt	176
Schleswig-Holstein	193
Thüringen	1.087
<b>Insgesamt</b>	<b>8.932</b>

1) Hierbei handelt es sich um eine Bestandszahl jeweils zum 31. Dezember. Die überwiegende Zahl der Personen, die zum 31. Dezember 2020 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 a AufenthG innehatten, lebte seit mehr als 6 Jahren in Deutschland (4.842 Personen, 54,2 %).  
Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2020 wurden 14,3 % der Aufenthaltserlaubnisse auf der Grundlage von § 23a AufenthG an Staatsangehörige aus dem Kosovo erteilt (1.274), weitere 13,3 % der Aufenthaltserlaubnisse erhielten Personen aus Albanien (1.190). An serbische Staatsangehörige wurden 1.041 Aufenthaltserlaubnisse (11,7 %) und an russische Staatsangehörige 512 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (5,7 %).

### 3.4.4 Resettlement und humanitäre Aufnahmeverfahren

#### Resettlement

Deutschland nimmt seit 2013 im Interesse einer Fortentwicklung und Verbesserung des Flüchtlingsschutzes und im Sinne internationaler Verantwortungsteilung regelmäßig und in stetig gewachsenem Umfang besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus Drittstaaten in Zusammenarbeit mit dem UNHCR im Wege des Resettlement (Neuansiedlung) auf. Resettlement ermöglicht eine dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, die nach international festgelegten Kriterien von UNHCR als besonders schutzbedürftig gelten. Die Aufnahmen im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden werden vom BMI im

Benehmen mit den obersten Landesbehörden angeordnet. Die gesetzliche Grundlage für die Aufnahmeverfahren im Rahmen des Resettlement bildete bis zum 31. Juli 2015 § 23 Abs. 2 AufenthG. Am 1. August 2015 trat das „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“<sup>176</sup> in Kraft, mit dem unter anderem eine eigenständige Rechtsgrundlage für das Resettlement-Verfahren geschaffen wurde. Seither gilt § 23 Abs. 4 AufenthG für Aufnahmen im Rahmen von Resettlement, während § 23 Abs. 2 AufenthG Aufnahmen im Rahmen sonstiger humanitärer Aufnahmen regelt. Für die Durchführung der Aufnahmeverfahren ist nach § 75 Nr. 8 AufenthG das BAMF zuständig.

Resettlement stellt ein international anerkanntes flüchtlingspolitisches Instrument dar. Ziel des Resettlements ist es, besonders schutzbedürftigen Personen, die aus ihrem Herkunftsland in einen Erstaufnahmestaat geflohen sind, dort jedoch weder eine Chance auf Integration noch die Aussicht auf Rückkehr in ihr Herkunftsland haben, im Resettlementstaat Schutz zu bieten und eine neue dauerhafte Perspektive zu eröffnen. Der jährliche, weltweite Resettlementbedarf wird von UNHCR festgestellt. Resettlement-Flüchtlinge erhalten eine Aufnahmezusage im Ausland, dann einen Aufenthaltstitel nach § 23 Abs. 4 AufenthG, sie müssen also kein Asylverfahren durchlaufen. Das nationale Resettlement wird durch Aufnahmeanordnungen des BMI im Benehmen zwischen Bund und Ländern festgelegt.

In der Pilotphase zwischen 2012 bis 2014 umfasste das Aufnahmekontingent in Deutschland jeweils 300 Personen.<sup>177</sup> Seit 2015 wurden die Resettlementaufnahmen verstetigt und die Kontingente auf 500 Personen angehoben.<sup>178</sup> Im Rahmen des EU-Resettlement-Programms (Ratsbeschluss vom 20. Juli 2015) wurden in den Jahren 2016/2017 EU-weit 22.504 Resettlement-Plätze bereitgestellt. Das nationale Kontingent von 500 Schutzbedürftigen wurde in den Jahren 2016/2017 mit dem Resettlement-Programm der Europäischen Kommission (Migrationsagenda) verrechnet. Die Gesamtquote für die 2 Jahre betrug 1.600 Schutzsuchende. 2016 wurde diese Quote im Rahmen des 1:1-Mechanismus der EU-Türkei-Erklärung für die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen genutzt (1.060 Personen).<sup>179</sup> Zudem wurden im Jahr 2016/2017 177 Flüchtlinge aus dem Libanon aufgenommen. Die verbleibenden Resettlementplätze wurden vor allem für die Aufnahme Schutzbedürftiger aus Ägypten genutzt.

Für 2018/2019 hat Deutschland im Rahmen seiner Beteiligung am EU-Resettlement-Programm bis zu 10.200 Plätze für die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge zugesagt (Aufnahmeplätze EU-Staaten insgesamt: 50.000). Diese Zahl beinhaltet Aufnahmeplätze für Resettlement nach § 23 Abs. 4 AufenthG (bis zu 3.200 Plätze), für humanitäre Aufnahmen aus der Türkei nach § 23 Abs. 2 AufenthG (bis zu 6.000 Plätze), für das staatlich-zivilgesellschaftliche Pilotprogramm „Neustart im Team“ (NesT) nach § 23 Abs. 4 AufenthG (500 Plätze)<sup>180</sup> sowie für ein Aufnahmeprogramm des Landes Schleswig-Holstein (bis zu 500 Plätze) nach § 23 Abs. 1 AufenthG.

Mit Anordnung vom 6. Juli 2018 hat das BMI in Abstimmung mit den Ländern zudem die Grundlage für eine Aufnahme von bis zu 300 Flüchtlingen mit syrischer, irakischer, eritreischer oder somalischer Staats-

---

<sup>176</sup> BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386ff.

<sup>177</sup> Vgl. Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder 2011: Beschluss Nr. 19.

<sup>178</sup> Vgl. Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder 2014: Beschluss Nr. 28.

<sup>179</sup> Zu den Hintergründen der EU-Türkei Erklärung vgl. BAMF/BMI 2016: 103.

<sup>180</sup> Vgl. auch Kapitel „2020: Migration im Schatten im Pandemie“.

angehörigkeit sowie Palästinenserinnen und Palästinenser aus Libyen über einen vom UNHCR eingerichteten Evakuierungsmechanismus im Niger (gemäß § 23 Abs. 4 AufenthG) geschaffen. Im Jahr 2018 sind zunächst 276 Personen nach Deutschland eingereist, das Kontingent von 300 Personen wurde mit weiteren Aufnahmen im Jahr 2019 erfüllt (vgl. Tabelle 3-16).

In Abstimmung mit den Ländern hat das BMI mit der Anordnung vom 11. Dezember 2018 den Rahmen für die Aufnahme von 2.900 Resettlement-Flüchtlingen in den Jahren 2018 und 2019 aus Ägypten, Äthiopien, Jordanien und Libanon gemäß § 23 Abs. 4 AufenthG geschaffen. Ende 2019 sagte Deutschland weitere 5.500 Resettlement-Plätze für das Jahr 2020 zu. Darunter sollen bis zu 3.000 Plätze für die humanitäre Aufnahme von syrischen Staatsangehörigen im Rahmen der EU-Türkei-Erklärung nach § 23 Abs. 2 AufenthG, bis zu 1.900 Plätze für Resettlement nach § 23 Abs. 4 AufenthG aus den Zufluchtsländern Ägypten, Jordanien, Libanon, Kenia und Niger (über den Evakuierungsmechanismus des UNHCR aus Libyen), weitere 200 für ein Landesaufnahmeprogramm Schleswig-Holsteins nach § 23 Abs. 1 AufenthG sowie 400 Plätze im Rahmen von NesT (§ 23 Abs. 4 AufenthG) fallen.

### **Resettlement unter Pandemieumständen**

Bedingt durch die Einschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie sowie die daraus resultierenden Verzögerungen konnte ein Großteil der für 2020 vorgesehenen Aufnahmen nicht erfolgen. Aus den Aufnahmeverfahren im Rahmen der deutschen Beteiligung am EU-Resettlement-Programm konnten Einreisen von 1.178 Personen aus der Türkei sowie 200 Personen (nachträglich eingereiste Personen aus dem Vorjahresprogramm Resettlement 2019) verzeichnet werden. Daneben erfolgte ab April 2020 die Aufnahme von 2.812 Personen aus Griechenland zur Entlastung der griechischen Inseln, darunter 247 behandlungsbedürftige Kinder mit Kernfamilie sowie die Aufnahme von 203 unbegleiteten Minderjährigen sowie einem Neugeborenen einer unbegleiteten Minderjährigen nach Art. 17 Abs. 2 Dublin-III-VO sowie 1.568 Personen nach § 23 Abs. 2 AufenthG, welchen in Griechenland subsidiärer oder Flüchtlingsschutz zuerkannt wurde (im Rahmen eines humanitären Aufnahmeprogramms des Bundes (HAP GRC)).

Die für 2020 geplanten Resettlement-Aufnahmen sollen in 2021 nachgeholt und um eine darüber hinausgehende Zusage für weitere 2.500 Plätze („top up“) erweitert werden. Das BMI hat hierzu entsprechende Aufnahmeanordnungen am 15. Januar 2021 für das humanitäre Aufnahmeprogramm aus der Türkei, am 21. Mai 2021 für das Resettlementverfahren sowie am 25. Mai 2021 für das Pilotprojekt NesT erlassen. Die Kontingente für den Zeitraum 2020/2021 stellen Aufnahmeplätze aus den Erstzufluchtsstaaten Libanon, Kenia, Jordanien, Niger und Ägypten zur Verfügung.

Tabelle 3-16: Im Resettlement-Programm gemäß § 23 Abs. 4 AufenthG aufgenommene Personen nach Staatsangehörigkeit und letztem Aufenthaltsstaat seit 2012

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020 <sup>5</sup>
<b>Geschlecht</b>									
Männlich	205	153	166	243	578	175	224	1.208	104
Weiblich	102	140	155	238	661	188	159	1.234	96
Insgesamt	307	293	321	481	1.239	363	383	2.442	200
<b>Staatsangehörigkeit</b>									
Afghanistan	-	-	21	-	-	-	-	-	-
Ägypten	-	-	-	-	-	-	1	-	-
Äthiopien	27	-	1	45	4	17	-	-	-
Eritrea	36	-	-	200	20	14	240	37	-
Irak	132	175	117	26	-	9	-	53	-
Iran	-	116	-	-	-	4	-	-	-
Jemen	-	-	-	-	-	-	-	5	-
Somalia	45	-	41	45	-	8	36	374	25
Sudan/Südsudan	59	-	3	122	-	131	-	414	-
Syrien	-	2	-	9	1.188	177	106	1.555	175
Staatenlose Palästinenser/-innen	-	-	31	33	27	-	-	2	-
Sonstige Staatenlose	-	-	34	-	-	-	-	2	-
Sonstige	8	-	73	1	-	3	-	-	-
<b>Aufenthaltsstaat vor der Ausreise nach Deutschland</b>									
Ägypten	-	-	-	301	-	256 <sup>1</sup>	107 <sup>3</sup>	988	-
Äthiopien	-	-	-	-	-	-	-	330	25
Indonesien	-	-	114	-	-	-	-	-	-
Jordanien	-	-	-	-	-	-	-	346	-
Libanon	-	-	-	-	155	22 <sup>2</sup>	-	766	175
Niger	-	-	-	-	-	-	276 <sup>4</sup>	12 <sup>4</sup>	-
Tunesien	202	-	-	-	-	-	-	-	-
Türkei	105	293	-	-	1.060	-	-	-	-
Sudan	-	-	-	180	24	-	-	-	-
Syrien	-	-	207	-	-	-	-	-	-
Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Das Kontingent von 363 Personen wurde für das Jahr 2017 nachträglich Anfang 2018 mit der Einreise von 107 Personen aus Ägypten, die aus gesundheitlichen Gründen Ende 2017 noch nicht ausreisen konnten, erfüllt.

2) Dabei handelt es sich um Personen, die im Jahr 2017 eingereist sind, aber im Rahmen des Kontingents für das Jahr 2016 aufgenommen wurden.

3) Dabei handelt es sich um Personen, die im Jahr 2018 eingereist sind, aber zum Kontingent des Jahres 2017 gezählt werden.

4) Das Kontingent von 300 Personen konnte im Jahr 2018 nicht erfüllt werden. Weitere 12 Einreisen erfolgten im Jahr 2019. Somit konnten 288 von 300 Personen einreisen.

5) Pandemiebedingt konnten keine Resettlementeinreisen aus dem Verfahren 2020 durchgeführt werden.

Quelle: BAMF

## **Humanitäre Aufnahme syrischer Schutzbedürftiger aus der Türkei von 2016 bis 2020 (Ratsbeschluss EU 2016/1754)**

Durch einen ergänzenden Ratsbeschluss vom 29. September 2016 (EU 2016/1754) zur Umverteilung von Schutzsuchenden aus Griechenland und Italien hat die EU die Möglichkeit eröffnet, einen Teil der Relocation-Plätze für eine Neuansiedlung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei zu nutzen. Deutschland hat hiervon Gebrauch gemacht und die im Jahr 2016 im Rahmen des EU-Resettlement begonnenen Aufnahmen syrischer Schutzbedürftiger im Rahmen dieses humanitären Aufnahmeverfahrens in den Jahren 2017 bis 2020 fortgesetzt. Es erfolgte von 2016 bis einschließlich Ende 2019 die Einreise von 9.044 syrischen Flüchtlingen aus der Türkei. Mit der Aufnahmeanordnung vom 13. Januar 2020 ordnete das BMI erneut die Fortführung der Aufnahmen von bis zu 500 Personen pro Monat bis zum 31. Dezember 2020 an. Pandemiebedingt sind im Jahr 2020 1.178 Personen im Rahmen dieses humanitären Aufnahmeverfahrens eingereist.

## **Übernahme der Zuständigkeit zur Durchführung der Asylverfahren von aus Seenot geretteten Personen**

Deutschland beteiligte sich auch an der freiwilligen Übernahme der Zuständigkeit für die Durchführung der Asylverfahren von aus Seenot geretteten Asylsuchenden. Die Übernahmen erfolgten auf Grundlage von Art. 17 Abs. 2 Dublin-III-VO. Seit Sommer 2018 konnten insgesamt 932 dieser Asylsuchenden durch Deutschland übernommen werden (Stand: 18. November 2021).

### **3.5 Migration aus familiären Gründen**

Die Einreise und der Aufenthalt von Familienangehörigen in Deutschland lebender Personen ist in den §§ 27 bis 36a AufenthG geregelt. Der Familiennachzug wird mit Blick auf Art. 6 Abs. 1 GG zum Schutz von Ehe und Familie gewährt (§ 27 Abs. 1 AufenthG). Diese Regelungen finden Anwendung auf den Zuzug zu Deutschen und zu Personen, die keine EU-Staatsangehörigen bzw. Familienangehörige von EU-Staatsangehörigen sind.<sup>181</sup> Der Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen zu ausländischen EU-Staatsangehörigen sowie zu Deutschen, die von ihrem Freizügigkeitsrecht Gebrauch gemacht haben, richtet sich grundsätzlich nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU (§§ 2 ff. FreizügG/EU).

#### **Grundsätze des Familiennachzugs**

Der Familiennachzug bezeichnet den Nachzug von im Ausland lebenden Familienangehörigen und ist grundsätzlich begrenzt auf die Kernfamilie, d. h. die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder den Ehe- bzw. Lebenspartner und minderjährige ledige Kinder bzw. Eltern von minderjährigen ledigen Kindern. Sonstige Familienmitglieder können nur in Ausnahmefällen nachziehen. Zudem setzt der Familiennachzug in der Regel voraus, dass der Lebensunterhalt für nachziehende Familienangehörige ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gesichert ist (§ 27 Abs. 3 AufenthG; § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG; Ausnahme etwa in § 29 Abs. 2 AufenthG) sowie ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG, Ausnahme etwa in § 29 Abs. 2 AufenthG). Auch Aufenthaltstitel aus familiären Gründen berechtigen zur Ausübung jeder Erwerbstätigkeit (§ 4a AufenthG).

---

<sup>181</sup> Für diese gilt das EU-Freizügigkeitsrecht.

## Familiennachzug zu ausländischen Staatsangehörigen

Voraussetzung für den Familiennachzug zu einem Drittstaatsangehörigen ist grundsätzlich, dass die bereits hier lebende ausländische Person eine Niederlassungserlaubnis, eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU, eine Aufenthaltserlaubnis, eine Blaue Karte EU oder eine (Mobiler-) ICT-Karte besitzt oder sich gemäß § 18e AufenthG (kurzfristige Mobilität für Forscherinnen und Forscher) berechtigt im Bundesgebiet aufhält und ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht (§ 29 Abs. 1 AufenthG). Jedoch können die Referenzperson und deren Angehörige auch gleichzeitig Visaanträge an einer Auslandsvertretung stellen, wenn die gemeinsame Übersiedlung geplant ist und die Erteilungsvoraussetzungen für alle Familienmitglieder vorliegen.

Bei verheirateten Paaren müssen in der Regel beide das 18. Lebensjahr vollendet haben (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG). Die nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner muss vor der Einreise einfache Deutschkenntnisse<sup>182</sup> nachweisen (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG). Hierzu gibt es jedoch eine Reihe von Ausnahmen (§ 30 Abs. 1 S. 2 und S. 3 Nr. 1 bis Nr. 8 AufenthG). Ausnahmen, bei denen der Nachweis von Sprachkenntnissen nicht erforderlich ist, werden in der Infobox „Ausnahmen von der Nachweispflicht einfacher deutscher Sprachkenntnisse im Familiennachzug“ zusammengefasst. Die Aufenthaltserlaubnis kann ansonsten bei fehlender Volljährigkeit zur Vermeidung einer besonderen Härte abweichend von § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt werden (§ 30 Abs. 2 AufenthG).

---

<sup>182</sup> Einfache Sprachkenntnisse entsprechen der ersten Stufe (A1) auf der sechsstufigen Kompetenzskala des GER.

<b>Infobox: Ausnahmen von der Nachweispflicht einfacher deutscher Sprachkenntnisse im Familiennachzug</b>	
Grund und rechtliche Regelung	Der Nachweis von einfachen deutschen Sprachkenntnissen ist nicht erforderlich, wenn ...
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 AufenthG	<b>Humanitärer Titel:</b> ... Drittstaatsangehörige einen Aufenthaltstitel als Resettlement-Flüchtling (nach § 23 Abs. 4 AufenthG) <sup>183</sup> besitzen oder sie asylberechtigt sind, oder einen Schutzstatus als GFK-Flüchtling oder einen subsidiären Schutzstatus innehaben und die Ehe- bzw. Lebenspartnerschaft bereits bestand, als die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner ihren oder seinen Lebensmittelpunkt nach Deutschland verlegt hat.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 AufenthG	<b>Gesundheit:</b> ... die nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartner aufgrund einer im Einzelfall festgestellten körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung oder Krankheit nicht in der Lage ist, einfache deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 AufenthG	<b>Geringer Integrationsbedarf:</b> ... bei der nachziehenden Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder dem Ehe- bzw. Lebenspartner nach Einzelfallprüfung ein erkennbar geringer Integrationsbedarf besteht.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 AufenthG	<b>Visumsfreier Aufenthalt:</b> ... die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner eine Staatsangehörigkeit besitzt, die auch für einen Aufenthalt, der kein Kurzaufenthalt ist, die visumfreie Einreise und den visumfreien Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 AufenthG	<b>Blaue Karte EU/ICT-Karte/Mobiler-ICT-Karte/Forschende/mobile Forschende:</b> ... Drittstaatsangehörige im Besitz einer Blauen Karte EU, ICT-Karte oder Mobiler-ICT-Karte sind oder eine Aufenthaltserlaubnis als (mobile) Forschende haben.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG	<b>Härtefall:</b> ... es der Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder dem Ehe- bzw. Lebenspartner aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalles nicht möglich oder nicht zumutbar ist, vor der Einreise einfache deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben. <sup>184</sup>
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 7 AufenthG	<b>Besonderer Aufenthaltstitel</b> ... Drittstaatsangehörige, die einen Aufenthaltstitel nach § 18c Abs. 3 AufenthG als Hochqualifizierte bzw. Hochqualifizierter oder nach § 21 AufenthG und als Selbstständige besitzen und die Ehe bereits bestand, als sie ihren Lebensmittelpunkt in das Bundesgebiet verlegten.
§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 8 AufenthG	<b>Niederlassungserlaubnis und Daueraufenthalt-EU</b> ... Drittstaatsangehörige unmittelbar vor der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU Inhaberinnen und Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18d AufenthG als Forschende waren.

<sup>183</sup> Durch das am 1. August 2015 in Kraft getretene „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ wurde in das Aufenthaltsgesetz der § 23 Abs. 4 AufenthG eingefügt (BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386ff.). Aufgrund dieser Regelung kann das BMI im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das BAMF bestimmten, für eine Neuansiedlung ausgewählten Schutzsuchenden (Resettlement-Flüchtlinge) eine Aufnahmezusage erteilt. Vgl. hierzu Kapitel 3.4.5.

<sup>184</sup> Die Härtefallklausel des § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG wurde mit dem „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ in das Aufenthaltsgesetz aufgenommen. Das Vorliegen eines Härtefalls ist im Rahmen des Visumverfahrens durch die zuständige Auslandsvertretung zu beurteilen. Ein Härtefall kann beispielsweise gegeben sein, wenn es dem ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartner oder der ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartnerin nicht zugemutet werden kann, vor der Einreise Bemühungen zum Erwerb einfacher deutscher Sprachkenntnisse zu unternehmen, oder es ihr oder ihm trotz ernsthafter Bemühungen von etwa einem Jahr Dauer nicht gelungen ist, das erforderliche Sprachniveau zu erreichen. Für die Dauer der Corona-Pandemie wurde der Zeitraum für ernsthafte Bemühungen auf in der Regel 6 Monate reduziert. Diese Rechtsänderung dient insbesondere der Umsetzung des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) vom 10. Juli 2014 (Urteil in der Rechtssache C-138/13, vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 96/14 des EuGHs vom 10. Juli 2014). Dort wurde entschieden, dass das 2007 eingeführte ausnahmslose Spracherfordernis nicht mit der sogenannten Stillhalteklausele des Assoziierungsabkommens mit der Türkei vereinbar ist. Der Sprachnachweis im Herkunftsland erschwere die Familienzusammenführung und stelle deshalb eine neue Beschränkung der Ausübung der Niederlassungsfreiheit durch türkische Staatsangehörige im Sinne dieser Klausel dar. Der EuGH hielt jedoch auch fest, dass die Einführung einer neuen Beschränkung zugelassen werden könne, sofern sie durch einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt und geeignet ist, „die Erreichung des angestrebten legitimen Zieles zu erreichen“, und nicht über das hierfür Erforderliche hinausgehe. Da der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz generell gilt, ist die Möglichkeit der Berücksichtigung besonderer Umstände des Einzelfalles von grundsätzlicher Bedeutung, so dass zur Klarstellung für den Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerin oder Lebenspartner eine allgemeine Härtefallklausel in das Aufenthaltsgesetz eingeführt wurde (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG).

## **Familiennachzug zu Inhaberinnen und Inhabern humanitärer Titel**

Bei Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen sowie Resettlement-Flüchtlingen ist zur Wahrung der Familieneinheit vom Nachweis ausreichenden Wohnraums und hinreichender Lebensunterhaltssicherung abzusehen, wenn der Antrag innerhalb von 3 Monaten nach der unanfechtbaren Anerkennung bzw. nach Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gestellt wird und die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft in einem Staat, der nicht Mitglied der EU ist und zu dem die ausländische Person oder ihre Familienangehörigen eine besondere Bindung haben, grundsätzlich nicht möglich ist (§ 29 Abs. 2 AufenthG). Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte im Sinne des § 4 Abs. 1 AsylG, denen nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, wurde zwischenzeitlich bis zum 16. März 2018 ausgesetzt (§ 104 Abs. 13 AufenthG). Diese zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten wurde bis zum 31. Juli 2018 verlängert. Seit dem 1. August 2018 kann aus humanitären Gründen monatlich bis zu 1.000 Familienangehörigen von subsidiär schutzberechtigten Personen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (§ 36a AufenthG).<sup>185</sup> Humanitäre Gründe liegen beispielsweise nach § 36a Abs. 2 Nr. 2 AufenthG insbesondere dann vor, wenn die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft seit langer Zeit nicht möglich ist oder ein minderjähriges lediges Kind betroffen ist. Das Kindeswohl ist besonders zu berücksichtigen.

Der Familiennachzug zu Personen, die über bestimmte humanitäre Aufnahmeprogramme nach Deutschland gekommen sind oder für die ein (nationales) Abschiebungsverbot festgestellt worden ist, ist nur aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland möglich (§ 29 Abs. 3 AufenthG).

## **Familiennachzug von Kindern**

Der Nachzug von Kindern zu ausländischen Eltern bzw. einem ausländischen Elternteil richtet sich nach § 32 AufenthG. Einem minderjährigen ledigen Kind ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn beide Eltern oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil einen der in § 32 Abs. 1 AufenthG genannten Aufenthaltstitel besitzen. Kinder von Personen, die sich gemäß § 18e AufenthG (kurzfristige Mobilität für Forschende) berechtigt im Bundesgebiet aufhalten, benötigen keinen Aufenthaltstitel (§ 32 Abs. 5 AufenthG).

Hat das minderjährige ledige Kind das 16. Lebensjahr bereits vollendet und verlegt es seinen Lebensmittelpunkt nicht zusammen mit den Eltern oder dem allein personensorgeberechtigten Elternteil in das Bundesgebiet, muss das Kind zusätzlich die deutsche Sprache beherrschen<sup>186</sup> oder es muss als gewährleistet erscheinen, dass es sich aufgrund seiner bisherigen Ausbildung in die Lebensverhältnisse in Deutschland einfügen kann.

Diese letztgenannten besonderen Voraussetzungen entfallen jedoch, wenn beide Eltern oder der allein sorgeberechtigte Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Asylberechtigung oder des Status als international Schutzberechtigte oder Resettlement-Flüchtling oder im Anschluss daran eine Niederlassungserlaubnis besitzt (§ 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 AufenthG) oder beide Eltern bzw. ein Elternteil Inhaberin

---

<sup>185</sup> Die § 22 AufenthG (Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen) und § 23 AufenthG (Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen; Neuansiedlung von Schutzsuchenden) bleiben unberührt.

<sup>186</sup> Gemäß § 2 Abs. 12 AufenthG beherrscht eine ausländische Person die deutsche Sprache, wenn ihre Sprachkenntnisse dem Niveau C 1 des GER entsprechen.

oder Inhaber eines in § 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 AufenthG enumerativ aufgeführten Aufenthaltstitels, wie beispielsweise einer Blauen Karte EU, sind. Im Übrigen kann dem minderjährigen ledigen Kind einer ausländischen Person eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn es aufgrund der Umstände des Einzelfalls unter Berücksichtigung des Kindeswohls und der familiären Situation zur Vermeidung einer besonderen Härte erforderlich ist (§ 32 Abs. 4 AufenthG). Der Kindernachzug zu Eltern, denen subsidiärer Schutz zuerkannt wurde, richtet sich seit dem 1. August 2018 nach § 36a AufenthG; hierbei bleibt die Möglichkeit einer Aufnahme nach den §§ 22 und 23 AufenthG jedoch unberührt.

### **Elternnachzug und Familiennachzug von sonstigen Familienangehörigen**

Eltern eines minderjährigen Asylberechtigten oder anerkannten GFK-Flüchtlings oder Resettlement-Flüchtlings ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn sich kein sorgeberechtigter Elternteil im Bundesgebiet aufhält (§ 36 Abs. 1 AufenthG). Den Eltern eines subsidiär Schutzberechtigten kann gemäß § 36a Abs. 1 S. 2 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Der Nachzug Familienangehöriger, die nicht zur sogenannten Kernfamilie zählen, kann in Ausnahmefällen gewährt werden, wenn es zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte, die familienbezogen sein muss, erforderlich ist (§ 36 Abs. 2 AufenthG).

### **Familiennachzug zu deutschen Staatsangehörigen**

Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe- bzw. Lebenspartnern, minderjährigen ledigen Kindern sowie dem Elternteil eines minderjährigen Kindes zur Ausübung der Personensorge wird nach § 28 Abs. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn das Familienmitglied, zu dem ein Nachzug erfolgen soll, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Dem minderjährigen ledigen Kind sowie dem Elternteil eines minderjährigen ledigen Kindes ist abweichend von der Regelerteilungsvoraussetzung des gesicherten Lebensunterhalts nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen (§ 28 Abs. 1 S. 2 AufenthG). Dem Ehe- bzw. Lebenspartner oder der Ehe- bzw. Lebenspartnerin von deutschen Staatsangehörigen soll die Aufenthaltserlaubnis in der Regel abweichend von § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt werden. Auch hier gilt, dass die Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. der Ehe- bzw. Lebenspartner sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können muss (§ 28 Abs. 1 S. 5 i. V. m. § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG).

### **Datengrundlage**

Eine Grundlage für die Erfassung des Familiennachzugs ist die Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Sie weist diejenigen Fälle aus, in denen in einer deutschen Vertretung im Ausland ein Visum auf Nachzug eines Familienangehörigen erteilt worden ist. Dabei kann nicht automatisch auf die Staatsangehörigkeit der Antragstellerinnen und Antragsteller geschlossen werden. Die Visastatistik weist diese nicht aus, sondern bezieht sich auf den jeweiligen Ort der Antragstellung.<sup>187</sup> Ob das erteilte Visum im Anschluss auch tat-

---

<sup>187</sup> Beispielsweise im Falle der Türkei sind dies die Botschaft in Ankara und die Generalkonsulate in Istanbul und Izmir. Es ist anzunehmen, dass türkische Staatsangehörige in der Regel bei den deutschen Vertretungen in der Türkei vorstellig werden, um ein Visum für die Familieneinsammenführung zu erhalten. Allerdings ist verstärkt zu beobachten, dass auch Staatsangehörige aus anderen Staaten (z. B. Syrien) in den deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei Visa zum Zweck des Familiennachzugs beantragen. So werden Visumanträge zum Familiennachzug von Antragstellenden mit gewöhnlichem Aufenthalt in Syrien gegenwärtig vorrangig von den Auslandsvertretungen in Beirut, Ankara, Istanbul, Izmir, Amman, Kairo und Erbil entgegengenommen. Vgl. Deutscher Bundestag 2016: 4.

sächlich zur Einreise nach Deutschland genutzt wurde und ob in Deutschland tatsächlich ein Aufenthaltstitel aus familiären Gründen beantragt und gewährt wurde, lässt sich anhand dieser Zahlen nicht darstellen.

Seit dem Jahr 2005 kann neben der Visastatistik des Auswärtigen Amtes auch das Ausländerzentralregister (AZR) als Datenquelle für den Familiennachzug genutzt werden. Das AZR liefert insofern ein umfassenderes Bild, da es die Fälle erfasst, in denen Drittstaatsangehörige nach Einreise in Deutschland im selben Jahr – nach Antragstellung – einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen erhalten haben. Außerdem weist das AZR als Datenquelle die Staatsangehörigkeit dieser Person aus. Darüber hinaus können ausländische Personen, die ursprünglich zu einem anderen Zweck (z. B. zur Erwerbstätigkeit, Ausbildung) nach Deutschland eingereist sind, durch einen Statuswechsel zu einem späteren Zeitpunkt eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erhalten, etwa aufgrund einer Eheschließung im Inland. Diese Fälle gehen nicht in die im Folgenden dargestellten Daten aus der Visastatistik des Auswärtigen Amtes bzw. aus dem AZR ein.

Der Familiennachzug unterteilt sich in den Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern, den Nachzug von minderjährigen Kindern sowie den von sonstigen Familienangehörigen zu ausländischen oder deutschen Personen. Seit dem Berichtsjahr 2018 wird der Nachzug zu minderjährigen Kindern in der Visastatistik getrennt ausgewiesen, zuvor wurde diese Gruppe unter der Kategorie „sonstige Familienangehörige“ erfasst.

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung des Familiennachzugs seit 2010 anhand der Visastatistik des Auswärtigen Amtes nachgezeichnet. Im Anschluss daran wird der Familiennachzug auf der Basis des AZR dargestellt.

### 3.5.1 Familiennachzug nach der Visastatistik

Im Regelfall ist es für den Familiennachzug erforderlich, dass von der deutschen Auslandsvertretung nach Zustimmung der örtlichen Ausländerbehörde vor der Einreise ein Visum zum Zwecke der Familienzusammenführung erteilt wird. Staatsangehörige von Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Neuseeland und den USA benötigen kein entsprechendes Visum<sup>188</sup>, ebenso wie Staatsangehörige von Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino unter den weiteren genannten Voraussetzungen des § 41 Abs. 2 AufenthV. EU-Staatsangehörige sowie Staatsangehörige der anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz sind freizügigkeitsberechtigt und können daher unabhängig davon, zu wem sie nachziehen, visumfrei einreisen. Die Erteilung von Visa an sonstige Familienangehörige wird in der Visastatistik des Auswärtigen Amtes erst seit dem Jahr 2012 separat ausgewiesen.

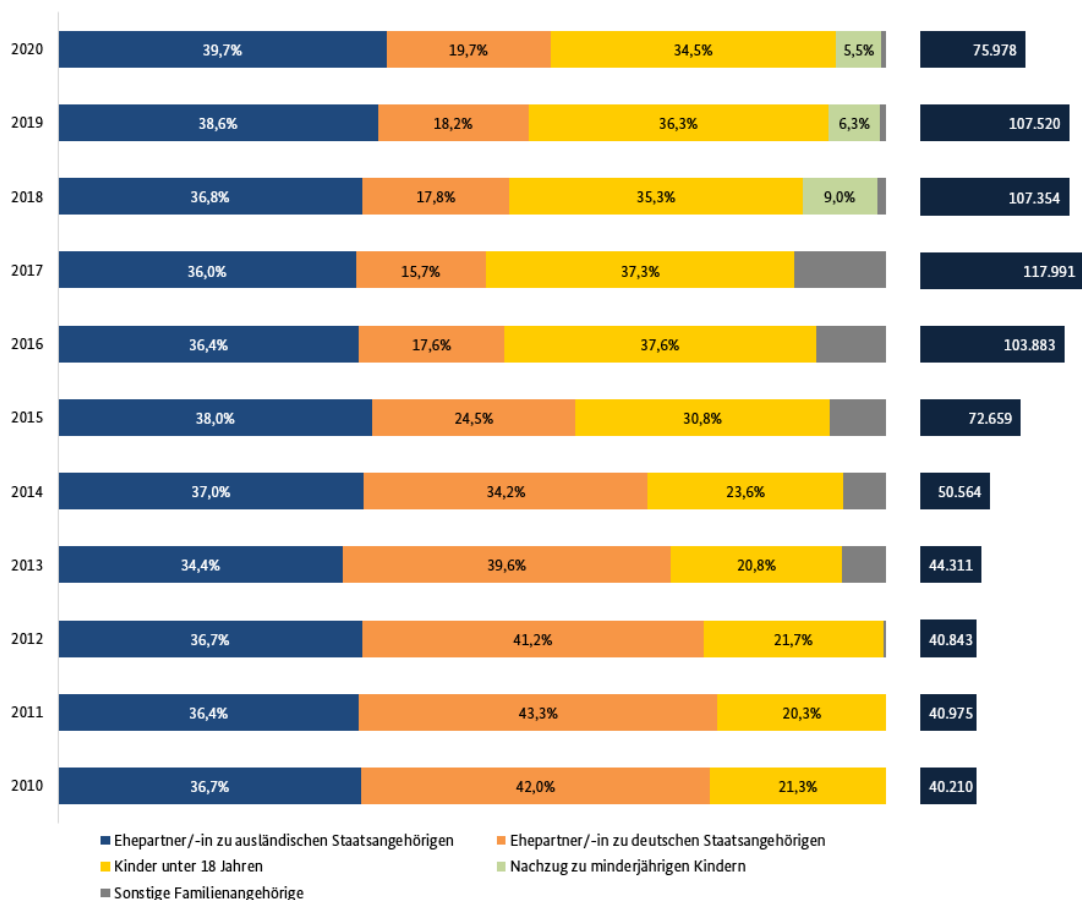
Der Familiennachzug zu Drittstaatsangehörigen war zwischen dem 17. März und dem 1. Juli 2020 aufgrund der Einschränkungen der Einreisen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie nur möglich, wenn ein zwingender familiärer Grund vorlag. Am 2. Juli 2020 wurden für drittstaatsangehörige

---

<sup>188</sup> Staatsangehörige dieser Länder können einen erforderlichen Aufenthaltstitel auch nach der Einreise einholen (§ 41 Abs. 1 AufenthV).

Familienangehörige, die zum Familiennachzug einreisen, Ausnahmen von den EU-Einreisebeschränkungen eingeführt. Trotz Gültigkeit eines erteilten Visums konnte die Einreise jedoch nicht garantiert werden, etwa wenn das bisherige Aufenthaltsland als Risikogebiet eingestuft wurde oder erneute Einreisebeschränkungen aus anderen Gründen galten. Da eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer von Visa nicht möglich ist, konnten Familienzusammenführungen unter Umständen nicht stattfinden und die dafür bereits ausgestellten Visa verfielen. Vor diesem Hintergrund wurde für erteilte „D-Visa“ (nationale Visa für längerfristige Aufenthalte), die aufgrund der Einreisebeschränkungen nicht in Anspruch genommen werden konnten und deren Gültigkeitsdauer abgelaufen war, bis zum 31. Dezember 2020 ein vereinfachtes Verfahren zur Neubeartragung (sogenannte „Neuvisierung“) geschaffen<sup>189</sup>.

Abbildung 3-34: Erteilte Visa für den Familiennachzug seit 2010



Der Nachzug zu minderjährigen Kindern wurde im Berichtsjahr 2018 erstmals getrennt ausgewiesen, zuvor war diese Gruppe unter der Kategorie „sonstige Familienangehörige“ erfasst.

Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

Quelle: BMI mit Rückgriff auf Daten aus dem Auswärtigen Amt

In den Jahren 2010 bis 2012 blieb die Zahl der Visumerteilungen zum Zweck des Familiennachzugs relativ konstant. Seit 2013/2014 stiegen die Zahlen jedoch deutlich an. Nachdem die Zahl der Erteilungen zwischen 2015 und 2016 um 43,0 % gestiegen ist, wurde im Jahr 2017 erneut ein Zuwachs um 13,6 % verzeichnet. Die erhebliche Zunahme im Jahr 2015 hängt wesentlich mit den Staatsangehörigen Syriens zusammen, die in die Anrainerstaaten (v. a. Türkei, Libanon, Jordanien) flüchteten. In den Jahren 2017 bis

<sup>189</sup> Vgl. BMI 2020f und Deutscher Bundestag 2020d.

2019 lag die Zahl der Erteilungen jeweils bei über 100.000 Visa. Im Jahr 2020 ging die Zahl um 29,3 % auf 75.978 zurück (2019: 107.520) (vgl. Abbildung 3-34 und Tabelle 3-39 im Anhang).

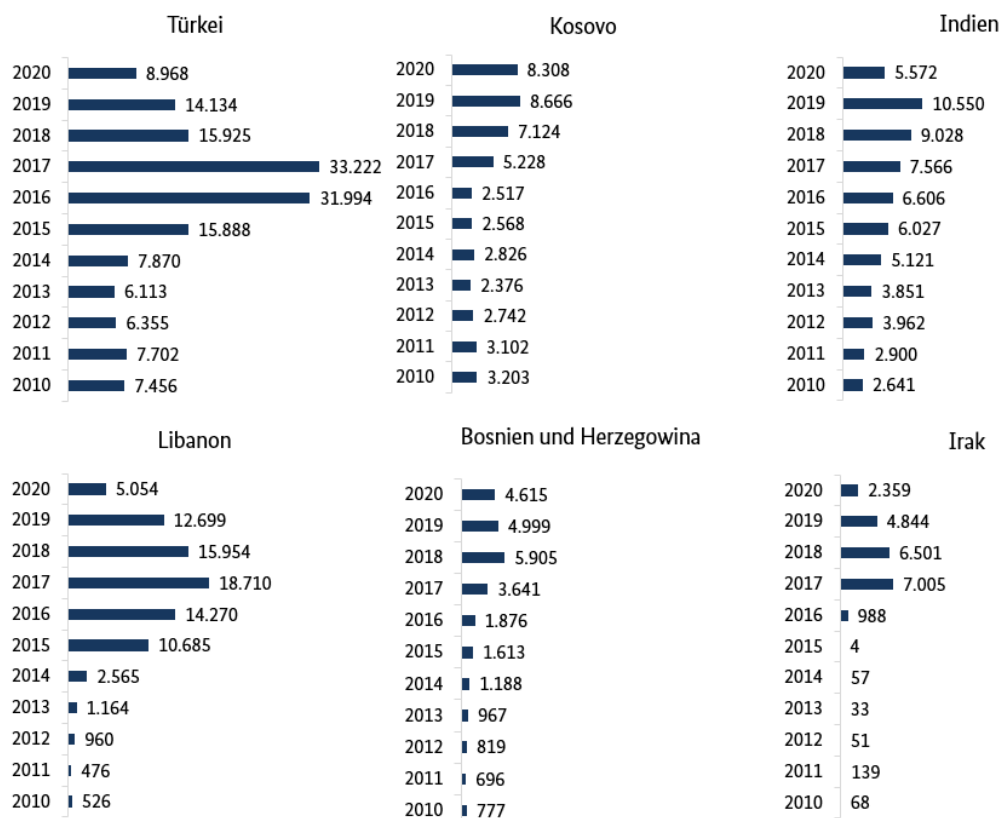
Bei der Betrachtung der Zahl der erteilten Visa zum Zuzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe- bzw. Lebenspartnern zeigt sich, dass die Visa für den Zuzug von ausländischen zu deutschen Staatsangehörigen zwischen 2010 und 2013 zahlreicher waren als die für den Nachzug zu ausländischen Staatsangehörigen. Seitdem nahm der Anteil der Visa zum Zweck des Nachzugs zu deutschen Staatsangehörigen ab, während der Anteil der Visa zum Zweck des Nachzugs zu ausländischen Staatsangehörigen konstant blieb. Visa für den Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu ausländischen Staatsangehörigen bildeten 2020 die zahlenmäßig stärkste Gruppe mit einem Anteil von 39,7 % an allen erteilten Visa zum Familiennachzug. Der Anteil der Visa für Eheleute bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, die zu einer deutschen Person nachzogen, lag bei 19,7 %, im Vorjahr betrug dieser Anteil 18,2 % (vgl. Abbildung 3-34). Insgesamt wurden 30.185 Visa für den Nachzug zu in Deutschland lebenden ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe- bzw. Lebenspartnern sowie 14.984 Visa für den Nachzug zu deutschen Ehe- oder Lebenspartnerinnen bzw. Ehe- oder Lebenspartnern erteilt (2019: 41.544 Visa für den Familiennachzug zu ausländischen Personen und 19.524 für den Nachzug zu deutschen Staatsangehörigen).

Nachdem sich der Anteil der Visa zum Zweck des Kindernachzugs am Gesamtfamiliennachzug im Zeitraum von 2010 bis 2014 relativ konstant zwischen 20 % und 25 % bewegte, nahm dieser ab dem Jahr 2015 deutlich zu. Diese Entwicklung stand im Zusammenhang mit der gestiegenen Folgemigration zu anerkannten Schutzberechtigten. 2020 wurden 26.225 Visa an nachziehende Kinder erteilt (-32,7 % im Vergleich zu 2019). Das entsprach einem Anteil von 34,5 % an allen nachgereisten Familienangehörigen (vgl. Abbildung 3-34 und Tabelle 3-38 im Anhang). Seit 2018 wird der Nachzug zu minderjährigen Kindern getrennt ausgewiesen. 2020 wurden 4.180 Visa aus diesem Grund ausgestellt. Dies entspricht einem Anteil an allen ausgestellten Visa von 5,5 %. Auf sonstige Familienangehörige entfielen 0,5 % aller Visa.

Im Jahr 2020 wurden in der Türkei die meisten Visa zum Zweck des Familiennachzugs ausgestellt (11,8 % bzw. 8.968, 2019: 14.134) (vgl. Abbildung 3-35). Die größte Gruppe mit einem Anteil von 38,0 % bildete der Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu ausländischen Personen. Im Jahr 2020 wurden dazu in den deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei 3.405 Visa ausgestellt. 26,2 % bzw. 2.346 Visa wurden zum Zweck des Nachzugs von Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern zu deutschen Staatsangehörigen vergeben, 2.043 Visa bzw. 22,8 % für den Kindernachzug und 1.100 Visa bzw. 12,3 % zum Zweck des Nachzugs von Eltern zu ihren minderjährigen Kindern (vgl. Abbildung 3-36 und Tabelle 3-40 im Anhang).

Im Kosovo gingen die Zahl der erteilten Visa im Vergleich zu den anderen Auslandsvertretungen nur leicht zurück, sodass dieses Land mit 8.308 Visa zum Zweck des Familiennachzugs auf dem zweiten Platz rangiert (2019: 8.666). Damit kommt der Kosovo mit einem Anteil von 10,9 % am gesamten Familiennachzug auf ein ähnliches Niveau wie die Türkei. Im Einzelnen wurden 3.723 Visa (44,8 %) für den Nachzug von Kindern erteilt und 3.765 (45,3 %) Visa zum Zweck des Nachzugs von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu ausländischen Staatsangehörigen. Der Nachzug zu deutschen Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern war mit 770 Visa relativ gering (9,3 %).

Abbildung 3-35: Erteilte Visa für den Familiennachzug nach Deutschland nach ausgewählten Standorten der Auslandsvertretungen seit 2010



Quelle: BMI mit Rückgriff auf Daten aus dem Auswärtigen Amt

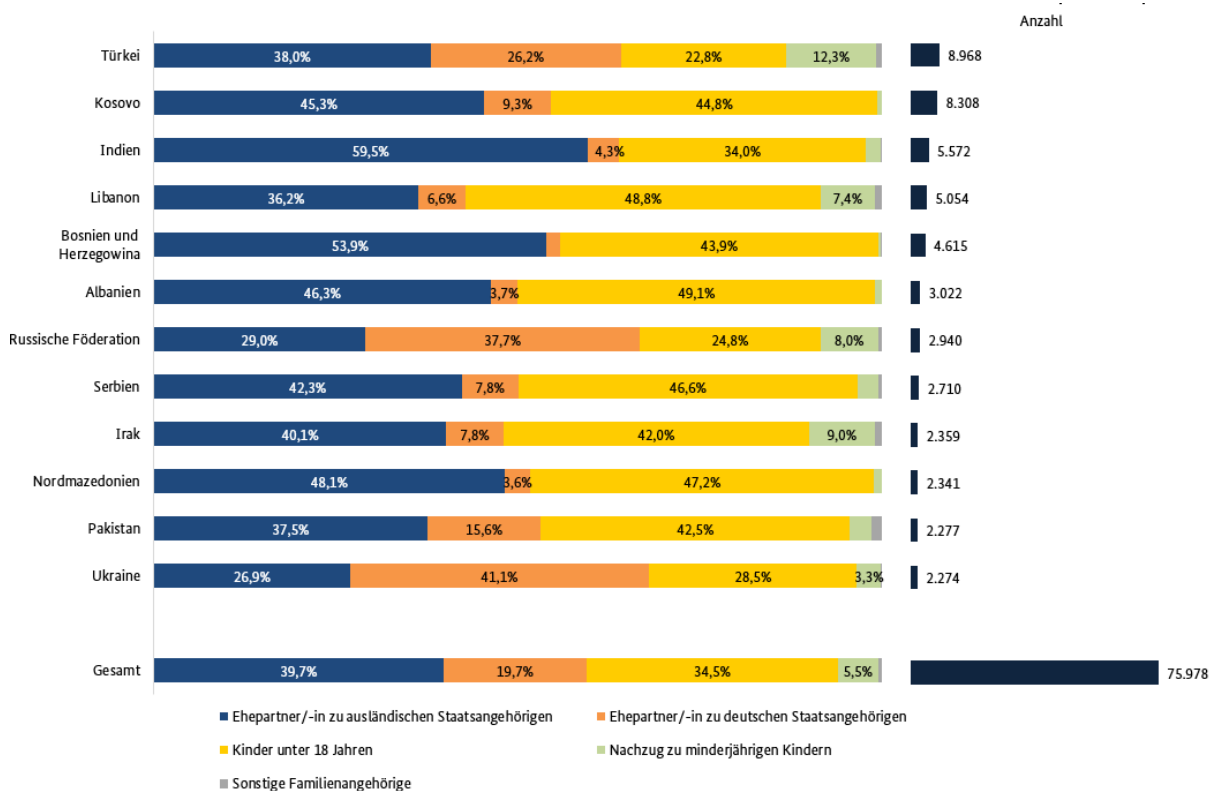
Auf Rang 3 liegt Indien mit 7,3 % der erteilten Visa (5.572) für den Familiennachzug (2019: 10.550). Im Libanon wurden 5.054 Visa zum Zweck des Familiennachzuges erteilt, in Bosnien und Herzegowina 4.615, in Albanien 3.022, in der Russischen Föderation 2.940 und in Serbien 2.710 (vgl. Tabelle 3-39 im Anhang).

Die Einschränkungen der Visavergabe durch die COVID-19-Pandemie schlagen sich in den Erteilungszahlen der einzelnen Länder unterschiedlich stark nieder. Unter den 10 Ländern mit den meisten Erteilungen gingen die Zahlen besonders stark im Libanon (-60,0 %), im Irak (-51,3 %), in Indien (-47,2 %), in der Türkei (-36,6 %) und in der Russischen Föderation (-29,6 %) zurück. Im Gegensatz dazu sank die Anzahl der erteilten Visa in den Westbalkanstaaten Kosovo (-4,1 %) und Bosnien und Herzegowina (-7,7 %) nur leicht bzw. stieg in Albanien (+17,7 %), Serbien (+14,8 %) und Nordmazedonien (+0,2 %) sogar an (vgl. Tabelle 3-39 im Anhang).

Bei indischen Staatsangehörigen überwiegt der Nachzug zu ausländischen Staatsangehörigen, im Jahr 2020 betrug dieser Anteil 59,5 %. Auch beim Nachzug aus den Ländern des Westbalkans Bosnien und Herzegowina (53,9 %), Nordmazedonien (48,1 %), Albanien (46,3 %), Kosovo (45,3 %) und Serbien (42,3 %) ist dieser Anteil überproportional hoch. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil des Kindernachzugs am Familiennachzug ist insbesondere im Falle Albaniens (49,1 %), Libanons (48,8 %), Nordmazedoniens (47,2 %), Serbiens (46,6 %) und beim Kosovo (44,8 %) festzustellen (vgl. Abbildung 3-36 und Tabelle 3-40 im Anhang). Hingegen dominierte beim Familiennachzug im Jahr 2020 aus der Ukraine der Nachzug von Ehe-

bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu deutschen Staatsangehörigen (41,1 %). Auch aus der Russischen Föderation (37,7 %) ist ein überproportional hoher Nachzug zu deutschen Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern festzustellen (vgl. Abbildung 3-36 und Tabelle 3-40 im Anhang).

Abbildung 3-36: Erteilte Visa für den Familiennachzug nach ausgewählten Standorten der Auslandsvertretungen im Jahr 2020



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

Quelle: BMI mit Rückgriff auf Daten aus dem Auswärtigen Amt

### 3.5.2 Familiennachzug nach dem AZR

Der Familiennachzug lässt sich anhand des AZR durch die dort vorgenommene Speicherung der Aufenthaltstitel differenzierter darstellen als durch die Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Das AZR erfasst die Fälle, in denen ausländische Personen eingereist sind und im Anschluss daran auf Antrag einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen in Deutschland erhalten haben. Im Gegensatz zur Visastatistik wird der Familiennachzug im AZR nach der Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen gespeichert und nicht nach dem Ausstellungsort des Visums. Im AZR sind auch solche Fälle erfasst, in denen zunächst aus einem anderen Grund eine Einreise erfolgt ist oder eine Berechtigung zur visumfreien Einreise bestand und erst nach Einreise ein Aufenthaltstitel beantragt wurde (dies trifft beispielsweise auf Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten, Kanada und Japan zu). Darüber hinaus kann der tatsächlich erfolgte Familiennachzug nach Staatsangehörigkeit und Alter differenziert werden.

Insgesamt wurden 58.022 Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen an Personen erteilt, die im Jahr 2020 eingereist sind (2019: 96.633) (vgl. Abbildung 3-37). Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen um 40,0 % (vgl. Tabelle 3-41 im Anhang). In 6.412 Fällen handelt es sich dabei um Angehörige von Schutzberechtigten<sup>190</sup>, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland gekommen sind. Ihr Anteil am gesamten Familiennachzug beträgt somit 11,1 %. Darunter befinden sich 3.449 Kinder, die zu einem Elternteil nachgezogen sind (53,8 %). Die Anzahl nachziehender Familienangehöriger von subsidiär Schutzberechtigten nach § 36a Abs. 1 AufenthG war mit 2.189 Zuzügen deutlich niedriger als die Anzahl der dafür erteilten Visa mit 5.271. Darunter waren 1.274 Kinder, die zu ihren subsidiär schutzberechtigten Eltern zugewandert sind (58,2 %).

Die Anzahl an Aufenthaltserlaubnissen aus familiären Gründen stimmt nicht mit der Zahl der erteilten Visa in der Statistik des Auswärtigen Amtes (75.978) überein. Dies liegt einerseits daran, dass Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen auch an Personen erteilt werden können, die zunächst aus einem anderen Grund eingereist sind. Zudem wird im AZR auch der Nachzug von Staatsangehörigen erfasst, die visumfrei in das Bundesgebiet einreisen können. Andererseits reisen nicht notwendigerweise alle Personen nach Deutschland ein, die in den Auslandsvertretungen ein Visum erhalten haben.

2020 wurden 25.330 Aufenthaltserlaubnisse an nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen erteilt und damit 43,7 % aller Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen (vgl. Tabelle 3-42 im Anhang). Davon zogen 8.664 Frauen zu einem bzw. einer deutschen und 16.666 zu einem bzw. einer ausländischen Staatsangehörigen. 14,5 % der Aufenthaltserlaubnisse wurde an nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartner erteilt (8.411). Der Großteil davon betraf den Nachzug zu deutschen Partnerinnen (5.001 Aufenthaltserlaubnisse). Insgesamt sind 20.076 Eheleute bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner zu Drittstaatsangehörigen nachgezogen, darunter 4.012 Personen zu Personen, denen eine Blaue Karte EU erteilt wurde (2019: 6.996).

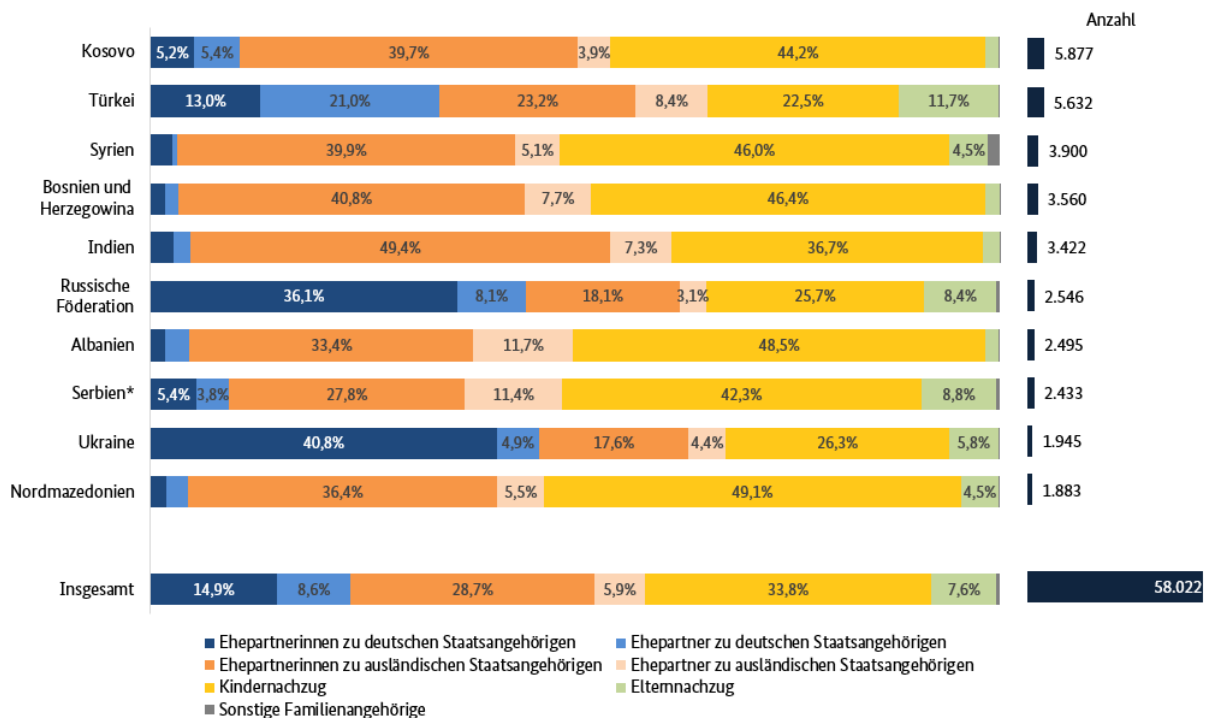
Im Vergleich zum Vorjahr ging sowohl der Anteil als auch die Anzahl nachziehender Kinder (33,8 % bzw. 19.598, 2019: 36,9 % bzw. 35.610) zurück. 18.939 der Kinder unter 18 Jahren, die im Rahmen des Familiennachzugs im Jahr 2020 nach Deutschland kamen, zogen zu einem ausländischen Elternteil (Anteil: 96,6 %). 2.943 Kinder zogen zu Elternteilen nach, die sich mit einer Blauen Karte EU in Deutschland aufhielten.

Auf nachziehende Elternteile minderjähriger deutscher und ausländischer Kinder (§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG, § 28 Abs. 1 S. 4 AufenthG, § 36 Abs. 1 AufenthG und §36a AufenthG) entfielen 4.431 Aufenthaltserlaubnisse (7,6 %). Der Großteil hiervon betraf einen ausländischen Elternteil eines deutschen minderjährigen ledigen Kindes (4.201 Aufenthaltserlaubnisse). An sonstige Familienangehörige wurden 252 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (0,4 %).

---

<sup>190</sup> Angehörige von Asylberechtigten, anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten.

Abbildung 3-37: Familiennachzug (erteilte Aufenthaltserlaubnisse) nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2020



\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

Quelle: Ausländerzentralregister

Von 2015 bis 2019 hatten die meisten Personen, denen eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erteilt wurde, die syrische Staatsangehörigkeit, nachdem seit Beginn der Erfassung im Jahr 2005 durchgängig bis 2014 nachziehende türkische Staatsangehörige die größte Gruppe bildeten. Im Jahr 2020 ist die größte Gruppe nun die der kosovarischen Staatsangehörigen (5.887). Die Migration aus familiären Gründen ging allerdings auch dort um 24,7 % im Vergleich zum Vorjahr zurück. Der Anteil kosovarischer Staatsangehöriger am gesamten Familiennachzug liegt somit bei 10,1 %.

Die zweitgrößte Gruppe sind türkische Staatsangehörige. An diese wurden im Jahr 2020 5.632 Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen erteilt, 35,3 % weniger als im Vorjahr (2019: 8.708 Aufenthaltserlaubnisse). Dies entspricht einem Anteil von 9,7 %.

Bereits seit 2018 geht der Familiennachzug von syrischen Staatsangehörigen erheblich zurück. Dieser Trend setzt sich im Jahr 2020 mit einem Rückgang um 69,5 % (2020: 3.900, 2019: 12.790) weiter fort. Nach einem Anteil von 13,2 % im Jahr 2019 sank somit der Anteil syrischer Staatsangehöriger am gesamten Familiennachzug im Jahr 2020 auf 6,7 %. Der Rückgang ist unter anderem eine Folge der gesunkenen Fluchtmigration syrischer Staatsangehöriger, aber auch der erheblichen Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie und der erfolgten Einfügung von § 36a AufenthG. Nachziehende Kinder machen dabei einen Anteil von 46,0 % aus (vgl. Abbildung 3-37 und Tabelle 3-41 sowie Tabelle 3-42 im Anhang).

Der Familiennachzug aus den Westbalkanstaaten ging mit einem Minus von unter 25 % zwischen 2019 und 2020 erheblich weniger zurück als der Durchschnitt, der Familiennachzug von serbischen Staatsangehörigen stieg gegenüber dem Vorjahr sogar um 3,3 %. Der Familiennachzug fiel mit über 50 % besonders stark für Staatsangehörige aus Syrien, Japan Indien, China, Marokko und Irak (vgl. Tabelle 3-41 im Anhang).

Betrachtet man die Struktur des Familiennachzugs anhand der ausgewählten Staatsangehörigkeiten, so zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen diesen. Teilweise war dies in ähnlicher Form schon anhand der Visastatistik des Auswärtigen Amtes deutlich geworden (vgl. Kapitel 3.5.1). Bei Staatsangehörigen aus der Russischen Föderation und der Ukraine dominiert der Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern zu Deutschen. Überproportional hoch ist der Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu Deutschen auch bei Staatsangehörigen aus der Türkei. Bei Staatsangehörigen aus Indien überwiegt der Nachzug von Ehefrauen bzw. Lebenspartnerinnen zu ausländischen Staatsangehörigen. Zudem ist der Familiennachzug aus dem Westbalkan und Syrien durch einen hohen Anteil nachziehender Kinder gekennzeichnet (vgl. Abbildung 3-37).

### **Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen zu EU-Staatsangehörigen**

Der Familiennachzug zu EU- bzw. EWR-Staatsangehörigen richtet sich nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU (§ 2 Abs. 1 i. V. m. § 3 FreizügG/EU). Im November 2020 ist ein Aufenthaltsrecht für „nahestehende Person“ (definiert in § 1 Abs. 2 FreizügG/EU.) von EU- und EWR Staatsangehörigen eingeführt worden (§ 3a FreizügG/EU). Nahestehende Personen gelten nicht als Familienangehörige, stehen aber in einem engen familiären oder partnerschaftlichen Verhältnis.

Im Jahr 2020 sind 10.074 drittstaatsangehörige Familienangehörige von EU- bzw. EWR Staatsangehörigen eingereist, denen eine Aufenthaltskarte nach § 5 Abs. 1 S. 1 FreizügG/EU ausgestellt wurde (2019: 14.625 Angehörige). Damit sank der Zuzug von Familienangehörigen aus Drittstaaten gegenüber 2019 um 31,1 %. Unter den 10.074 Familienangehörigen befanden sich 2.000 Staatsangehörige aus der Republik Moldau, 1.241 aus Nordmazedonien, 1.093 aus Serbien (inkl. ehemaliges Serbien und Montenegro), 741 aus Brasilien, 685 aus Bosnien und Herzegowina und 618 aus der Ukraine. Zum Ende des Jahres 2020 hatten insgesamt 92.003 drittstaatsangehörige Familienangehörige von EU- bzw. EWR-Staatsangehörigen eine Aufenthaltskarte inne (2019: 85.855).

### **Sprachprüfungen im Herkunftsland**

Aufgrund der Anforderung des Sprachnachweises beim Nachzug zur ausländischen oder deutschen Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. zum ausländischen oder deutschen Ehe- bzw. Lebenspartner (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 und § 28 Abs. 1 S. 5 AufenthG) müssen nachziehende Personen grundsätzlich einfache Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen. Ausnahmeregelungen dazu sind in der Infobox im Rahmen der Einleitung zu Kapitel 3.5 dargestellt. Die einfachen Kenntnisse der deutschen Sprache werden in der Regel durch die erfolgreiche Teilnahme an einem anerkannten Sprachkurs im Herkunftsland nachgewiesen.

Die COVID-19-Pandemie hatte große Auswirkungen auf den Prüfungsbetrieb des Goethe-Instituts weltweit; dieser wurde durch die lokale Gesetzgebung teilweise stark eingeschränkt. Sofern es im Rahmen der

lokalen Gesetzgebung erlaubt war, wurden die Prüfungen weiterhin durchgeführt. An den meisten Orten wurden häufigere Termine in kleineren Gruppen angeboten, um die Distanzregelungen wahren zu können. Wenn nicht alle Prüfungstermine angeboten werden konnten, wurden die „Start Deutsch 1“ (SD1) Prüfungen oder andere visarelevante Prüfungsniveaus bevorzugt angeboten. Im Jahr 2020 haben weltweit insgesamt 33.973 Drittstaatsangehörige an der Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts teilgenommen.<sup>191</sup> Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Rückgang um 30,3 % (2019: 48.755). Die Bestehensquote<sup>192</sup> bei Personen, die zuvor einen Sprachkurs des Goethe-Instituts besucht haben (interne Prüfungsteilnehmende), betrug 72,4 %; bei externen Prüfungsteilnehmenden lag die Bestehensquote bei 66,7 %. Insgesamt macht die Bestehensquote bei den Sprachprüfungen „Start Deutsch 1“ im Jahr 2020 damit 67,4 % aus und war 2 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Betrachtet man die Hauptherkunftsländer des Nachzugs von Ehe- oder Lebenspartnerinnen bzw. Ehe- oder Lebenspartnern, so waren relativ hohe Bestehensquoten in der Ukraine (87,3 %), in China (84,1 %) und in Bosnien und Herzegowina (81,9 %) zu verzeichnen. Die niedrigste Bestehensquote unter den Hauptherkunftsländern haben Irak (61,5 %), Albanien (57,7 %) und Nigeria (57,0 %). Die Bestehensquote in der Türkei betrug 61,8 %<sup>193</sup> (vgl. Tabelle 3-17).

---

<sup>191</sup> Daten basieren auf Mitteilung des Goethe-Instituts vom 15. September 2021. Die Standorte des Instituts, die die SD1-Prüfung anbieten, können abgerufen werden unter <https://www.goethe.de/spr/kup/prf/prf/sd1.html> (18. Oktober 2021).

<sup>192</sup> Die Bestehensquote bezieht sich auf alle abgelegten Sprachprüfungen (Erst- und Wiederholungsprüfungen).

<sup>193</sup> Eine Befragung von Teilnehmenden von Vorbereitungssprachkursen an den Goethe-Instituten in der Türkei hat ergeben, dass die Mehrheit der Befragten die Angebote zur vorintegrativen Sprachförderung als notwendig erachtet und positiv bewertet. So stimmten 87 % der Aussage zu, dass alle Menschen bereits vor der Einreise in das Land, in dem sie künftig leben werden, im Herkunftsland Sprachkenntnisse erwerben sollten. Vgl. Döhla 2015: 329ff.

Tabelle 3-17: Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts in ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2020

Herkunftsland	Gesamtzahlen (intern & extern)		Interne Prüfungsteilneh- mende <sup>1</sup>	Externe Prüfungsteilnehmende	
	Prüfungen (absolut)	Bestehens- quote	Bestehensquote	Bestehensquote	Anteil externer Prüfungsanmeldun- gen an Gesamtzahl Prüfungen
Nordmazedonien <sup>2</sup>	6.216	63,0%	82,8%	62,9%	99,5%
Türkei	5.967	61,8%	78,5%	60,2%	91,3%
Thailand	2.076	75,8%	87,2%	73,2%	81,6%
Albanien	1.840	57,7%	65,1%	57,0%	92,1%
Serbien	1.373	69,0%	87,5%	67,9%	94,8%
Russische Föderation	1.273	79,4%	89,0%	78,8%	94,3%
Irak	1.031	61,5%	64,8%	60,6%	79,0%
Tunesien	722	66,2%	75,0%	66,0%	97,8%
Marokko	684	76,5%	71,1%	76,8%	94,4%
Pakistan	661	69,0%	67,1%	69,3%	87,6%
Ukraine	608	87,3%	86,5%	87,4%	93,9%
Vietnam	577	62,6%	67,2%	61,2%	76,8%
Libanon	563	74,4%	84,1%	73,6%	92,2%
Indien	403	78,7%	68,9%	79,9%	88,8%
Nigeria	400	57,0%	81,3%	56,0%	96,0%
Ägypten	369	72,6%	62,5%	73,1%	95,7%
Algerien	369	65,9%	0,0%	65,9%	100,0%
Philippinen	345	67,2%	76,0%	62,5%	64,9%
Bosnien und Herzegowina	182	81,9%	62,5%	82,8%	95,6%
China	164	84,1%	83,3%	84,5%	67,1%
<b>Insgesamt</b>	<b>33.973</b>	<b>67,4%</b>	<b>72,4%</b>	<b>66,7%</b>	<b>88,7%</b>

1) Teilnehmende an Sprachkursen des Goethe-Instituts.

2) Inkl. Kosovo.

Quelle: Goethe-Institut 2021

### 3.6 Migration aus weiteren aufenthaltsrechtlichen Gründen

Neben den in den vorangehenden Kapiteln dargestellten Zuwanderungsgruppen gibt es noch weitere legale Möglichkeiten der Migration und des Aufenthalts von Drittstaatsangehörigen. Es handelt sich um von bestimmten Voraussetzungen abhängige besondere Aufenthaltsrechte, beispielsweise das Recht auf Wiederkehr von Ausländerinnen und Ausländern (§ 37 AufenthG) und ehemaligen Deutschen (§ 38 AufenthG) sowie die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in begründeten Fällen für einen vom Aufenthaltsgesetz nicht ausdrücklich vorgesehenen Aufenthaltswitz (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG). Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU langfristig aufenthaltsberechtigt sind, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie sich länger als 90 Tage im Bundesgebiet aufhalten wollen (§ 38a Abs. 1 AufenthG).<sup>194</sup>

<sup>194</sup> Vgl. Müller 2013.

## Recht auf Wiederkehr

Ausländischen Staatsangehörige, die als Minderjährige rechtmäßig ihren gewöhnlichen Wohnort in Deutschland hatten, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie sich vor ihrer Ausreise 8 Jahre rechtmäßig in Deutschland aufgehalten und 6 Jahre die Schule besucht haben. Zudem muss die Sicherung des Lebensunterhalts gewährleistet sein. Der Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis muss nach Vollendung des 15. und vor Vollendung des 21. Lebensjahres und vor Ablauf von 5 Jahren seit der Ausreise aus Deutschland gestellt werden. Nach § 37 Abs. 2 AufenthG kann u. a. zur Vermeidung besonderer Härten von der Voraussetzung der Dauer des rechtmäßigen Aufenthaltes und des Schulbesuchs sowie dem Zeitfenster zur Antragstellung abgewichen werden.

Nach § 37 Abs. 2a S. 1 AufenthG kann Opfern von Zwangsverheiratungen, die von der Rückkehr nach Deutschland abgehalten wurden, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie als Minderjährige in Deutschland aufhältig waren, den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis innerhalb von 3 Monaten nach Wegfall der Zwangslage und vor Ablauf von 5 Jahren seit ihrer Ausreise stellen. Auch muss gewährleistet erscheinen, dass sie sich aufgrund der bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die deutschen Lebensverhältnisse einfügen können. Ein noch weitergehendes Wiederkehrrecht wird durch § 37 Abs. 2a S. 2 AufenthG denjenigen Opfern von Zwangsverheiratungen gewährt, die sich vor ihrer Ausreise bereits mindestens 8 Jahre rechtmäßig in Deutschland aufhielten und 6 Jahre die Schule besuchten. Opfer von Zwangsverheiratungen, die unter diese Personengruppe fallen, können den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis noch bis zu 10 Jahre nach Ausreise stellen.<sup>195</sup>

Personen, die von einem Träger im Bundesgebiet Rente beziehen und in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt sind, wird in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn sie sich vor ihrer Ausreise 8 Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten haben (§ 37 Abs. 5 AufenthG).

## Ehemalige Deutsche

Nach § 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG ist einem ehemaligen deutschen Staatsangehörigen eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn er sich bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens 5 Jahren in Deutschland aufhielt. Ehemalige deutsche Staatsangehörige erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens einem Jahr ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatten (§ 38 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG). Weitere Erteilungsvoraussetzungen und Ausnahmen regeln die § 38 Abs. 2 bis Abs. 5 AufenthG.

## Nicht vorgesehene Aufenthaltszwecke

Zudem kann einem ausländischen Staatsangehörigen in begründeten Fällen eine Aufenthaltserlaubnis für einen nicht im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Aufenthaltszweck erteilt werden (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG).

---

<sup>195</sup> In den Jahren 2011 bis 2020 sind keine Personen auf der Grundlage dieser Wiederkehrrechte eingereist.

Im Jahr 2020 sind 1.589 Personen aus weiteren begründeten Fällen nach Deutschland eingereist (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG), 2019 waren es 2.890. Damit ist die Zahl der auf der Grundlage von § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG erteilten Aufenthaltserlaubnisse im Vergleich zum Vorjahr um 45,0 % gesunken (vgl. Tabelle 3-18).

Tabelle 3-18: Aus weiteren Gründen in den Jahren 2019 und 2020 zugewanderte Personen nach Aufenthaltstiteln

Aufenthaltserlaubnis		2019	2020
	Für sonstige begründete Fälle (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG)	2.890	1.589
	Für die Wiederkehr junger ausländischer Staatsangehöriger (§ 37 Abs. 1 AufenthG)	9	6
	Für die Wiederkehr von Rentnerinnen und Rentnern (§ 37 Abs. 5 AufenthG)	28	11
	Für ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 und 5 AufenthG)	72	47
Niederlassungserlaubnis für ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)		67	30
<b>Sonstige Gründe insgesamt</b>		<b>3.066</b>	<b>1.683</b>

Quelle: Ausländerzentralregister

An ehemalige deutsche Staatsangehörige wurden 2020 77 Aufenthaltstitel (47 Aufenthalts- und 30 Niederlassungserlaubnisse) erteilt (2019: 139 Aufenthaltstitel). An wiederkehrende junge ausländische Personen wurden 6, an wiederkehrende Rentnerinnen und Rentner 11 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (vgl. Tabelle 3-18).

Tabelle 3-19: Zuwanderung von in anderen Mitgliedstaaten der EU langfristig Aufenthaltsberechtigten 2015 bis 2020

Staatsangehörigkeit	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Albanien	611	600	585	797	795	506
Pakistan	450	494	495	552	702	424
Indien	414	441	491	538	628	390
Kosovo	1.030	800	666	573	498	373
Marokko	278	278	262	279	363	208
Bosnien und Herzegowina	292	281	325	268	262	199
Nordmazedonien	467	360	267	291	273	177
Vietnam	469	443	455	486	416	172
Bangladesch	147	152	140	221	391	162
Türkei	97	144	134	177	213	111
Ghana	111	84	81	107	189	77
Nigeria	106	83	104	132	197	74
China	114	89	100	100	140	38
<b>Insgesamt</b>	<b>5.230</b>	<b>4.809</b>	<b>4.713</b>	<b>5.177</b>	<b>5.924</b>	<b>3.406</b>

Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2020 sind insgesamt 3.406 Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat langfristig aufenthaltsberechtigt sind (§ 38a Abs. 1 AufenthG), zugewandert. Damit wurde ein Rückgang um 42,5 % im

Vergleich zum Vorjahr verzeichnet (2019: 5.924 Drittstaatsangehörige). Die meisten dieser Aufenthaltserlaubnisse wurden an Staatsangehörige aus Albanien (506), Pakistan (424) und Indien (390) erteilt (vgl. Tabelle 3-19). Zum 31. Dezember 2020 besaßen insgesamt 29.897 Personen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG (Ende 2019: 30.295).

### 3.7 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

#### 3.7.1 Gesetzliche Grundlagen und Verfahren

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler<sup>196</sup> sind nach § 4 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) in der Regel deutsche Volkszugehörige, die infolge des Zweiten Weltkrieges noch bis 1992 besonderen Benachteiligungen (Kriegsfolgeschicksal) ausgesetzt waren oder von denen dies unwiderleglich vermutet wurde. Sie haben die im BVFG benannten Aussiedlungsgebiete<sup>197</sup> nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von 6 Monaten ihren ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet genommen.

Die deutsche Volkszugehörigkeit wird in § 6 Abs. 2 BVFG definiert. Demnach sind deutsche Volkszugehörige Nachfahren von deutschen Staatsangehörigen bzw. deutschen Volkszugehörigen, die sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zum deutschen Volkstum bekannt und dieses Bekenntnis grundsätzlich durch die Fähigkeit, ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen zu können, bestätigt haben oder nach dem Recht des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehört haben. Ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum kann durch eine entsprechende Nationalitätenerklärung oder „auf andere Weise“ erfolgen, vor allem durch den Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse entsprechend dem Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) oder durch den Nachweis familiär vermittelter Deutschkenntnisse.

Mit dem Aussiedleraufnahmegesetz vom 28. Juni 1990<sup>198</sup> wurde ein förmliches Aufnahmeverfahren eingeführt.<sup>199</sup> Seither ist eine Zuwanderung nach dem BVFG grundsätzlich nur dann möglich, wenn bereits vor dem Verlassen des Herkunftsgebietes das Vorliegen der gesetzlichen Aufnahmevoraussetzungen durch das Bundesverwaltungsamt vorläufig überprüft und durch Erteilung eines Aufnahmebescheides genehmigt worden ist. Auf dieser Grundlage wird dann ein Visum zur Einreise in das Bundesgebiet erteilt. Nachdem Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in dem ihnen zugewiesenen Bundesland Wohnsitz genommen haben, stellt das Bundesverwaltungsamt zum Nachweis der Spätaussiedlereigenschaft eine Bescheinigung aus (§ 15 Abs. 1 S. 1 BVFG).

Durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) vom 21. Dezember 1992<sup>200</sup> wurden die Aufnahmevoraussetzungen grundlegend neu geregelt. Die bisherige Rechtsfigur der Aussiedlerin bzw. des Aussiedlers

---

<sup>196</sup> Da Gegenstand dieses Kapitels ganz überwiegend Personen sind, die ab 1993 nach Deutschland kamen, wird zur sprachlichen Vereinfachung durchgehend „Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“ statt der Schreibweise mit Klammern verwendet, auch wenn im Einzelfall Personen eingeschlossen sind, die in die Kategorie „Aussiedlerinnen und Aussiedler“ (Einreise nach Deutschland bis 31. Dezember 1992) fallen.

<sup>197</sup> Nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG sind das in ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die ehemalige Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und China.

<sup>198</sup> BGBl. 1990 Teil I Nr. 32: 1247.

<sup>199</sup> Zu den rechtlichen Grundlagen der Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern vgl. auch Worbs et al. 2013: 13ff. sowie BMI 2011: 138-147.

<sup>200</sup> BGBl. 1992 Teil I Nr. 58: 2094.

nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG wurde zum 1. Januar 1993 durch die der Spätaussiedlerin bzw. des Spätaussiedlers (§ 4 BVFG) ergänzt. Zudem wurde im Jahr 2007 das Aufnahmeverfahren vereinfacht. Seither ist ausschließlich das Bundesverwaltungsamt zuständig. Die zusätzliche Prüfung durch die Länder ist entfallen (vgl. das Siebte Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes vom 16. Mai 2007, BGBl. I S. 748).

### **Einbeziehung von Ehepartnerinnen, Ehepartnern und Nachkommen**

Erfüllen sich bewerbende Personen alle Voraussetzungen für den Status als Spätaussiedlerin bzw. Spätaussiedler, wird ihnen ein Aufnahmebescheid erteilt. Auf Antrag können ihre Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie Nachkommen bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 27 Abs. 2 S. 1 BVFG vom 6. September 2013 (BGBl. I. S. 3554) zum Zwecke der gemeinsamen Aussiedlung in den Aufnahmebescheid einbezogen werden. Eine Einbeziehung ist nur möglich, wenn die Spätaussiedlerin oder der Spätaussiedler sie selbst ausdrücklich beantragt und bei der einzubeziehenden Person kein Ausschlussgrund nach § 5 BVFG vorliegt. Ehepartnerinnen und Ehepartner können außerdem nur einbezogen werden, wenn die Ehe seit mindestens 3 Jahren besteht. Zudem müssen diese und auch sämtliche volljährige Nachkommen Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen.

Mit dem am 14. September 2013 in Kraft getretenen 10. Gesetz zur Änderung des BVFG wurde die Familienzusammenführung erheblich erleichtert. So ist das Erfordernis der gemeinsamen Aussiedlung entfallen, d. h. Ehepartnerinnen bzw. Ehepartner und Nachkommen können bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen nachträglich in den Aufnahmebescheid einbezogen werden und nach Deutschland aussiedeln. Die Pflicht zum Nachweis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache gilt nunmehr nur noch für die Ehepartnerin bzw. der Ehepartner und erwachsene, nicht aber für minderjährige Nachkommen. Von der Pflicht zum Sprachnachweis sind auch Personen befreit, die wegen einer körperlichen, geistigen und seelischen Krankheit oder einer Behinderung im Sinne des § 2 Abs. 1 S. 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) keine Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen können (§ 27 Abs. 2 S. 5 BVFG). Zuvor galt diese Ausnahme nur für Personen, die wegen einer Behinderung keine Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen können.

Die sonstigen nichtdeutschen Familienangehörigen (z. B. Schwieger- und Stiefkinder) sowie die Ehepartnerin bzw. der Ehepartner und Nachkommen, die die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, können nur nach Maßgabe des im Aufenthaltsgesetz geregelten Familiennachzugs zu Deutschen einreisen.<sup>201</sup> Nach der Einreise sind Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen verpflichtet, sich in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes registrieren zu lassen (§ 8 Abs. 1 S. 4 BVFG). Vom Bundesverwaltungsamt werden die neu einreisenden Personen dann nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“<sup>202</sup> auf die Bundesländer verteilt (§ 8 BVFG).

---

<sup>201</sup> vgl. dazu auch Kapitel. 3.5: Den Familiennachzugsberechtigten wird zum Zweck der gemeinsamen Ausreise mit der Spätaussiedlerin bzw. dem Spätaussiedler ein auf 90 Tage befristetes nationales Visum ausgestellt, das nach der Aufnahme im Bundesgebiet in eine Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug umgewandelt wird (§ 39 Nr. 1 AufenthV). Zum Zeitpunkt ihrer Einreise sind Personen mit Aufnahme- und Einbeziehungsbescheiden in der Regel noch keine deutschen Staatsangehörigen. Deshalb ist nach § 4 Abs. 1 S. 1 AufenthG auch für sie die Erteilung eines Aufenthaltstitels vor der Einreise erforderlich.

<sup>202</sup> Der Königsteiner Schlüssel ist eine Verteilungsquote und wird jährlich von der Bund-Länder-Kommission ermittelt.

## Bescheinigungsverfahren und Erwerb der Staatsangehörigkeit

Die vom Bundesverwaltungsamt (BVA) ausgestellte Bescheinigung dient nach § 15 Abs. 1 S. 1 BVFG als Nachweis der Spätaussiedlerinneneigenschaft bzw. Spätaussiedlereigenschaft. Familienangehörigen (Ehepartnerinnen sowie Ehepartnern oder Nachkommen) wird die Bescheinigung zum Nachweis des Status als Deutsche nach Art. 116 Abs. 1 GG sowie der Leistungsberechtigung nach § 7 Abs. 2 S. 1 BVFG ausgestellt (§ 15 Abs. 2 S. 1 BVFG).

Mit Ausstellung der Bescheinigung erwerben Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und die in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes – StAG). Diese Form des Staatsangehörigkeitserwerbs geht nicht in die amtliche Einbürgerungsstatistik ein (vgl. Kapitel 8.4). Familienangehörige, die die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, sowie andere Verwandte (z. B. Schwiegerkinder) behalten die ausländische Staatsangehörigkeit bei. Sie können die deutsche Staatsangehörigkeit nur auf Antrag im Wege der Einbürgerung erwerben, wenn sie die hierfür maßgeblichen Voraussetzungen nach den allgemeinen Einbürgerungsvorschriften erfüllen (vgl. dazu Kapitel 8.4).

### 3.7.2 Entwicklung der Zuwanderung

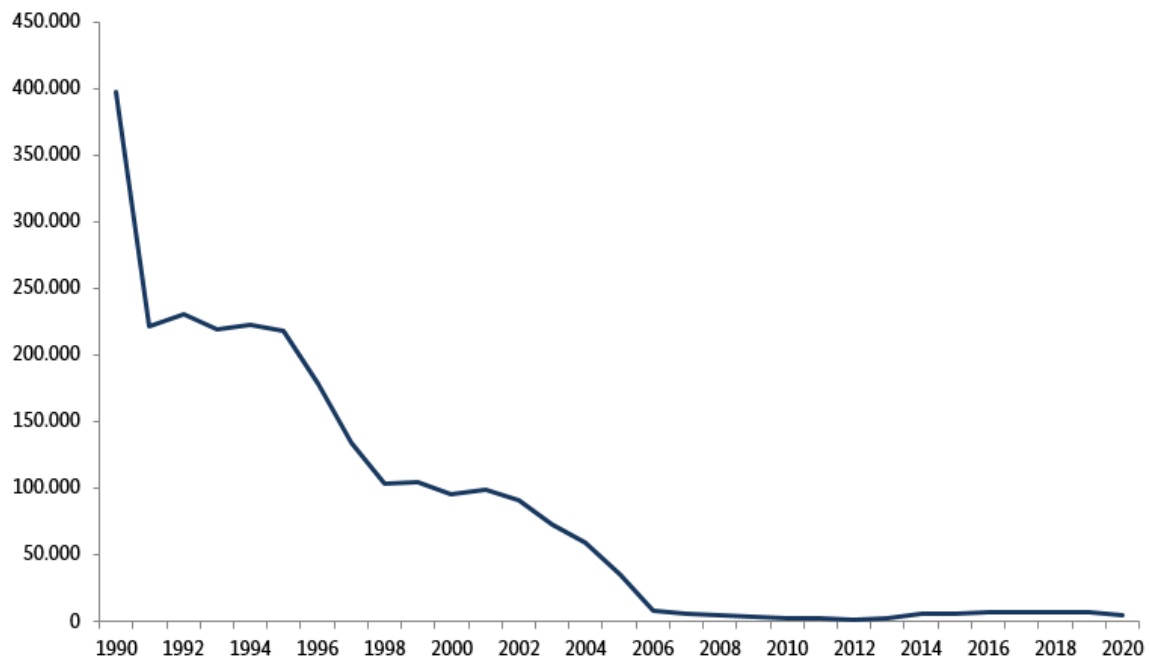
Die statistische Erfassung der Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern findet personenbezogen beim BVA in Köln statt. Im Zeitraum von 1990 bis 2020 wanderten über 2,5 Millionen Menschen im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs nach Deutschland (2.556.198). Es ist davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit von ihnen dauerhaft in Deutschland bleibt.<sup>203</sup>

Nachdem die Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern einschließlich ihrer Familienangehörigen im Jahr 1990 ihren Höhepunkt erreicht hatte (397.073), sind die Zuzugszahlen stetig zurückgegangen. Die Zuzugszahl im Jahr 2012 betrug nur noch 1.817 Personen (vgl. Abbildung 3-38 und Abbildung 3-39). Damit wurde im Jahr 2012 der niedrigste Zuzug seit Beginn des Aufnahmeverfahrens im Jahr 1950 registriert. In den folgenden Jahren wurde nach erheblicher Lockerung der rechtlichen Voraussetzungen für den Erwerb der Stellung als Spätaussiedlerin bzw. Spätaussiedler wieder ein Anstieg der Zuzugszahlen auf 7.155 im Jahr 2019 verzeichnet. Im Jahr 2020 hingegen wurden 4.309 Personen als Spätaussiedlerinnen bzw. Spätaussiedler registriert. Dies entspricht einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 39,8 %, der insbesondere durch Einschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie sowohl in den Herkunftsländern als auch in Deutschland zu erklären ist.

---

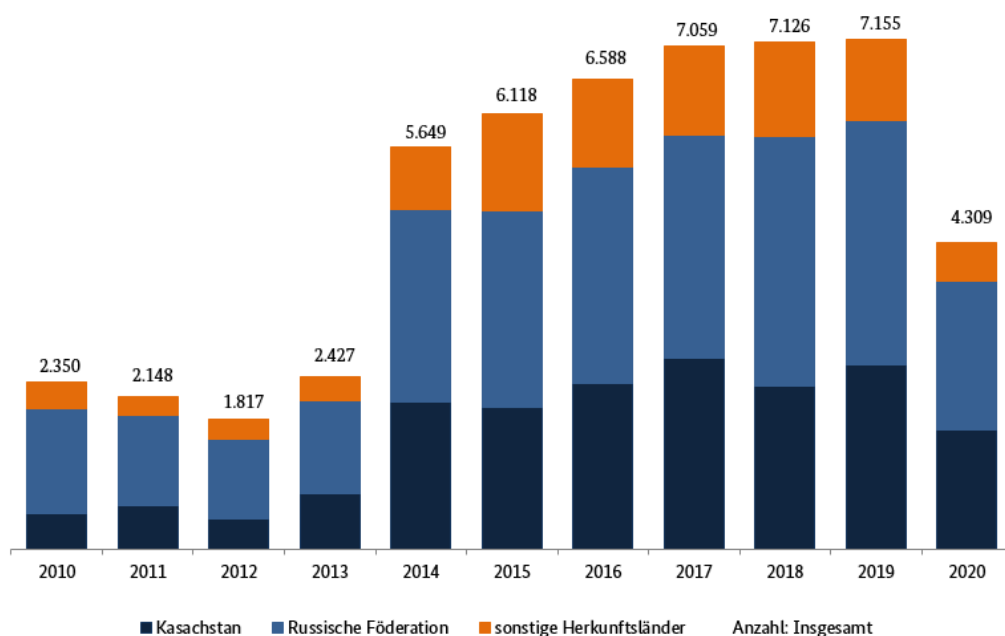
<sup>203</sup> Vgl. Worbs et al. 2013: 35f.

Abbildung 3-38: Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Deutschland seit 1990 (Gesamtzahlen)



Quelle: Bundesverwaltungsamt

Abbildung 3-39: Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Herkunftsländern seit 2010



Quelle: Bundesverwaltungsamt

## Herkunftsländer

Die Größenordnung sowie die Zusammensetzung des Zuzugs von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern nach Herkunftsgebieten hat sich seit Beginn der 1990er-Jahre stark verändert (vgl. Tabelle 3-43 im Anhang sowie Abbildung 3-39). Im Jahr 1990 kamen noch 133.872 Personen aus Polen und 111.150 aus Rumänien. Im Jahr 2020 zogen nur noch 4 bzw. 3 Spätaussiedlerinnen bzw. Spätaussiedler aus diesen Ländern nach Deutschland (vgl. Tabelle 3-43 im Anhang). Der Rückgang der Zuzugszahlen aus diesen Staaten ist insbesondere auf das Inkrafttreten des KfBG im Januar 1993 und das dadurch eingeführte Erfordernis der Glaubhaftmachung eines Kriegsfolgenschicksals zurückzuführen.<sup>204</sup>

Seit dem Jahr 1990 stellen Personen aus der ehemaligen Sowjetunion die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Inzwischen kommen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mit ihren Angehörigen fast ausschließlich von dort. Im Jahr 2020 zogen 4.302 Personen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland (2019: 7.149). Ihr Anteil am gesamten Zuzug liegt seit Jahren bei etwa 98 %, im Jahr 2020 sogar bei 99,8 %. Hierbei waren die größten Herkunftsländer im Jahr 2020 die Russische Föderation mit 2.088 Personen (2019: 3.424) sowie Kasachstan mit 1.683 Personen (2019: 2.597). Aus der Ukraine kamen im Jahr 2020 296 (2019: 669), aus Belarus 101 Personen (2019: 144) und aus Kirgisistan 70 (2019: 128) (vgl. Tabelle 3-43 im Anhang).

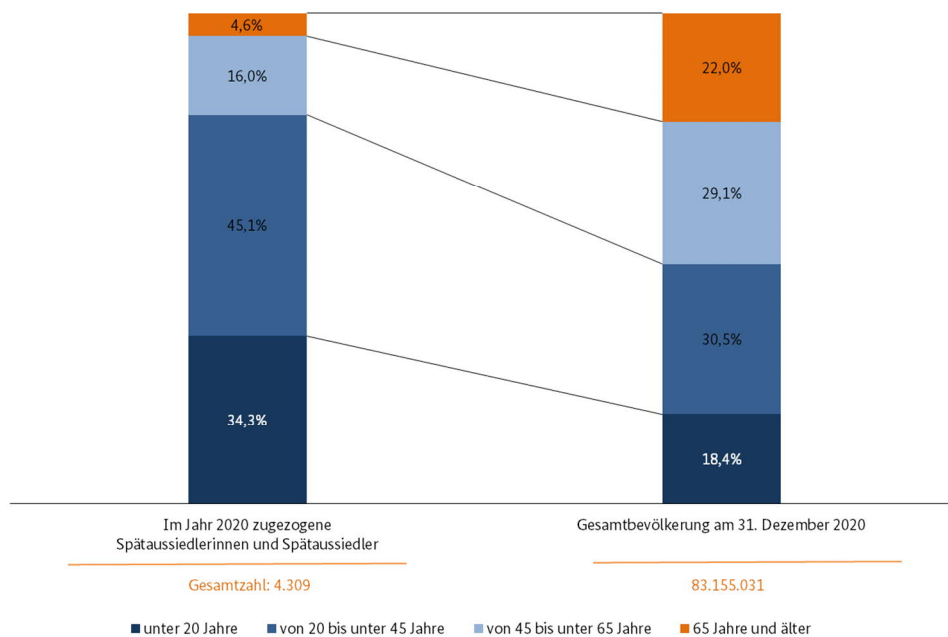
## Altersstruktur

Die Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen wirkt sich – ähnlich wie die Zuwanderung von ausländischen Staatsangehörigen – positiv auf die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland aus. Weil die zugewanderten Personen relativ jung sind, kommt es zu einem Verjüngungseffekt, wenn auch die zugewanderten Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im Schnitt etwas älter sind als die zuziehenden ausländischen Personen. So waren 79,4 % der im Jahr 2020 zugezogenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler unter 45 Jahre alt, während nur 48,9 % der Gesamtbevölkerung auf diese Altersgruppe entfallen (vgl. Abbildung 3-40 und Tabelle 3-44 im Anhang). Dagegen waren nur 4,6 % der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler 65 Jahre und älter, das macht 22,0 % der Gesamtbevölkerung aus.

---

<sup>204</sup> Seit dem Inkrafttreten des KfBG müssen Antragstellende, die nicht aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammen, glaubhaft machen, dass sie am 31. Dezember 1992 oder danach Benachteiligungen aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit ausgesetzt waren (§ 4 Abs. 2 BVFG). Bei Antragstellenden aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wird die Fortwirkung dieser Benachteiligungen als gesetzliche Kriegsfolgenschicksalsvermutung weiterhin unterstellt.

Abbildung 3-40: Altersstruktur der im Jahr 2020 zugezogenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Prozent



Quelle: Bundesverwaltungsamt

### 3.8 Zuwanderung von deutschen Staatsangehörigen

Auch die Zuwanderung bzw. Rückkehr deutscher Staatsangehöriger aus dem Ausland stellt eine relevante Migrationsform dar. In den Jahren von 1991 bis 2004 und im Jahr 2009 stellten Deutsche sogar die größte Gruppe aller Zugezogenen aus dem Ausland dar. Im Jahr 2020 wurden 191.883 Zuzüge von Deutschen (einschließlich der nach dem Bundesvertriebenengesetz aufgenommenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und der in deren Aufnahmebescheid einbezogenen Ehepartnerin bzw. Ehepartner und Nachkommen, vgl. Kapitel 3.7) in der Wanderungsstatistik verzeichnet (2019: 212.669). Damit sind Deutsche nach rumänischen Staatsangehörigen die zweitgrößte Zuwanderungsgruppe. Der Anteil der Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen an der Gesamtzuwanderung beträgt 16,2 %.

Insgesamt ging die Zahl der Zuzüge von Deutschen seit Mitte der 1990er-Jahre zurück, seit Mitte der 2000er-Jahre lässt sich eine steigende Tendenz feststellen. Im Jahr 2020 ist die Anzahl der Zuzüge gegenüber 2019 um 9,8 % gefallen (vgl. Tabelle 3-20).

Tabelle 3-20: Wanderungen von Deutschen über die Grenzen Deutschlands seit 2010

Jahr	Zuzüge insgesamt	darunter: Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler <sup>1</sup>		Zuzüge ohne Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler		Fortzüge insgesamt	Wanderungssaldo	Wanderungssaldo ohne Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
		absolut	in %	absolut	in %			
2010	114.752	2.054	1,8 %	112.698	98,2 %	141.000	-26.248	-28.302
2011	116.604	1.829	1,6 %	114.775	98,4 %	140.132	-23.528	-25.357
2012	115.028	1.538	1,3 %	113.490	98,7 %	133.232	-18.204	-19.742
2013	118.425	2.160	1,8 %	116.265	98,2 %	140.282	-21.857	-24.017
2014	122.195	4.215	3,4 %	117.980	96,6 %	148.636	-26.441	-30.656
2015	120.713	4.748	3,9 %	115.965	96,1 %	138.273	-17.560	-22.308
2016 <sup>2</sup>	146.047	5.128	3,5 %	140.919	96,5 %	281.411	-135.364	-140.492
2017	166.703	5.769	3,5 %	160.934	96,5 %	249.181	-82.478	-88.247
2018	201.531	5.862	2,9 %	195.669	97,1 %	261.851	-60.320	-66.182
2019 <sup>3</sup>	212.669	6.035	2,8 %	206.634	97,2 %	270.294	-57.625	-63.660
2020 <sup>4</sup>	191.883	3.559	1,9 %	188.324	98,1 %	220.239	-28.356	-31.915

Anmerkung: Ab 2016 Bruch in der Zeitreihe. Ab dem 1. Januar 2016 werden Zu- und Fortzüge von Deutschen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ in der Wanderungsstatistik zusätzlich berücksichtigt, daher fallen die Zu- und Fortzugszahlen von Deutschen im Jahr höher aus. Die Ergebnisse sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

1) Personen, die mit Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Dies betrifft Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in eigener Person (§ 4 Abs. 1 BVFG) sowie deren Ehepartnerin oder Ehepartner und ihre Nachfahren (§ 7 Abs. 2 BVFG).

2) Die Genauigkeit der Ergebnisse für das Jahr 2016 ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt. Darüber hinaus sind die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

3) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2019 enthalten vermehrte Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Fortzugszahl 2019 nur beschränkt mit den Werten davor und danach vergleichbar.

4) Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Wanderungsstatistik), Bundesverwaltungsamt

Neben Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern bilden Rückkehrende mit deutscher Staatsangehörigkeit, die jederzeit das Recht zur Einreise nach Deutschland haben, den anderen Teil der in der Zu- und Fortzugsstatistik erfassten Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen.<sup>205</sup> Unter Abzug der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler liegt die Zahl der jährlich zugewanderten Deutschen seit 2010 bei über 100.000 Personen, im Jahr 2019 betrug sie sogar über 200.000 Personen (206.634). Im Jahr 2020 waren es 188.324 Personen (-8,9 % gegenüber dem Vorjahr). Im Zeitraum zwischen 2010 und 2020 bewegte sich der Anteil der deutschen Rückkehrenden an der deutschen Zuwanderung insgesamt fast konstant bei 98 % (vgl. Tabelle 3-20). Hierbei handelt es sich z. B. um Personen, die nach einem temporären Aufenthalt aus Beschäftigungsgründen,

<sup>205</sup> Darunter fallen auch Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit, die während eines Auslandsaufenthaltes der Eltern geboren wurden und zum ersten Mal nach Deutschland einreisen.

als Seniorinnen und Senioren, Studierende<sup>206</sup> oder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler<sup>207</sup> sowie deren Angehörige nach Deutschland zurückkommen.

Es kann jedoch angenommen werden, dass sich ein Teil von aus dem Ausland zurückgekehrten Personen vor ihrer Ausreise aus Deutschland nicht bei den Behörden abgemeldet hat, da bei nur kurzzeitigem Auslandsaufenthalt der inländische Wohnsitz häufig beibehalten wird, sodass eine Anmeldung bei der Rückkehr nach Deutschland ebenfalls unterbleibt. So ist zu vermuten, dass beispielsweise Studierende, die nur für ein oder zwei Semester ins Ausland gehen, ihren Wohnsitz in Deutschland nicht aufgeben und sich deshalb nicht abmelden. Auch Seniorinnen und Senioren, die einen Teil des Jahres z. B. in Spanien verbringen, behalten häufig ihren Wohnsitz in Deutschland. Somit spiegeln die Wanderungszahlen Deutscher, wie auch bei ausländischen Staatsangehörigen, nicht das gesamte tatsächliche Migrationsgeschehen wider.

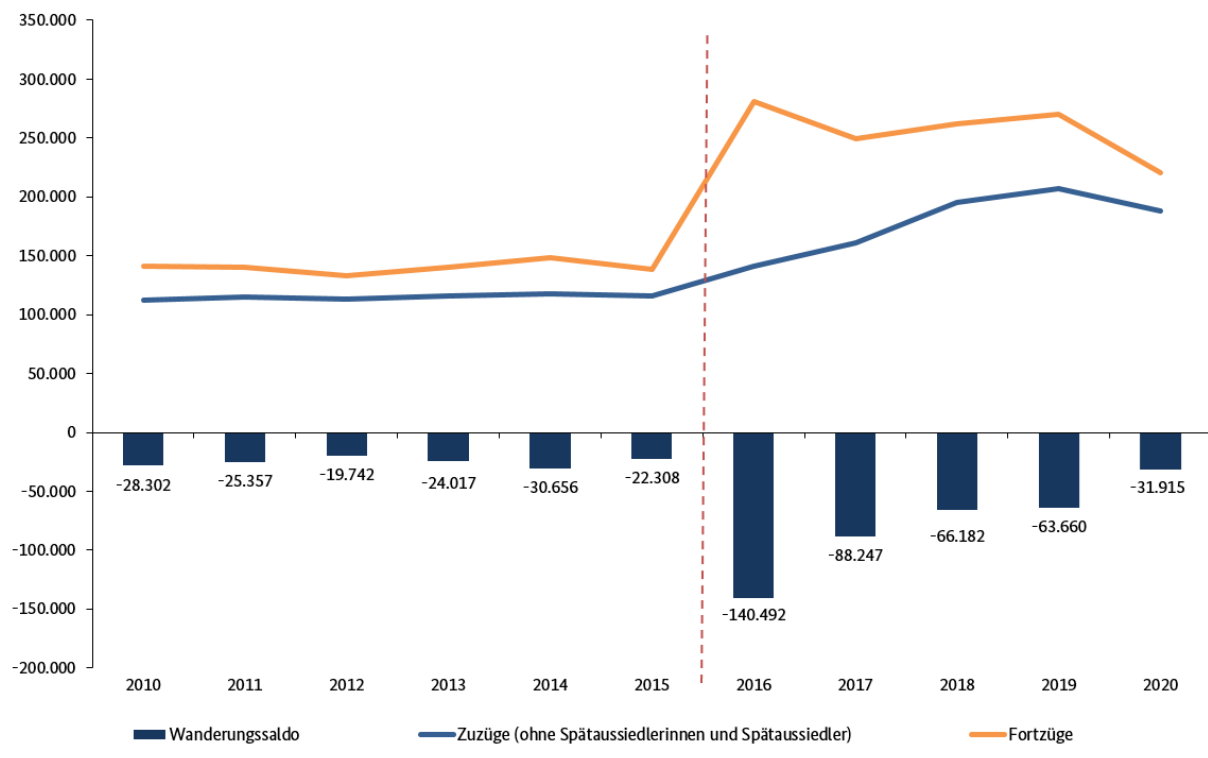
Die Abbildung 3-41 setzt die Zuzüge in Bezug zu den Fortzügen und stellt den Wanderungssaldo dar. Dabei werden jedoch die Zuzüge der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler (anhand der Zugangszahlen des Bundesverwaltungsamtes, vgl. Kapitel 3.7) bei den Zuzügen herausgerechnet, um stärker auf die Gruppe der sonstigen aus dem Ausland zugewanderten bzw. zurückgekehrten deutschen Staatsangehörigen fokussieren zu können. Bei den Fortzügen ist ein analoges Vorgehen nicht möglich, da Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler hier nicht als solche innerhalb der Gruppe der deutschen Staatsangehörigen identifizierbar sind. Seit 2016 werden die Zu- und Fortzüge von Deutschen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ als Außenwanderung verbucht. Zuvor blieben sie in der Wanderungstatistik und in Folge auch in der Bevölkerungsfortschreibung weitgehend unberücksichtigt. Dieser methodische Effekt ist in den Daten ab 2016 deutlich erkennbar; die Werte ab diesem Jahr fallen deutlich höher aus und sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

---

<sup>206</sup> So waren im Jahr 2018 etwa 135.300 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben (2017: 140.400). Insgesamt ist die Zahl der Deutschen, die für ein Studium ins Ausland zogen, fast kontinuierlich angestiegen (vgl. dazu Kapitel 4.2). Das Statistische Bundesamt gibt in seiner Publikation „Deutsche Studierende im Ausland“ jährlich jeweils die Zahlen für den 2 Jahre zuvor liegenden Berichtszeitraum an.

<sup>207</sup> Zur – häufig nur temporären – Abwanderung und zur Rückkehrbereitschaft von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit deutscher Staatsangehörigkeit vgl. Kapitel 4.2.

Abbildung 3-41: Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen (Zuzüge ohne Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler) seit 2010



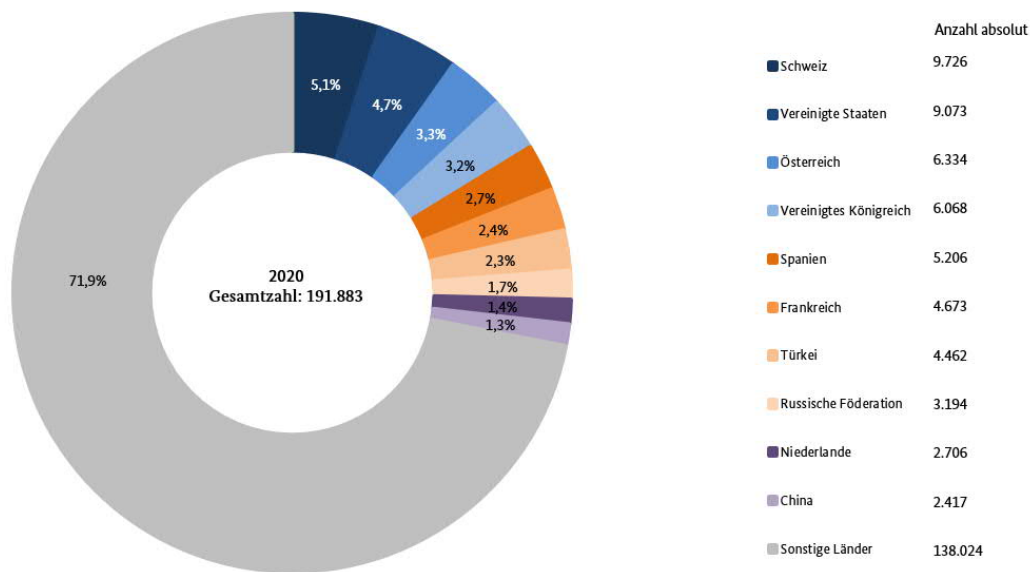
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverwaltungsamt

Unter Herausrechnung der im vertriebenenrechtlichen Verfahren aufgenommenen Personen, die in der Zugzugsstatistik als Zuzüge von Deutschen registriert werden, ist der Wanderungssaldo deutscher Staatsangehöriger bereits seit den 1980er-Jahren negativ. Unter Berücksichtigung der Zuzüge von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern gestaltete sich der Wanderungssaldo hingegen bis zum Jahr 2004 positiv.<sup>208</sup> Im Jahr 2020 lag der Wanderungssaldo von Deutschen bei -28.356 (2019: -57.625) mit Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und bei -31.915 (2019: -63.660) ohne diese (vgl. Abbildung 3-41 und Tabelle 3-20).<sup>209</sup>

<sup>208</sup> Belastbare Wanderungszahlen von Deutschen und ausländischen Staatsangehörigen liegen erst seit 1954 vor (vgl. Statistisches Bundesamt 2020a). Wanderungszahlen nach Herkunfts-/Zielländer ab 1952 und Daten nach Staatsangehörigkeiten ab 1962.

<sup>209</sup> Ließe man bei den Zu- und Fortzügen von Deutschen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ in der Wanderungsstatistik unberücksichtigt, ergäben sich 2016 gegenüber 2015 bei den Zuzügen (115.000 Personen, -4,3 %) als auch bei den Fortzügen (131.000 Personen, -5,5 %) andere Werte.

Abbildung 3-42: Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen im Jahr 2020 nach Land des vorherigen Aufenthalts



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Mit Blick auf die Länder, aus denen deutsche Staatsangehörige nach Deutschland zurückkehrten, zeigt sich folgendes Bild: Die Schweiz ist nicht nur das Hauptzielland<sup>210</sup> deutscher Staatsangehöriger, sondern auch das Land, aus dem die meisten deutschen Rückkehrenden zu verzeichnen sind. Im Jahr 2020 wanderten 9.726 deutsche Staatsangehörige aus der Schweiz zurück nach Deutschland (2019: 10.523). Das waren 5,1 % aller deutschen Rückkehrenden (vgl. Abbildung 3-42). Die Zahl der Zuzüge von Deutschen aus der Schweiz erreichte 2015 seinen Höhepunkt, seit 2016 sinkt sie (vgl. Tabelle 3-45 im Anhang).

Aus den Vereinigten Staaten wanderten im Jahr 2020 9.073 deutsche Staatsangehörige zurück nach Deutschland (2019: 9.498). Dies entsprach einem Anteil von 4,7 % an der gesamten Remigration deutscher Staatsangehöriger. 6.334 Personen (3,3 %) zogen aus Österreich (2019: 6.631) und 6.068 Personen aus dem Vereinigten Königreich zu (3,2 %, 2019: 6.385) (vgl. Abbildung 3-42 und Tabelle 3-45 im Anhang).

Nahezu kontinuierlich stieg seit den 1990er-Jahren die Zahl der deutschen Rückkehrenden aus der Türkei. Im Jahr 2019 erreichte sie mit 5.620 einen vorläufigen Höhepunkt. Im Jahr 2020 sank die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen, die aus der Türkei nach Deutschland zogen, im Vergleich zu 2019 um 20,6 % auf 4.462. Aus der Wanderungsstatistik ist nicht herauszulesen, inwieweit es sich hierbei um eingebürgerte türkeistämmige Menschen oder um Personen ohne Migrationshintergrund handelt. Die Zahlen der deutschen Rückkehrenden aus den klassischen Einwanderungsländern Kanada und Australien gingen – vermutlich pandemiebedingt – im Jahr 2020 mit 1.517 (-14,6 %) bzw. 2.019 (-25,6 %) ebenfalls zurück (vgl. Tabelle 3-45 im Anhang).

<sup>210</sup> Zu den Fortzügen von Deutschen differenziert nach Zielländern vgl. Kapitel 4.2.